

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Dank den Sowjetsoldaten!

Am 8. Mai vor 72 Jahren endete in Europa der verheerendste Krieg der Menschheitsgeschichte. Der Sieg wurde in Moskau und Paris, in London und New York gleichermaßen gefeiert. Klar war aber: Die Hauptlast bei der Vernichtung der Militärmaschinerie des faschistischen Deutschlands hatte die Sowjetunion getragen. Historiker sprechen von etwa 27 Millionen Toten auf dem Gebiet der UdSSR.



Für den ersten sozialistischen Staat war es ein Kampf auf Leben und Tod in einem von seiten der Aggressoren kolonialistischen Krieg. Das erklärte Ziel der deutschen Imperialisten war die Ausrottung dessen, was sie seit der Oktoberrevolution Bolschewismus genannt hatten, des Marxismus-Leninismus. Die Sowjetunion sollte in von Deutschland abhängige, Rohstoffe und Nahrungsmittel liefernde Protektorate aufgeteilt werden. Gebiete, die landwirtschaftlich nutzbar waren, sollten von Deutschen besiedelt werden, die einheimische Bevölkerung war für Versklavung, Verdrängung und mehr oder weniger schnelle Vernichtung vorgesehen. Die Ermordung der europäischen Juden war ein Teil dieses Programms.

In Ostasien dauerte der Zweite Weltkrieg noch bis zum Spätsommer. Die Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki eröffneten ein neues Zeitalter der Kriegführung. Nach der Brechung des US-Monopols auf die neuartige Waffe wuchs die Zahl der Atomwaffen auf der Welt in den folgenden Jahrzehnten in einen fünfstelligen Bereich, ausreichend für eine mehrfache Zerstörung der Menschheit und wahrscheinlich des Lebens auf der Erde. Jeder „konventionelle“ Krieg zwischen Atommächten trägt seither die Gefahr in sich, zu einem Raketen-Kernwaffenkrieg zu werden.

Vor diesem Hintergrund muß der militärische Aufmarsch der NATO-Staaten direkt an der russischen Grenze oder in deren Nähe von den baltischen Staaten bis Afghanistan in höchstem Maß alarmieren. Er ist verbunden mit dem Beschluß des NATO-Gipfels vom Juli 2016 in Warschau, eine neue atomare Aufrüstungsrunde zu beginnen. Noch immer ist unklar, ob die neue Administration in Washington an der Einkreisungs- und Eskalationspolitik gegen Moskau festhalten will. Allerdings spricht die Erhöhung des US-Militäretats um zehn Prozent Bände. Die Bundesrepublik steigert ihre Rüstungsausgaben in ähnlicher Dimension. Vor allem aber beteiligt sie sich dauerhaft mit Truppenkontingenten an imperialistischen Abenteuern. Während das Grundgesetz Streitkräfte allein zur Landesverteidigung vorsieht, sind insgesamt mehrere tausend deutsche Soldaten in Afghanistan, in Mali und seit diesem Jahr auch in

Litauen in jeweils größerer Zahl stationiert. In Zentralasien und in Westafrika geht es um aggressiven Neokolonialismus, in Litauen um die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Die DDR wurde nach der Gründung der BRD geschaffen, um die Errungenschaften des Sieges über den Faschismus zu sichern. Im westdeutschen Staat wurde der 8. Mai entsprechend rasch verdrängt, und es war folgerichtig, daß die Bundesregierung im vergangenen Jahr nicht an den 75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion erinnert werden wollte. Wer wieder Panzer an die russische Grenze schickt, möchte vom 22. Juni und vom 8. Mai nicht sprechen. Der Tag im Mai vor 72 Jahren war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Doch die Konterrevolution von 1989/1990 hat diese Chance vorerst zerstört und den aggressivsten Kräften des deutschen Imperialismus den Weg nach Osten wieder frei gemacht. Es ist heute keine leichte Aufgabe, das Gedächtnis an den Sieg der Roten Armee und ihrer Alliierten wachzuhalten. Um so mehr gilt es, alle zu unterstützen, die daran mit Veranstaltungen, mit Kundgebungen, Mahnwachen, in Museen, an Gedenkstätten, in Schulen und Hochschulen mitwirken.

Dank den Sowjetsoldaten! Dank allen, die ihr Vermächtnis bewahren! Gerade jetzt.

Arnold Schölzel



AUS DEM INHALT

	Seite
Wie entstand die Maifeier?	2
Offener Brief an Martin Schulz	3
Der Wahlkampf hat begonnen	4
Gespräch mit Angela Merkel	4
Raúl Castro – Revolutionär und Staatsmann	5
ALBA-Gipfeltreffen erfolgreich beendet	5
Sie spielen mit dem Weltkrieg	7
Stoppt endlich den „Regime-change-Krieg“!	8
NATO goes East and East and ...	9
Vietnam: US-Kriegsverbrechen vor 50 Jahren	9
Die letzten Wochen vor der Oktoberrevolution (1)	10
Die Oktoberrevolution – ihre historische Bedeutung und die BRD	12
Die Verschwörung von Beloweschsk	13
Wissenschaftliche Weltanschauung: Von der Solidarität	15
Die Solidarität geht weiter	16
Zum 90. Geburtstag von Hans Heinz Holz	17
Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie	18
Sozialismus „mit oder ohne Wertgesetz“?	19
Was nicht in den Personalakten stand	20
Wir geben nicht auf!	21
26. Mai 1952: Die DDR sichert die Grenzen	22
Ehrung für DDR-Sportlegenden	22
Ingrid Wünsche – mit 22 ins Parlament	23
Filmkritik: „Der junge Karl Marx“	24
Dem Komponisten Jens-Uwe Günther zum 80.	24
Theodor Weißenborn: Gedanken zur Zeit	25
Vorstellung eines neuen Kinderbuchs und Trauer um die Autorin Ingeborg Rapoport	26
Georg Herwegh – Der Freiheit eine Gasse!	27
Zum 110. Geburtstag von Ruth Werner	28
Stimmen aus aller Welt über die DDR	29
Junge Frau im Sozialismus (3)	30
Gisela Steineckert: Hand aufs Herz	31
„RotFuchs“-Veranstaltungen	32
Leserbriefe	33
Grafik des Monats	36

Wie entstand die Maifeier?

Der Gedanke, einen proletarischen Feiertag als Mittel zur Durchsetzung des achtstündigen Arbeitstages einzuführen, entstand zum erstenmal in Australien. Dort haben Arbeiter schon im Jahre 1856 beschlossen, einen Tag völliger Arbeitsruhe durchzusetzen, der für Versammlungen und Vergnügungen genutzt werden sollte. Dieser freie Tag wurde auf den 21. April festgelegt. Anfangs war nur an eine einmalige Manifestation gedacht, doch schon die erste Feier übte einen so starken Eindruck auf die proletarischen Massen des Landes aus, wirkte so aufmunternd und kraftgebend, daß man beschloß, sie alljährlich zu wiederholen.

In der Tat, was wäre aufbauender für den Glauben an die eigene Kraft als eine Massen-Arbeitsniederlegung aus eigenem Willen? Was könnte den ewigen Sklaven der Fabrik und der Werkstätten größeren Mut verleihen als das Erlebnis gemeinsamer Aktion? So fand der Gedanke der proletarischen Feier über Australien hinaus seine Ausbreitung in viele andere Länder der Erde.

Als erste folgten amerikanische Arbeiter dem Beispiel der australischen Kumpel. Sie



Sowjetische Briefmarke zum 100. Jahrestag der 1.-Mai-Feier

setzten im Jahre 1886 als Tag der allgemeinen Arbeitsruhe den 1. Mai fest. An diesem Tag verließen 200 000 von ihnen die Arbeit und forderten den achtstündigen Arbeitstag. Repressalien und Verfolgung verhinderten für mehrere Jahre die Wiederholung dieser Manifestation. Doch 1888 wurde der Beschluß, an dieser Tradition festzuhalten, erneuert. Die folgende Feier fand am 1. Mai 1889 statt.

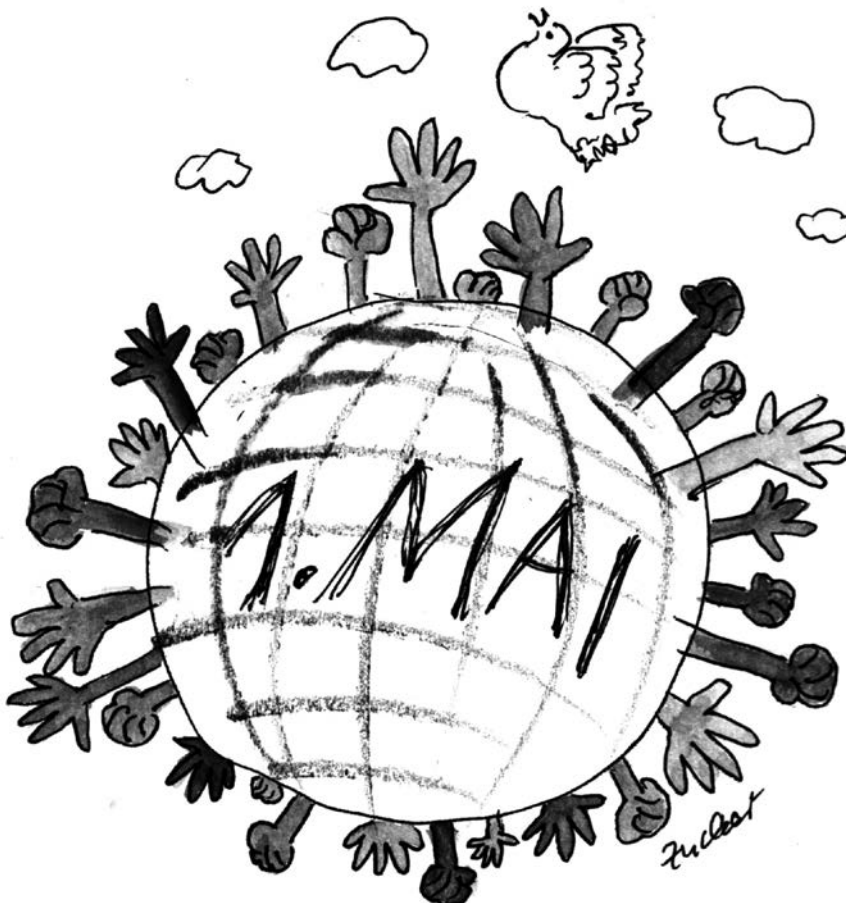
Inzwischen hatte sich die Arbeiterbewegung in Europa mächtig entwickelt und

belebt. Ihren gewaltigen Ausdruck fand sie durch den internationalen Arbeiterkongreß im Jahre 1889. Auf diesem Kongreß, der 400 Delegierte versammelte, wurde beschlossen, den achtstündigen Arbeitstag zu fordern. Der Delegierte der französischen Gewerkschaften, der Arbeiter Lavigne aus Bordeaux, stellte daraufhin den Antrag, man möge in allen Ländern diese Forderung durch einen allgemeinen Arbeiterfeiertag zum Ausdruck bringen. Der Vorschlag der amerikanischen Delegation, dafür den 1. Mai festzulegen, wurde vom Kongreß angenommen. Zu präzisieren ist allerdings, daß auch dieser Beschluß von einer einmaligen Aktion aus-

ging, auf der die Arbeiter aller Länder am 1. Mai 1890 geschlossen die Forderung nach einem achtstündigen Arbeitstag erheben sollten.

Dieser Tag wurde jedoch zur Initialzündung für die Etablierung des 1. Mai als Kampf- und Feiertag der proletarischen Massen in aller Welt bis heute. Solange Arbeiter im harten Klassenkampf um ihre Rechte streiten müssen, wird der 1. Mai als Ausdruck ihrer Forderungen nicht aus der Welt zu schaffen sein.

Otto Semmler, Erfurt



Zeichnung: Gertrud Zucker

Kampfgedicht zum 1. Mai

He, Kumpel, halt Bruder, du bist gemeint, wach auf,
die Fetten treten die Welt mit Füßen,
sie brechen den Frieden und beten falsch,
sprich nicht nach, was sie meinen,
laß uns tun, was wir tun müssen.

Sie schwingen die Keule, das Böse wird stärker
und weniger das Gute.
Der Stahl wird für Panzer und Flugzeuge bestellt,
hin zu den Reichen strömt das Geld.
Und unten, ganz unten,
da sitz ich bedrückt und verletzt,
von dir und von uns selbst verlassen,
die Hose löchrig und das Hemd zerfetzt.
Viel Hunger, kaum Brot
denk an die Kinder, die sterben und schreien.

Doch Schluß jetzt mit flennen und weinen,
laß nun den Bruder den Bruder suchen!
Brüder in eins nun die Hände,
von unsern Vätern gesungen,
wir haben es leider vergessen und Bebel dazu,
von Marx und Engels gar nicht zu reden.
Doch lernt es erneut, und mutig und kräftig gestritten,
seid einig und frei, hoch lebe der Mai
im Kampf gegen Krieg und Ausbeuterei!

Ulrich Breinlinger

Offener Brief an Martin Schulz

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge wandte sich am 27. Februar mit einem offenen Brief an den Spitzenkandidaten der SPD zur Bundestagswahl, Martin Schulz. Wir dokumentieren diesen Brief leicht gekürzt. Butterwegge war als Parteiloser für Die Linke zur Wahl für das Amt des Bundespräsidenten angetreten.

Lieber Martin Schulz,

kürzlich saßen Sie bei der Bundesversammlung neben mir in der ersten Reihe. Wir haben beide die soziale Gerechtigkeit zum Leitbild unserer politischen Arbeit erhoben, weshalb ich große Hoffnungen hinsichtlich einer Veränderung der Regierungspolitik unseres Landes in Sie setze. Illusionen bezüglich der Wandlungsfähigkeit einer Partei [der SPD], aus der ich 2005 wegen der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze und der Tatsache ausgetreten bin, daß sie trotz einer rot-rot-grünen Bundestagsmehrheit und der Möglichkeit einer Regeneration in der Opposition eine große Koalition mit der Union bildete, hege ich gleichwohl nicht. Dadurch maßlos frustrierte Mitglieder und Millionen frühere Wähler der SPD projizieren heute ihre politischen Wunschvorstellungen auf Sie, obwohl sie die Parteiführung in der Vergangenheit immer wieder enttäuscht hat. (...) Wie mir scheint, haben Sie die wachsende soziale Ungleichheit als Hauptproblem der Gesellschaftsentwicklung erkannt, gehen aber nicht über Andeutungen hinaus, wie

die bestehenden Verteilungsverhältnisse korrigiert werden können. Sonst müßten Sie mit Hartz IV auch den Kern des

für die Betroffenen entwürdigend, sondern haben auch Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften genötigt, schlechtere



Karikatur: Klaus Stüttmann

Reformwerks in Frage stellen, das Gerhard Schröder in seiner „Agenda 2010“ genannten Rede begründet hat. Die harten Zumutbarkeitsregelungen und die drakonischen Sanktionen der Jobcenter vor allem für unter 25jährige sind nicht bloß

Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne zu akzeptieren. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Änderungsvorschläge dazu.

Was nützt den Erwerbslosen die von Ihnen ins Gespräch gebrachte Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Ältere, wenn ein Viertel aller Neuzugänge überhaupt nicht in seinen Genuß kommt und die große Mehrheit der Erwerbslosen bloß noch das Arbeitslosengeld II bezieht?

Im Rahmen des „Hartz IV“ genannten Gesetzespaketes wurde mit der Arbeitslosenhilfe eine den Lebensstandard der Langzeiterwerbslosen noch halbwegs sichernde Lohnersatzleistung, die 53 bzw. (bei Vorhandensein unterhaltsberechtigter Kinder) 57 Prozent des letzten Nettoentgelts betrug, durch eine Lohnergänzungsleistung auf Fürsorgenniveau, das Arbeitslosengeld II, ersetzt. Dies war der mit Abstand schwerste Eingriff in das Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik. Dazu kann heute kaum schweigen, wer glaubwürdig für mehr Gerechtigkeit eintritt. (...)

Zusammen mit der Union wären soziale Gerechtigkeit und eine Agenda der Solidarität selbst mit Ihnen als Bundeskanzler nicht zu verwirklichen. Dazu bedarf es vielmehr einer rot-rot-grünen Koalition und einer breiten außerparlamentarischen Bewegung. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke verbindet das Bekenntnis zu einer solidarischen Bürgerversicherung, die – auf alle geeigneten Versicherungszweige ausgedehnt – den Sozialstaat wieder auf ein festes Fundament stellen und sich als gemeinsame programmatische Plattform einer R2G-Koalition eignen würde. (...)



Anbetung des Heiligen Martin ...

Karikatur: Gertrud Zucker

Mit solidarischen Grüßen
Ihr Christoph Butterwegge

Erklärung des Ältestenrats der Partei Die Linke

Der Wahlkampf hat begonnen

Am 9. März tagte der Ältestenrat der Partei Die Linke unter Leitung seines Vorsitzenden Hans Modrow. Das Gremium verabschiedete unter dem Titel „Der Wahlkampf hat begonnen“ eine Erklärung, die wir hier auszugsweise dokumentieren:

Der Wahlkampf zum Bundestag wird mit einer Schärfe geführt werden, wie es sie noch nicht gegeben hat. Die Funktionsebenen sehen sich mit vielfältigen, tiefen Krisen und ungewohnten Herausforderungen konfrontiert, die mit Aussitzen, Lavieren oder Vertuschen, wie so oft praktiziert, kaum noch zu „händeln“ sind. Ein „Weiter so“ scheint nicht mehr möglich.

Die Enttäuschung vieler mit der sogenannten repräsentativen Demokratie hat Zulauf, weil die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet wird. Zukunftsängste aus realem Erleben greifen um sich trotz Wirtschaftswachstums. Weder Politiker noch Mainstream-Medien können diese noch wegschwatzen. Der Wahlsieg von Trump und seine rabiaten Attacken auf das gewohnte Establishment haben den Schleier der vielen Scheinheiligkeiten auch in der EU zerrissen. Ratlosigkeit und Verwirrung haben um

sich gegriffen. Die Friedensfrage ist und sollte für Die Linke im Wahlkampf an erster Stelle stehen. Wo Vertrauensbildung fehlt, wird Mißtrauen verbreitet, und die Gefahren einer militärischen Eskalation bestimmen das Klima. Die Bestrebungen der Bundesregierung, die EU zu militarisieren, erfahren seit dem „Brexit“ und der Inauguration des Präsidenten Trump einen neuen Schub.

Hinzu kommt, daß man sich in Deutschland in Gestalt der AfD mit einer Rechtsaußenopposition konfrontiert sieht, die dem neoliberalen Lager entsprungen ist, extrem rechtsradikale Kräfte aufsaugt und nun eigenständige, ambitionierte Machtansprüche stellt.

Leider hat es die Linkspartei nicht verstanden, rechtzeitig und wirkungsvoll dagegen zuhalten. Viele ehemalige Wähler haben nicht mehr erkennen können, daß Die Linke weiter Vertreterin ihrer Interessen für Frieden und soziale Gerechtigkeit sein will, und fühlten sich nicht mehr durch sie vertreten. Die Positionierung einiger leitender Funktionäre auch noch vor dem Magdeburger Parteitag, daß Die Linke nun vor allem gestalterische Aufgaben

zu lösen habe, führte zu Unverständnis und Verunsicherung.

Der Parteivorstand ist gut beraten, wenn er im Wahlkampf die Frage einer Regierungsbeteiligung sehr bedacht unter Einbeziehung der Basis berät und entscheidet.

Die SPD mit Martin Schulz rückt mit einer Kritik der „Agenda 2010“ die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und versucht, das Thema Armut und Reichtum zu besetzen. Für die Ursachen der wachsenden Spaltung in Arm und Reich ist jedoch die herrschende Politik verantwortlich.

Wähler und Nichtwähler, die sich in der DDR für ein antifaschistisches, nicht von Profitgier und Kriegstreiberei dominiertes Deutschland eingesetzt haben, wünschen sich eine differenziertere Debatte zur Geschichte der DDR, ihren Ergebnissen, Problemen, Widersprüchen. Es ist an der Zeit, gegen Klischees des kalten Krieges, wie die Reduzierung auf das Wirken des MfS, offensiv aufzutreten. Die Diskussion um Andrej Holm zeigt, daß die Auseinandersetzung um die DDR durchaus ein großes Thema bleibt.

Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

Ernst Schalk: Frau Bundeskanzlerin, welchen Stellenwert haben für Sie die Menschenrechte?

Angela Merkel: Die Menschenrechte haben für mich gleich nach den Interessen unserer Rüstungsindustrie absolut oberste Priorität.

Und wie denken Sie angesichts des jüngsten Fleischskandals über den Verbraucherschutz?

Der Verbraucherschutz steht für uns nächst dem Schutz der Lebensmittelindustrie an allererster Stelle.

Und wie ist es mit dem Tierschutz?

Hier darf ich einmal den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Lehmann zitieren, der sagte: „Wir sind keine Naturromantiker.“

Richtig! Und in der Bibel steht ja auch: „Machet euch die Erde untertan!“ Und das gilt natürlich auch für die Tiere.

Schön, daß Sie das sagen. Das zeigt mir, daß Sie mitdenken.

Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie erlauben, nun eine Frage zum Thema „Banken“: Wieso empfangen Sie Leute wie seinerzeit Josef Ackermann zu, wie es heißt, „vertraulichen Gesprächen“?

Natürlich zum Zweck der Vertrauensbildung. Das Vertrauen der Banken ist ein kostbares Gut, denn solange die Bundesregierung das Vertrauen der Banken genießt, haben diese alles im Griff.

Ah ja! Und die Spitzengehälter der Topmanager – halten Sie die für gerecht?

Nun, wer zweihundertmal mehr verdient als eine Putzkraft, muß natürlich auch entsprechend mehr auf seinem Gehaltskonto haben.

Logisch! – Aber wie denken Sie dann über das Wort „Hungerlöhne“, das Gewerkschafter gern im Mund führen?

Da gefällt mir doch eher das Motto der Katholischen „Arbeitnehmer“bewegung, das da lautet: „Wir sind Beschenkte und dürfen danken.“

Dazu eine Zusatzfrage: Was sagt Ihnen der Satz von Papst Franziskus: „Der Kapitalismus tötet.“?

Das betrifft mich nicht – ich bin evangelisch.

Ja, natürlich! Und für Calvinisten ist Reichtum ja sogar der sichtbare Beweis göttlichen Segens! Stimmt! Da gebe ich Calvin recht. Und in diesem Sinne sollten wir Christen unsern Glauben freudig bekennen.

Frau Bundeskanzlerin, wenn ich das Thema einmal wechseln darf: Wie reimt es sich zusammen, daß die Bundesregierung Afghanistan zu einem sicheren Herkunftsland für afghanische Flüchtlinge erklärt, deutschen Touristen aber gleichzeitig von Reisen nach Afghanistan wegen des dort wütenden Terrors dringend abrät?

Das muß sich gar nicht reimen, denn es handelt sich hier um freie Rhythmen.

Verstehe. Und eine weitere Frage: Wieso erlaubt die Bundesregierung den USA, in der Nähe von Frankfurt a. M. – auf deutschem Boden also – ein Foltergefängnis zu unterhalten?

Wenn das so wäre, wie Ihre Frage unterstellt, so geschähe es aus rein formalen Gründen, damit unsere amerikanischen Freunde weiterhin erklären könnten, in den USA werde nicht gefoltert.

Kleiner gedanklicher Sprung: Thilo Sarrazin fürchtete, Deutschland könnte sich abschaffen. Wie gefällt Ihnen in diesem Zusammenhang der Gedanke einer „ethnischen Säuberung“ der Bundesrepublik?

Überhaupt nicht! Bayern gehört zu Deutschland, und die CSU ist und bleibt unser engster Koalitionspartner.

Und eine letzte, persönliche Frage: Frau Bundeskanzlerin, haben Sie schon darüber nachgedacht, was Sie machen werden, wenn Sie einmal nicht mehr Kanzlerin sein sollten?

Eine gute Frage! Darüber werde ich am besten einmal mit meinem Amtsvorgänger Gerhard Schröder sprechen.

Frau Bundeskanzlerin, ich danke für dieses Gespräch.

Das (satirische!) Gespräch mit Angela Merkel führte Ernst Schalk für den „RotFuchs“. Es wurde uns dankenswerterweise übermittelt von unserem geschätzten Autor **Theodor Weißborn**.

Raúl Castro – Revolutionär und Staatsmann

Über Fidel Castro gibt es viele Bücher, über seinen Bruder Raúl weiß man kaum etwas. Wenn in westlichen Medien einmal von ihm die Rede ist, dann ganz sicher nicht in einer Art, die ihm gerecht werden könnte. Das änderte sich auch nach dem historischen 17. Dezember 2014 nicht, als er zeitgleich mit US-Präsident Barack Obama vor der ganzen Welt eine neue Ära in den Beziehungen beider Länder ankündigte, auch nicht, als er in Havanna Gastgeber war, als erstmals seit 1000 Jahren der Papst und das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche aufeinandertrafen, und auch nicht durch seine Vermittlerrolle bei den langjährigen Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla in Havanna. Es dauerte noch bis zum Sommer 2015, als der russische Autor Nikolai Leonow, den eine über 60 Jahre lange Freundschaft mit dem jetzigen kubanischen Staatschef verbindet, seine Biographie über Raúl Castro herausgab, die erste weltweit, die aber nur in russischer und spanischer Sprache existiert.

Für die deutschsprachige Leserschaft hat nun der Journalist Volker Hermsdorf im Verlag Wiljo Heinen sein Buch „Raúl Castro – Revolutionär und Staatsmann“ veröffentlicht.

Hier erfährt man z. B., daß der jüngere Bruder des großen kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro keinesfalls nur im Schatten seines Bruders wirkte. Der Leser lernt einen rebellischen Raúl kennen, der, im Gegensatz zu Fidel, nicht bereit war, sich dem Zwang einer Jesuitenschule mit ihren dauernden Gebeten unterzuordnen. Sein Vater holte ihn zurück zur heimischen Finca nach Birán und ließ ihn Feldarbeit verrichten. Das war als Strafe gedacht, aber sein Sohn fühlte sich zwischen Arbeitern und Tagelöhnern äußerst wohl. Als dem Familienoberhaupt jedoch zu Ohren kam, daß sein Sohn mit den Arbeitern deren soziale Lage diskutierte, beschloß er, ihn wieder zu Fidel nach Havanna zu schicken,

denn „wenn er hier bleibt, verwandelt er sich in einen Kommunisten“, fürchtete er.

Fidel hatte inzwischen herausgefunden, wie Raúl auch ohne Hochschulreife an der Universität studieren konnte, und machte seinen jüngeren Bruder mit den Schriften von Marx und Engels bekannt. Er entwickelte bald seine eigene politische Position und trat anders als sein Bruder nicht der „Partei des kubanischen Volkes – Die Orthodoxen“ bei, weil er bereits vor dem Staatsstreich Batistas nicht mehr an eine mögliche Veränderung durch Wahlen glaubte. Mit 21 Jahren hatte sich Raúl als Organisator von studentischen Protestaktionen derart hervorgetan, daß verschiedene Jugendorganisationen ihn als Leiter der kubanischen Delegation zu einer internationalen Konferenz nach Wien schickten. Sein Auftreten in Wien war so überzeugend, daß man ihn zum Vorbereitungstreffen der Weltfestspiele der Jugend und Studenten nach Bukarest einlud. Dort schloß er viele Bekanntschaften, die ihm später noch nützlich werden sollten. Auf der Überfahrt nach Havanna lernte er den sowjetischen Diplomaten Leonow kennen, der schließlich sein erster Biograph werden sollte. Er hatte den jungen Kubaner angesprochen, als er ihn Makarenko lesen sah.

Nachdem er am 6. Juni 1953 wieder in Havanna angekommen war, überschlugen sich die Ereignisse. Noch auf dem Schiff wurde er festgenommen, weil bei ihm rumänische Broschüren gefunden wurden, er kam ins Gefängnis, wurde dort mißhandelt, trat dem kommunistischen Jugendverband bei und nahm einen Monat nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis an dem Angriff auf die Moncada-Kaserne in Santiago teil. Auch wenn dieser fehlschlug, wurde er doch der Startschuß für die Revolution, die Kuba für immer verändert hat.

Als Guerillaführer verwirklichte er in der befreiten Zone, die ihm unterstand (der

sogenannten Zweiten Front), bereits im kleinen die Vorstellung eines revolutionären Gemeinwesens. Nach dem Sieg der Revolution wurde er zum jüngsten Verteidigungsminister der Welt in einem Land, das von Beginn an vom mächtigen Imperium bedroht wurde. Das Konzept der Revolutionären Streitkräfte mit seinen Einrichtungen, Unternehmen und Milizen hat sich in 58 Jahre als erfolgreich erwiesen.

Volker Hermsdorf zeigt auf, wie Raúl Castro dadurch, daß er den Revolutionären Streitkräften schon in den 60er Jahren über die Verteidigung des Landes hinaus Aufgaben in der landwirtschaftlichen Produktion und bei der Unterstützung des Tourismus und staatlicher Betriebe zugewiesen hatte, die Grundlagen für das Überleben Kubas in der sogenannten Sonderperiode nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion legte. Auch die Verteidigung war mit der Doktrin des Krieges des ganzen Volkes bereits so organisiert worden, daß das Land bereit war, sich auch ohne den Schutz der Sowjetunion aus eigener Kraft zu verteidigen.

All das macht deutlich, wie groß die Leistungen des jetzigen kubanischen Präsidenten sind. Er ist nie jemand gewesen, der sich in den Mittelpunkt gestellt hat und nach Ruhm strebte. Gerade deswegen ist es wichtig, daß dieses Buch dem Leser die Möglichkeit gibt, die Dimension des Wirkens eines Mannes zu erkennen, der heute als Staatsmann seine Aufgabe darin sieht, die Unabhängigkeit, Souveränität und Würde des kubanischen Volkes zu erhalten, wie es im Klappentext des Buches heißt.

Renate Fausten, Havanna

Volker Hermsdorf: Raúl Castro. Revolutionär und Staatsmann. Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2016, 350 S., 16 €

ALBA-Gipfeltreffen erfolgreich beendet

Mit dem Aufruf „Verteidigen wir die Einheit, die Würde und die Unabhängigkeit unseres Amerikas!“ beendeten die Staats- und Regierungschefs der „Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerikas“ (ALBA) am 5. März in Caracas ihr XIV. Gipfeltreffen. Formaler Anlaß der Zusammenkunft war der vierte Todestag des ehemaligen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Dieser hatte das antiimperialistische Staatenbündnis gemeinsam mit dem im November letzten Jahres verstorbenen kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro im Dezember 2004 gegründet. Nun waren unter anderem Kubas Präsident Raúl Castro, Nikaraguas Staatschef Daniel Ortega und Evo Morales aus Bolivien nach Caracas gekommen.

Die von progressiven Regierungen und linken Bewegungen eingeleiteten demokratischen

Prozesse in Lateinamerika seien durch neue Angriffe des Imperialismus, des transnationalen Kapitals und der nationalen Oligarchien bedroht, heißt es in dem von Venezuelas Außenministerin Delcy Rodríguez vorgetragenen Abschlußdokument. Die Programme rechter Parteien seien in der Praxis nichts anderes als eine Doktrin zur Ausplünderung der Völker. Wo der Neoliberalismus wieder Fuß gefaßt habe, seien die betroffenen Länder durch wachsende Spekulation, Auslandsverschuldung, unfairen Handel und Finanzkrisen instabil geworden. Armut, Ungleichheit, Erwerbslosigkeit nähmen dadurch wieder zu, und die Kluft zwischen dem reichen Norden und dem enteigneten Süden vergrößere sich wieder.

„Wir befinden uns in einer entscheidenden Etappe unserer Geschichte, in der eine

Umkehr der Prozesse sehr negative Auswirkungen für die Völker der Region haben würde“, faßte es Kubas Präsident in seiner Ansprache zusammen. Castro warnte auch vor der neuen Politik der US-Regierung, deren proklamierter Protektionismus den Außenhandel lateinamerikanischer Länder bedrohe, um die Gewinne transnationaler Konzerne zu steigern. Er verurteilte zudem die Verfolgung von Migranten, die durch ungleiche Verteilung des Reichtums und die von der internationalen Ordnung verursachte, zunehmende Armut zum Verlassen ihrer Länder gezwungen würden. „Der Armut, den Katastrophen und der Migration begegnet man nicht mit Mauern, sondern mit Zusammenarbeit, Verständnis und Frieden“, erklärte Castro unter Beifall.

Volker Hermsdorf

(gekürzt aus „junge Welt“, 5. März 2017)

Kurz kommentiert

Scherbenhaufen der Nahostpolitik des Imperialismus

Präsident Donald Trump verkündete, eine Zweistaatenlösung (zur Befriedung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern) sei für ihn gestorben. Mit seiner fast beiläufigen Bemerkung, er könne auch mit einer Einstaatenlösung leben, hat er jahrelange Bemühungen der USA zur Lösung des Nahostkonflikts zunichte gemacht. Ein jüdisch-arabischer Staat also wäre die Lösung. Diese Botschaft ist fast antizionistisch. Es ist zu bezweifeln, daß Trump selbst die Bedeutung dessen, was er gesagt hat, verstanden hat, vermutet die israelische Zeitung „Haaretz“ aus Tel Aviv am 16. 2. Der Verzicht auf eine Zweistaatenlösung bedeutet, daß Israel kein jüdischer Staat mehr wäre, sondern ein Apartheidstaat mit Bürgern 1. und 2. Klasse. Damit könnte Israel zum internationalen Paria werden. Aber der Regierung in Jerusalem ist der Siedlungsbau wichtiger, und Trump sind die Palästinenser offenbar gleichgültig. Er sieht in Netanjahu vor allem einen Verbündeten gegen den gemeinsamen Feind Iran, befindet „El periodico de catalunya“ aus Barcelona.

Rechtsstaat BRD?

Vor 70 Jahren, am 17. 2. 1947, wurde eines der wichtigsten Nachfolgeverfahren des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses eröffnet: Im sogenannten Juristenprozeß stand mit den 16 angeklagten Richtern, Staatsanwälten und höheren Justizbeamten zugleich auch der Mißbrauch des Rechts zur Verwirklichung verbrecherischer Ziele vor Gericht.

Die vor Gericht Gestellten hatten das Recht gebrochen, indem sie vermeintlich Recht sprachen. Wie sich das im direkten Sinne des Wortes anhörte, demonstrierte der „erste Jurist des Dritten Reiches“, Hans Frank, in einer Rede am 30. 9. 1933: „Wir bekennen uns offen dazu, daß wir nationalsozialistischen Juristen in jedem Recht nur das Mittel zu dem Zweck sehen, einer Nation die heldische Kraft zum Wettstreit auf dieser Erde sicherzustellen.“ Die Angeklagten hatten als „Schreibtischtäter“ oder als „Blutrichter“ gewütet und waren sich keiner Schuld bewußt. Ingo Müller, bis zu seiner Pensionierung 2008 Regierungsdirektor und Fachhochschulprofessor für Straf- und Strafprozeßrecht, fand dazu klare Worte: „Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen.“ Und: „Daß ein Rechtssystem prostituiert wurde zu verbrecherischen Zielen – das ist noch eine neue, höhere Dimension des Unrechts.“

Es war u. a. diese „höhere Dimension des Unrechts“, die den Strafrechtler dazu gebracht hatte, 1987 sein Buch mit dem Titel „Furchtbare Juristen“ über die „unbewältigte Vergangenheit“ der

westdeutschen Justiz zu publizieren – und damit ganze Generationen von Jurastudenten zu beeinflussen. Wie etwa den heutigen Anwalt für Strafrecht Wolfgang Kaleck: „Was uns als junge Jurastudenten bei der Lektüre des Werkes so in Rage brachte, waren die ungebrochenen Karrieren, von denen Müller berichtete. Etwa vom Autor des Plädoyers für die ‚Ausscheidung der Minderwertigen durch Tötung‘, Hans Puvogel, der 1976 niedersächsischer Justizminister wurde. Oder vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, der als Marinerichter noch drei Wochen nach Kriegsende einen Soldaten wegen Gehorsamsverweigerung verurteilte.“

Die Verurteilten kamen zwischen 1950 und 1957 alle wieder frei. Bis heute erschütternd: Sie konnten neuerlich auf Beschäftigung hoffen oder aber, falls sie mittlerweile das Rentenalter erreicht hatten, auf üppige Pensions- und Gehaltsnachzahlungen. „Anfang der 50er Jahre strömten zuvor entlassene alte Nazis wieder in den öffentlichen Dienst. Bis 1950 gab es etwa 6000 Verfahren gegen Nazi-Verbrecher, ab 1950 waren es pro Jahr noch mal 30, 20, manchmal nur 15, aber es hörte eigentlich schlagartig auf Mitte der 50er Jahre“, berichtete Bernd Ulrich im „Deutschlandfunk“ am 17. 2. So entstand der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland ...

Läßt Trump die NATO im Stich?

Zur Münchner „Sicherheitskonferenz“ urteilte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 20. 2.: „Das transatlantisch gesinnte Stammpublikum hat seinen Willen bekommen und kann aufatmen, zumindest fürs erste. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hat der amerikanische Vizepräsident Mike Pence die Botschaft überbracht, daß sein Vorgesetzter fest zur NATO stehe und die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen gegenüber der Allianz erfüllen würden. ... Nach einem ziemlich chaotischen Beginn der neuen Regierung in Washington und Äußerungen, die europäischen Sicherheitspolitikern den Schrecken in die Glieder fahren ließ, ist dieser Pfeiler der Brücke über den Atlantik doch nicht akut einsturzgefährdet.“ Es wäre naiv zu glauben, die USA würden jemals die NATO als Instrument zur Durchsetzung ihrer internationalen Politik aus der Hand geben. Sie wollen nur, daß dafür die anderen Mitglieder mehr zur Kasse gebeten werden als zuvor.

Mike Pence forderte ein stärkeres Engagement der Europäer in der NATO. „Das heißt konkret: mehr Ausgaben für die Rüstung. Bislang erfüllen nur wenige Mitglieder die Vorgabe, zwei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung für die Verteidigung aufzubringen. Natürlich richten sich die Blicke dabei nun vor allem auf Deutschland als größte europäische Wirtschaftsmacht,

auch wenn allgemein bekannt ist, daß sich Bundeskanzlerin Merkel nicht so leicht unter Druck setzen läßt. Zudem ist ungewiß, ob die anderen NATO-Länder so begeistert sind, wenn Deutschland als größte europäische Wirtschaftsmacht seine jährlichen Militärausgaben von derzeit 36 Milliarden Euro fast verdoppelt und in Zukunft auch noch als militärische Großmacht auftritt.“ Die Völker Europas haben noch nicht vergessen, wie gefährlich ein zu starkes Deutschland sein kann.

Dr. Matin Baraki

Am 10. Mai begeht unser erfahrener, verlässlicher und standhafter Mitstreiter Genosse

Wolfgang Schindlmeier

aus Prötzel seinen 75. Geburtstag. Als langjähriges Mitglied des Vorstands des „RotFuchs“-Fördervereins, Vorsitzender der Regionalgruppe Strausberg und Mitglied der RF-Revisionskommission lag ihm im Sinne der Bündelung linker Kräfte ein enges, vertrauensvolles Zusammenwirken mit anderen linken Vereinen stets am Herzen.

Wir danken Dir, lieber Wolfgang, für Dein Engagement und wünschen für die Zukunft alles, alles Gute!

Genossin

Karin Großmann

aus Berlin, die am 16. Mai ihren 75. Geburtstag begeht, hat sich über viele Jahre als Redaktionssekretärin des „RotFuchs“ bewährt und großen persönlichen Anteil daran, daß der RF stets pünktlich fertiggestellt werden konnte. Bis heute unterstützt sie die Redaktion in vielfältiger Weise und ist zur Stelle, wenn es gilt, Monat für Monat unsere Zeitschrift auf den Weg zu bringen. Wir danken Dir, liebe Karin, sehr herzlich für Deine von hoher Einsatzbereitschaft geprägte, zuverlässige und engagierte Arbeit und wünschen Dir für die Zukunft Kraft und Gesundheit.

Am 16. Mai begeht der Lehrer der marxistischen politischen Ökonomie

Prof. Dr. Herbert Meißner

in Oranienburg seinen 90. Geburtstag. Als langjähriger Autor des „RotFuchs“ und Referent in den Regionalgruppen zählt Genosse Meißner zu den engsten Verbündeten unseres Bildungsvereins. Wir gratulieren auf das herzlichste.

+++ REAKTIONEN AUF DIE US-AGGRESSION GEGEN SYRIEN VOM 7. APRIL +++

Sie spielen mit dem Weltkrieg

Der US-Angriff auf einen syrischen Militärflughafen erhöht sprunghaft die weltweiten Spannungen. Eine Konfrontation mit russischen Truppen rückt näher, d. h. die Gefahr eines Weltkrieges. Eine Kollision beider Großmächte konnte diesmal offenbar vermieden werden, weil Moskau vorab über den Schlag informiert wurde und seine Abwehrmöglichkeiten nicht nutzte. Als Reaktion auf die US-Attacke setzte Rußland aber die mit den Vereinigten Staaten getroffene Vereinbarung zur Vermeidung von gefährlichen Vorkommnissen insbesondere zwischen den Luftstreitkräften beider Länder außer Kraft. Das ist angesichts des imperialistischen Abenteueriums eine besonnene Reaktion. Die jetzige Lage ist ein Resultat der von den USA und ihren Verbündeten seit dem Untergang der Sowjetunion betriebenen imperialistischen Politik. US-Präsident Donald Trump setzt sie seit Wochen im Stil seines Vorgängers fort, begleitet sie allerdings mit Berufung auf „alternative Fakten“, also aggressiver

Blödelei bei Kriegsbegründungen. Die Blutspur allerdings, die er seit seiner Amtseinführung am 20. Januar hinterlassen hat, entbehrt jeder Groteske, sie ist eindeutig: 28./29. Januar, acht Tage nach Trumps Einzug ins Weiße Haus, ein von ihm pompös verkündeter Angriff von US-Spezialkräften im Jemen, bei dem etwa 30 Zivilisten sterben, allerdings auch ein GI. 17. März: Die USA bombardieren wieder einmal Mossul und töten auf einen Schlag bis zu 200 Menschen. Die Zahl ist so hoch, daß selbst der westliche Mainstream sie zur Kenntnis nehmen muß. Ansonsten läßt er so gut wie nichts darüber verlauten, was in der nordirakischen Stadt geschieht. „Eingebettete“ Berichterstatter gibt es allerdings ausreichend vor Ort, sie erstatten nur keine Berichte. Am 18. März kommen im Norden Syriens etwa 40 Menschen in einer bombardierten Moschee ums Leben. Am 20. März töten Bomben der US-geführten Koalition, die seit 2014 in Syrien angeblich gegen den „Islamischen Staat“ kämpft,

mindestens 33 Menschen, die in einer Schule Zuflucht gesucht hatten. Die Zielkoordinaten hatte wahrscheinlich die Bundeswehr geliefert. Selbst die „Zeit“-Redakteurin Andrea Böhm spricht von einer „Taktik der neuen Brutalität“, die mit Trump Einzug gehalten hat. Trump kann sich auf seine Verbündeten von Saudi-Arabien über Tel Aviv, London und Paris bis Berlin verlassen, wie die Reaktionen auf seinen Angriffsbefehl gegen Syrien zeigen: Ihre klammheimliche Freude, es Assad und Putin heimgezahlt zu haben, konnten die Merkel und Hollande, May und Gabriel, der königliche Henker von Riad ebensowenig wie der Kolonialist und Dschihadisten-Helfer Netanjahu verbergen. Die Regierenden in Damaskus und Moskau hatten dieser Bande von Schlächtern, die sich als Weltpolizei aufgeführt, die bislang schwerste militärische Niederlage bereitet. Das vergessen Figuren dieses Schlages nicht. Ihr in jeder Hinsicht letztes Mittel ist das Spielen mit dem Weltkrieg. **Arnold Schölzel**

US-Aktivist*innen warnen vor Atomkrieg wegen Syrien

Der von US-Präsident Donald Trump angeordnete und von seinen parteiübergreifenden Unterstützern begrüßte Raketenangriff auf die Luftwaffenbasis in Syrien könnte laut der US-amerikanischen Antikriegsbewegung „United National Antiwar Coalition“ (UNAC) eine „katastrophale Eskalation“ in der Region oder gar einen Atomkrieg zur Folge haben. Weder Trump selbst noch eine US-Behörde hätten irgendwelche Beweise vorgelegt, daß die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad das Nervengas Sarin bei Bombenangriffen auf die Terrornetzwerke IS und

Al-Quaida oder andere Rebellengruppierungen in der syrischen Provinz Idlib eingesetzt habe. Die Aktivist*innen befürchten, daß Trumps „gefährliche und tödliche“ Eskalation den Beginn eines neuen und intensiveren „imperialistischen US-Krieges“ in Syrien bedeuten könnte. Dabei würde der US-Kampf gegen Terroristen in den Hintergrund rücken, während sich Washington auf eine Absetzung Assads konzentrierte.

Die UNAC übte in ihrer Erklärung zudem scharfe Kritik am Vorgehen der US-Medien: „Die Medien rühren einhellig die Kriegstrommel

und feiern den Bombenangriff ohne Absicht, irgendwelche Fakten zu ermitteln, um ihre Unterstützung für Trumps monströses Verhalten zu bekräftigen“, hieß es weiter. Immer hätten die Medien, wenn Vorwände zur Rechtfertigung „imperialistischer Kriege“ gebraucht wurden, den Weg dafür mit tragischen Bildern von verletzten und leidenden Kindern geebnet.

Aus Protest gegen das Vorgehen der US-Regierung wollen die UNAC-Aktivist*innen nun eine Serie von Demonstrationen landesweit organisieren.

RF, gestützt auf „Sputnik-News“

Erklärung der DKP zum Angriff auf Al-Schairat

Die DKP verurteilt den Raketenangriff der US-Armee auf die syrische Luftwaffenbasis Al-Schairat. Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, erklärte dazu: „Unabhängig davon, ob die syrische Armee tatsächlich für den Tod von über 80 Menschen durch Giftgas verantwortlich ist – wofür es bislang keinerlei Beweise gibt –, handelt es sich bei dem US-Angriff um einen völkerrechtswidrigen Aggressionsakt.“

Die DKP wertet den Angriff, der laut syrischer Stellen mindestens fünf Todesopfer forderte, als Versuch, den Fortschritt der Friedensverhandlungen zu sabotieren. Zu Beginn der Woche hatte sich bei der internationalen Syrienkonferenz in Brüssel bei den westlichen Regierungen die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine schnelle Absetzung von Syriens Präsident Baschar al-Assad auf absehbare Zeit vor allem aufgrund der stärker gewordenen Position Rußlands in dem Konflikt unrealistisch ist. Auch US-Außenminister Rex Tillerson hatte vor wenigen Tagen

einen Kurswechsel in der US-Syrienpolitik angedeutet: Über Assads Schicksal sollten die Syrer selbst entscheiden.

Seit Beginn des Krieges in Syrien haben die westlichen Staaten unter Führung der Obama-Regierung zugunsten der „Rebellen“ – oft dschihadistische Milizen – Partei genommen und auf einen „Regime Change“ hingearbeitet. Mit dem Eintreten Rußlands in den Konflikt und der Rückeroberung großer Landesteile durch die syrische Armee wurde dieses Ziel hintangestellt. Mit dem nun durchgeführten Luftschlag kommt die US-Regierung den Forderungen der aggressivsten Kreise des Imperialismus nach. Bereits im Wahlkampf hatte Hillary Clinton eine Verschärfung der US-amerikanischen Syrienpolitik angemahnt. Und auch Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) drängte die Kriegstreiber im Weißen Haus zu Beginn dieser Woche dazu, auf Obamas Kriegspfad zu bleiben: „Was nicht passieren darf, ist, daß der politische

Prozeß – der am Ende dazu führen muß, daß Assad nicht mehr der Präsident Syriens ist – ad acta gelegt wird.“ Dementsprechend begrüßen die deutschen „Falken“ Sigmar Gabriel und Angela Merkel (CDU) den US-Angriff.

Die Konfrontation der aggressivsten Teil des US-Imperialismus und seiner Verbündeten – vor allem der BRD – gegen Rußland wird damit auf Kosten des syrischen Volkes weiter verschärft. Nie ging es um eine Friedenslösung für Syrien, die nur auf der Grundlage nationaler Souveränität erreicht werden kann. Das Ziel war und ist die Schwächung aller Staaten, die dem Weltherrschaftsanspruch des Westens im Wege stehen – vor allem die Rußlands und Chinas.

Die weltweite Friedensbewegung muß den Kriegstreibern in den Arm fallen.

Wir sagen nein zum Kriegskurs! Heraus zum Ostermarsch, raus auf die Straßen!

Essen, 7. April

Die Menschen in Syrien wollen verzweifelt Frieden

Stoppt endlich den „Regime-change-Krieg“!

Während sich in Washington viele auf die Amtseinführung von Präsident Donald Trump vorbereiteten, verbrachte ich im Januar eine Woche auf einer Informationstour in Syrien und im Libanon, um die Menschen dort zu sehen und Informationen von ihnen zu bekommen. Ihre Lebensgrundlagen wurden von einem schrecklichen Krieg zerstört, der Hunderttausende getötet und Millionen gezwungen hat, auf der Suche nach Frieden aus ihrem Heimatland zu fliehen.

Es ist jetzt klarer als je zuvor: dieser Regime-change-Krieg (*ein Krieg zur Beseitigung einer unerwünschten Regierung, RF*) dient nicht dem Interesse der USA, und gewiß liegt er nicht im Interesse des syrischen Volkes.

Ich bereiste Damaskus und Aleppo und hörte Syrern aus verschiedenen Teilen des Landes zu. Ich traf vertriebene Familien aus dem Ostteil von Aleppo, aus Rakka, Zabadani, Latakia und aus den Vororten von Damaskus. Ich traf syrische Oppositionsführer, die die Proteste 2011 anführten, Witwen und Kinder von Männern, die für die Regierung kämpften und Witwen von solchen, die gegen die Regierung kämpften. Ich traf den neu gewählten Präsidenten des Libanon Aoun und Premierminister Hariri, die US-Botschafterin im Libanon Elizabeth Richard, den syrischen Präsidenten Assad, Großmufti Hassoun, Erzbischof Denys Antoine Chahda von der syrisch-katholischen Kirche in Aleppo, muslimische und christliche Religionsführer, humanitäre Helfer, Akademiker, Studenten, kleine Geschäftsleute und viele andere.

Ihre Botschaft an das amerikanische Volk war machtvoll und übereinstimmend: Es gibt keinen Unterschied zwischen „gemäßigten“ Rebellen und Al-Quaida (al-Nusra) oder ISIS – das ist alles dasselbe. Das ist ein Krieg zwischen Terroristen unter dem Kommando von Gruppen wie ISIS und Al-Quaida einerseits und der syrischen Regierung andererseits. Die Menschen flehen die Vereinigten Staaten von Amerika und andere Länder an, mit der Unterstützung derjenigen aufzuhören, die Syrien und seine Menschen zerstören.

Immer und immer wieder hörte ich diese Botschaft von denen, die unaussprechliche Schrecken erlitten und überlebt haben. Sie baten mich, ihre Stimme an die Welt weiterzugeben, verzweifelte Stimmen, die nicht gehört wurden aufgrund der falschen, einseitigen Berichte, welche eine Propaganda förderten, die diesen Regime-change-Krieg auf Kosten von syrischen Leben unterstützt.

Ich hörte Augenzeugenaussagen darüber, wie friedliche Proteste gegen die Regierung, die 2011 begannen, schnell von wahabistischen Jihadistengruppen wie Al-Quaida (al-Nusra) übernommen wurden, welche von Saudi-Arabien, der Türkei, Katar, den Vereinigten

Staaten von Amerika und anderen Ländern finanziert und unterstützt wurden. Diese nützten die friedlichen Demonstranten aus, besetzten ihre Gemeinwesen und töteten und folterten Syrer, die im Kampf gegen die Regierung nicht mit ihnen kooperierten.



Ich traf ein muslimisches Mädchen aus Zabadani, die 2012 im Alter von 14 Jahren von „Rebellen“ entführt, immer wieder geschlagen und vergewaltigt wurde, die wütend waren, weil ihr Vater, ein Schafhirt, ihnen nicht sein Geld gab. Sie erlebte voller Schrecken, wie maskierte Männer ihren Vater in ihrem Wohnzimmer ermordeten und dabei ihr gesamtes Magazin voll Patronen auf ihn feuerten.

Ich traf einen Jungen, der entführt wurde, als er auf der Straße ging, um Brot für seine Familie zu kaufen. Er wurde gefoltert, mit der Wasserfolter („waterboarding“) und mit Stromschlägen, wurde an ein Kreuz gefesselt und ausgepeitscht, und das alles, weil er sich weigerte, den „Rebellen“ zu helfen – er sagte ihnen, daß er in die Schule gehen wollte. So behandeln die „Rebellen“ die Menschen in Syrien, die nicht mit ihnen kooperieren oder deren Religion ihnen nicht paßt.

Obwohl sie gegen die Regierung Assad ist, brachte die politische Opposition ihre unerbittliche Ablehnung des Einsatzes von Gewalt zur Erreichung politischer Reformen zum Ausdruck. Sie sagen, daß, wenn die wahabistischen Jihadisten, die von Regierungen aus dem Ausland unterstützt werden, den syrischen Staat erfolgreich stürzen würden, Syrien und seine lange Geschichte einer

säkularen pluralistischen Gesellschaft zerstört würden, in der Menschen aller Religionen friedlich zusammengelebt haben. Obwohl diese politische Opposition weiterhin Reformen anstrebt, steht sie fest zum syrischen Staat, solange ausländische Regierungen mit

jihadistischen Terroristengruppen zwecks Regime change einen Stellvertreterkrieg gegen Syrien führen, während sie friedlich für ein stärkeres Syrien für alle Syrer arbeitet.

Ursprünglich hatte ich nicht die Absicht, Assad zu treffen, aber als sich die Gelegenheit dazu ergab, hatte ich das Gefühl, daß es wichtig war, sie zu nutzen. Ich denke, daß wir bereit sein sollten, mit jedem zu sprechen, wenn eine Chance besteht, daß das dazu beiträgt, diesen Krieg zu beenden, der den Menschen in Syrien so viel Leiden bringt.

Ich kehre zurück nach Washington DC mit noch größerer Entschlossenheit, dazu beizutragen, unseren illegalen Krieg zum Sturz der syrischen Regierung zu beenden. Vom Irak bis Libyen und jetzt Syrien haben die Vereinigten Staaten von Amerika Kriege mit dem Ziel von Regimewechsel geführt, von denen jeder zu unvorstellbarem Leiden, verheerendem Verlust von Leben und der Stärkung von Gruppen wie Al-Quaida und ISIS geführt hat.

Ich fordere den Kongreß und die neue Administration auf, sofort auf die Bitten der Menschen Syriens zu reagieren und das „Stop Arming

Terrorists Act“ (Gesetz zur Beendigung der Bewaffnung von Terroristen) zu unterstützen. Wir müssen aufhören, direkt oder indirekt Terroristen zu unterstützen – direkt, indem wir Rebellengruppen, die mit Al-Quaida und ISIS verbunden sind, Waffen, Ausbildung und logistische Unterstützung zur Verfügung stellen, und indirekt durch Saudi-Arabien, die Golfstaaten und die Türkei, die ihrerseits diese terroristischen Gruppen unterstützen. Wir müssen unseren Krieg zum Sturz der syrischen Regierung beenden und unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Zerschlagung von Al-Quaida und ISIS konzentrieren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen aufhören, Terroristen zu unterstützen, welche Syrien und seine Menschen zerstören. Die Vereinigten Staaten von Amerika und andere Länder, die diesen Krieg in Gang halten, müssen sofort damit aufhören. Wir müssen dem syrischen Volk die Möglichkeit geben, zu versuchen, sich von diesem furchtbaren Krieg zu erholen.

Tulsi Gabbard

Abgeordnete (Demokratische Partei) von Hawaii im US-Repräsentantenhaus

(Quelle: antiwar.com;
Übersetzung: antikrieg.com, red. bearbeitet)

NATO goes East and East and ...

Das militärische Gerät der 4000 Soldaten starken 3. Kampfbrigade der 4. Infanteriedivision der US-Armee wurde via Bremerhaven nach Polen und in andere osteuropäische Staaten verlegt. Die meisten dieser Kriegswaffen wurden per Bahn, einige aber auch auf deutschen Straßen transportiert. Es handelt sich um 446 gepanzerte Kettenfahrzeuge sowie 907 Radfahrzeuge mit 650 Anhängern. Mit dabei sind auch 87 Kampfpanzer, 144 Schützenpanzer und 18 Panzerhaubitzen, wie das EUCOM (Europäisches US-Oberkommando in Stuttgart) in einer Pressemitteilung mitteilte. „Es wird das modernste Gerät sein, was die Armee anzubieten hat“, so die US-Armee.

Die Logistik des Kriegswaffen-Transports führte die Bundeswehr durch, zentraler Ort dazu ist die in Garlstadt zwischen Bremen und Bremerhaven, aber in Niedersachsen befindliche Logistikschule des Heeres. Die Bundeswehr bezeichnet sich in diesem Zusammenhang als „Servicepartner“ der US-Armee und teilt stolz mit, daß die Bundeswehr „bei dieser US-Operation den norddeutschen Raum als logistische Drehscheibe für den Transport von über 4000 US-Soldatinnen und Soldaten mit ihren Fahrzeugen und ihrer Ausrüstung“ nutzt. „Deutschland hat als Drehscheibe eine besondere Bedeutung, diese wollen wir wahrnehmen.“ Die Bundeswehr „stellt für die US-Armee Lagerkapazität und Betriebsstoffe, Unterkunft und Verpflegung, Instandsetzung, Transport und Umschlag, Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr, Feldjägerunterstützung sowie die Transportsicherung innerhalb Deutschlands bereit.“

Die Dimension der Truppenverlegung wird deutlich, wenn man sich anschaut, was da per Bahn transportiert wird. Es sind ca. 900 Eisenbahn-Waggons mit Kriegsmaterial, das von Bremerhaven nach Polen verbracht wird, „umgerechnet“ ein Zug mit ca. 10 bis 14 km

Länge. Dazu kommen noch ca. 600 Frachtstücke, die ebenfalls per Bahn vom Truppenübungsplatz Bergen-Hohne nach Polen transportiert werden. Und es gibt ca. 40 Fahrzeuge, die direkt auf der Straße von Bremerhaven nach Polen fahren.

Das Ganze nennt sich „Atlantic Resolve“, ist aber keine Übung oder ein Manöver, sondern es handelt sich um eine permanente Verlegung des US-Kriegsgerätes nach Osteuropa. Nach 9 Monaten soll die gesamte Kampfbrigade durch eine gleichstarke neue Brigade ausgetauscht werden.

Warum diese Rotation der Kampftruppen? Offiziell hat dies militärische Gründe, doch dahinter steckt auch, daß die NATO-Rußland-Akte (von 1997) explizit ausschließt, daß in Osteuropa „substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert“ werden. Genau dies geschieht aber derzeit, die Rotation ist dabei nur Trickerei.

Und: es ist auch nicht die einzige Truppenverlegung 2017. Im Januar fand die Militäroperation „Bison Drawsko“ statt. Im Rahmen dieser Militäroperation wurde eine niederländische Brigade ebenfalls via Bremerhaven nach Polen bewegt. Und Anfang Februar folgte die permanente Stationierung der 1800 Soldaten starken 10. Heeresfliegerkampfbrigade (10th Combat Aviation Brigade) aus dem US-Bundesstaat New York. Es handelte sich dabei um eine Kampfhubschrauberbrigade mit 10 Chinook- und 50 Blackhawk-Hubschraubern. Neues Hauptquartier der Einheit wird das mittelfränkische Illesheim, stationiert werden sollen die Kampfhubschrauber in Lettland, Rumänien und Polen.

Die Obama-Administration hatte für diesen Truppenaufmarsch noch das Budget für die Truppenpräsenz in Europa im Rahmen der 2014 gestarteten European Reassurance Initiative (ERI) auf insgesamt 3,4 Milliarden US-Dollar vervierfacht.

Auch die Bundeswehr stationierte dauerhaft bis zu 500 Soldaten mit 26 Panzern und etwa 170 weiteren Militärfahrzeuge in Litauen. Nach Ansicht der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sei diese Maßnahme „genau angemessen“ und „defensiv“.

Die jetzige Truppenverlegung der NATO-Staaten hat auch etwas mit konkreten Kriegsszenarien zu tun. Begründungen für die Truppenverlegung: „Stärke zeigen“, „Abschreckung gegenüber Rußland“ etc. Politisch wurde diese Truppenverlegung beim NATO-Gipfel im Juni 2016 in Warschau beschlossen. Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung hat den Beschluß explizit mitgetragen. Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) zeigte sich dennoch „besorgt“ ob dieser Aufrüstung. Friedensgruppen und Die Linke organisierten gleich zu Beginn des Jahres 2017 Protestdemonstrationen und -kundgebungen unter anderem in Bremerhaven, direkt bei den Fährschiffen mit dem ausgeladenen Kriegsgerät, beim Kloster Lehnin (beim dortigen Truppenübungsplatz der Bundeswehr, der als Zwischenstation genutzt wurde für die Truppenverlegung), in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde und anderen Orten. Offiziell heißt es, die NATO-Aufrüstung sei eine Konsequenz aus der Ukraine-Krise. De facto läuft damit eine heftige Aufrüstungsspirale, auch Rußland stationiert immer mehr Truppen an seiner Grenze, aber innerhalb Rußlands. „Das Ergebnis ist das größte NATO-Aufrüstungsprogramm seit dem kalten Krieg“ heißt es in einem Pressebericht. Diese Aufrüstung muß gestoppt werden. Die Militärtransporte und die logistische Unterstützung durch die Bundeswehr für diese Aufrüstung werden weitergehen, hoffentlich die Proteste dagegen auch.

Tobias Pflüger

(Friedensforscher und stellvertretender Vorsitzender der Linkspartei)

Vietnam: US-Kriegsverbrechen vor 50 Jahren

Seit 1961 versprühte die US-amerikanische Luftwaffe auf Anordnung des damaligen Präsidenten John F. Kennedy Pflanzvernichtungsmittel über Südvietnam, um den Dschungel zu entlauben und Reisfelder zu zerstören. Damit wollten die US-Militärs den Befreiungskämpfern die Deckung nehmen und die Nahrungsgrundlage entziehen. Unter der zynischen Bezeichnung „Erntehelfer“ testete die US-Armee 1965 erstmals das Mittel „Agent Orange“. Am 7. Februar 1967 begann der flächendeckende Einsatz dieses über Jahrzehnte wirkenden Giftes. Durch seinen Einsatz „fielen die Blätter von den Bäumen, und es gab eine ungewöhnlich starke Zunahme bei Krankheiten wie Malaria. Das Immunsystem wurde erheblich geschwächt.“

Junge Soldaten bekamen Leberkrebs und starben, und es gab eine ungewöhnlich hohe Zahl



von Fehlgeburten.“ Wie sich später herausstellte, enthielt „Agent Orange“ das hochgiftige Dioxin TCDD. Bis 1971 flogen die USA über 6000 Einsätze. US-Veteranen sprachen später vom „größten chemischen Angriff der Weltgeschichte“. Über 70 Millionen Liter Herbizide versprühte die US-Luftwaffe, darunter allein

45 Millionen Liter „Agent Orange“ mit mehreren hundert Kilogramm Dioxin, die ein Siebtel der Gesamtfläche Vietnams langfristig kontaminierten. Die Folgen waren verheerend, denn Dioxin schädigt das Erbgut über Generationen und führt zu schwersten Mißbildungen. Wer überlebt, benötigt intensive Pflege. 150 000 Kinder sind seit dem Krieg mit schweren Behinderungen zur Welt gekommen, drei Millionen Menschen leiden unter den Spätfolgen des Gifts wie z. B. Krebskrankheiten, Stoffwechselstörungen, Herzkollaps und Diabetes.

Filmisch dokumentiert sind die Einsätze und ihre schrecklichen Spätfolgen u. a. in „Vietnam nach dem Bombenhagel“ (J. Edward Milner, 1993), „Schlimmer als Hiroshima“ (Ludwig Schaff, 2000), „Regen der Vernichtung“ (James Pastouna, 2007) und „Lighter than orange“ (Matthias Leupold, 2012). **RF**

Die letzten Wochen vor der Oktoberrevolution (1)

Das Volk will Frieden

Im Frühjahr 1917 wurde die Fortsetzung oder Beendigung des Krieges zu einer entscheidenden Frage für alle politischen Kräfte Rußlands.

Arbeiter, Bauern und Soldaten forderten auf Versammlungen, bei Massendemonstrationen und Kundgebungen immer energischer die sofortige Beendigung des Krieges. Jeder Monat Krieg kostete das ausgeblutete Land eine halbe Milliarde Rubel. Hunger und Massenarbeitslosigkeit nahmen zu. Zwischen dem 14. März und dem 23. April waren von 28 326 Soldaten, die aus Reserveregimentern an die Front geschickt wurden, 17 Prozent desertiert.

Die Provisorische Regierung

Die provisorische Regierung war gewillt, den Krieg fortzusetzen. Das hatte der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung, Fürst Lwow, am 1. April dem französischen Ministerpräsidenten versichert. Ende April kam der französische Minister für Bewaffnung, A. Thomas, nach Rußland, um die Arbeiter und Soldaten zur Fortsetzung des Krieges zu bewegen. Außenminister Miljukow erklärte im Namen der Provisorischen Regierung zu den verschiedensten Anlässen telegrafisch, mündlich oder in Noten, daß der „Krieg bis zum siegreichen Ende fortgeführt“ werde.

„Das Vaterland verteidigen“

Die kleinbürgerlichen Parteien (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) erklärten, es gelte jetzt, das „Vaterland zu verteidigen“. Aufgrund ihres zahlenmäßigen Übergewichts in den Sowjets (Räten) konnten sie Verwirrung in den nach Frieden strebenden Volksmassen stiften und ihre Auffassung auf der Beratung der Sowjets der Arbeiter und Bauern in Petrograd vom 11. bis 16. April als Beschluß durchsetzen. Wenige Tage später, am 20. bzw. 23. April, unterstützte die Mehrheit der Abgeordneten des Petrograder und Moskauer Sowjets eine neue Kriegsleihe der Provisorischen Regierung.

Die Haltung der Bolschewiki

Die Partei Lenins – die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) – unterstützte dagegen uneingeschränkt die Forderung nach Beendigung des Krieges. In Fabriken, Kasernen und Schützengräben erklärten die Kommunisten, daß von der Verteidigung des Vaterlandes keine Rede sein könne, weil sich der imperialistische Charakter des Krieges auch unter der Provisorischen Regierung nicht geändert hatte. Sie erklärten die Notwendigkeit der Übernahme der ganzen Macht in die Hände der Räte, weil nur eine Regierung der Arbeiter und Bauern dem imperialistischen Krieg ein Ende machen werde.

Die Parteigruppen der Bolschewiki in den Armee-Einheiten, die nach der Februarrevolution gebildeten sogenannten Militärorganisationen, hatten in dieser Arbeit große Erfolge.

Streik in Deutschland

Der Friedenswunsch des russischen Volkes, das Elend des Krieges, Not und Hunger widerspiegelten sich auch in Friedensforderungen anderer Völker.

In Deutschland wuchs die Antikriegsstimmung, einerseits durch die antimilitaristische Arbeit der Spartakusgruppe, zum anderen durch die eigenen Erfahrungen, die die Volksmassen in dem über 30 Monate währenden Krieg gesammelt hatten. Bis Ende 1916 waren fast vier Millionen deutsche Soldaten gefallen, verwundet oder in Gefangenschaft geraten. Als am 15. April die Behörden eine weitere Herabsetzung der Hungerrationen ankündigten, begannen einen Tag später 300 000 Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen einen Proteststreik, bei dem eine ganze Reihe Rüstungsbetriebe lahmgelegt wurden. Zehntausende schlossen sich in Braunschweig, Halle, Dresden, Hannover und vielen anderen Städten dem Streik an. Nach dem Beispiel der russischen Arbeiter wurden in zwei Berliner Rüstungsbetrieben die ersten Arbeiterräte in Deutschland gebildet.

Der erste 1. Mai in Rußland

1917 wurde in Rußland der 1. Mai, der Kampftag der arbeitenden Menschen aller Länder, zum ersten Mal in der Öffentlichkeit gefeiert. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) hatte in Flugblättern aufgerufen, für internationale Solidarität und Freundschaft zwischen den Völkern zu demonstrieren. Sie forderte die Arbeiter auf, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für den Übergang der gesamten Macht in die Hände der Sowjets (Räte) fortzusetzen. Im ganzen Land kam es zu Massenkundgebungen und -demonstrationen.

Petrograd: 1. Mai 1917

Die Hauptstadt Rußlands bot an diesem 1. Mai ein ungewohntes Bild. Vom frühen Morgen an zogen Demonstranten aus den Arbeitervierteln in Marschsäulen zu den Sammelstellen. Arbeiterlieder erklangen. Soldaten marschierten kompanieweise und als geschlossene Einheiten neben den Arbeiterkolonnen. In Straßen, auf Plätzen und in Betrieben fanden Massenkundgebungen statt. Auf einer dieser Kundgebungen sprach W. I. Lenin über die Bedeutung des 1. Mai und die Aufgaben der russischen Revolution. Seine Rede endete mit dem Appell: „Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und der Kampf für die proletarische sozialistische Republik!“ Gerade an diesem 1. Mai, an dem die Werktätigen Rußlands ihr Streben nach Frieden massenhaft bekundeten, richtete der Außenminister der Provisorischen Regierung, Miljukow, an die Regierungen Englands, Frankreichs und der übrigen Verbündeten Rußlands eine Note, in der er mitteilte, die Regierung werde den Krieg weiterführen. Miljukows Absicht rief bei den Arbeitern und Soldaten, die geglaubt hatten, nach dem Sturz des Zaren im Februar werde der Krieg bald beendet sein, Empörung hervor. Am 3. Mai kam es in den Straßen Petrograds spontan zu

Demonstrationen. Um 15 Uhr marschierten vor dem Marienpalast, wo die Provisorische Regierung tagte, das Finnländische Regiment und weitere Einheiten der Petrograder Garnison auf.

Protest gegen Kriegspolitik

In kurzer Zeit hatten sich auf dem Platz vor dem Palast mehr als 15 000 Soldaten versammelt. Sie trugen Plakate mit den Losungen: „Nieder mit Miljukow!“, „Nieder mit dem Krieg!“, „Alle Macht den Sowjets!“

In Fabriken und Werken kam es zu Protestkundgebungen gegen die Note Miljukows. Am Abend des 3. Mai zogen Arbeiterkolonnen mit der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ zum Taurischen Palast, wo der Sowjet der Arbeiter und Soldaten tagte.

Gegen den Protest der Arbeiter und Soldaten organisierte die Bourgeoisie Aufmärsche von Anhängern der Provisorischen Regierung. Offiziere provozierten und schossen. Zugleich warf die regierungsfreundliche Presse den Anhängern Lenins vor, Urheber der Unruhen zu sein. Die Situation verschärfte sich. Nach einem Wort Lenins war das Land zu diesem Zeitpunkt um Haaresbreite vom Bürgerkrieg entfernt.

Die Krise der Provisorischen Regierung

Anfang Mai 1917 befand sich die Provisorische Regierung in Petrograd in einer politischen Krise. Sie war hervorgerufen worden durch die bereits erwähnte Note ihres Außenministers Miljukow, in der er sich im Namen der Regierung für die Fortsetzung des Krieges aussprach und damit einen Massenprotest unter den nach Frieden drängenden Arbeitern und Soldaten hervorgerufen hatte. Den Ausweg suchte die Bourgeoisie in der Entlassung des Kriegs- und Marineministers Gutschkow und des Außenministers Miljukow. Zugleich wandte sich die Regierung an die Vertreter der kleinbürgerlichen Parteien im Petrograder Sowjet der Arbeiter und Bauern mit dem Angebot, ihre Vertreter in die Regierung zu entsenden.

Kerenski wird Kriegsminister

In der Nacht zum 15. Mai beschloß das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets, in dem die kleinbürgerlichen Parteien (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) die Mehrheit hatten, gegen die Stimmen der Anhänger Lenins, der Bolschewiki, das Angebot der Regierung anzunehmen.

Am 18. Mai traten die Menschewiki Zereteli und Skobelew und der Sozialrevolutionär Tschernow als Minister in die neugebildete Koalitionsregierung ein. Der Sozialrevolutionär Kerenski, der bereits in der provisorischen Regierung Justizminister war, übernahm das Amt des Kriegs- und Marineministers.

Mit dem Eintritt der „Sozialisten“ in die Regierung erreichten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, daß bei einem Teil der Soldaten, Bauern und Arbeiter die Hoffnung wuchs, nun würde sich die Politik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung ändern.

Der Krieg geht weiter

Die „sozialistischen“ Minister setzten sich jedoch nicht für die Forderung des Volkes nach Beendigung des Krieges ein. Bereits einen Tag nach ihrer Bildung teilte die Regierung mit, daß sie den Krieg an der Seite ihrer Verbündeten fortsetzen werde.

Am 25. Mai ordnete sie an, dem Kriegsministerium eine zusätzliche, im Budget nicht vorgesehene Summe von 604 Millionen Rubel zur Deckung von Kriegskosten anzuweisen. Obwohl im bisherigen Verlauf des Krieges bereits mehr als 1,5 Millionen russische Soldaten gefallen und etwa vier Millionen verwundet worden waren, begann Kriegsminister Kerenski mit der Vorbereitung der von den Verbündeten geforderten Offensive an der Front.

Am 24. Mai unterzeichnete Kerenski den Befehl über die Grundrechte der Militärangehörigen, der in der Armee die

uneingeschränkte Macht der Generale und Offiziere wiederherstellte, die nach der Februarrevolution durch die Soldatenräte wesentlich eingeschränkt worden war. Als Strafe für Antikriegsaktionen an der Front verfügte die Regierung am 19. Juni die Verschickung zur Zwangsarbeit.

Im Lande herrschen Hunger und Not

Im April hatte die Moskauer Bevölkerung statt der angekündigten 1890 Waggons Brotgetreide nur 713 erhalten. Die Bourgeoisie vergrößerte mit Betriebsstillegungen und Aussperrungen noch die Not der Bevölkerung. Streikaktionen der Arbeiter verurteilte der menschewistische Minister für Arbeit, Skobelew, als „eigenmächtige“ Aktionen, welche die Industrie „desorganisierten“.

(Gestützt auf „UZ“)

Gedanken zur Oktoberrevolution

Gegen die Kriegspläne des Imperialismus, gegen den Hungerkurs des Kapitalismus, gegen den Terror des Faschismus gibt es nur einen Weg für das Proletariat: den Weg, den die Oktoberrevolution der russischen Arbeiter und Bauern uns gewiesen hat.

Ernst Thälmann, 1930

Nicht allein der russische Kapitalist war expropriert, sondern den Ausbeutern aller Länder lief, mit dem Gedanken desselben Schicksals eine Gänsehaut über den Rücken.

Wilhelm Pieck, 1918

Es ist seelische Auswirkung der russischen Revolution, daß hier im Westen nichts mehr selbstverständlich und gesichert fortlebt ... Das Bürgertum selbst weiß sich gezeichnet von der russischen Revolution. Es hat eine mehr oder weniger lange Gnadenfrist.

Heinrich Mann, 1929

Während der sechs Monate ihrer Existenz in Rußland haben die Sowjets trotz ihrem Mangel an Erfahrung mehr Initiative und Vernunft gezeigt als deutsche Parlamente in fünfzig Jahren.

Walter Rathenau, 1919

Was hat dies Jahr gebracht? Gegeben hat es neue Ausblicke durch Rußland. Von da ist etwas Neues in die Welt gekommen, was mir entschieden vom Guten zu sein scheint.

Käthe Kollwitz, Silvester 1917

Wir stehen am Wendepunkt der Geschichte. Die Revolution ist für die Werktätigen und Unterdrückten aller Völker zum Appell und Kampfruf geworden ... Ein großartiges Werk voll gigantischer Energien und edelsten Idealen. Eine neue bessere Welt nimmt ihren Anfang.

Karl Liebknecht, 1918

Heute weiß ich mit Sicherheit, daß zwei große Geschehnisse meine literarische Entwicklung bestimmt haben: das Erlebnis des imperialistischen Krieges und das Erlebnis der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion. Diese beiden Erlebnisse haben mir dazu verholfen, mich zu befreien von gewissen Vorurteilen der Klasse, inmitten derer ich geboren war ...

Lion Feuchtwanger, 1938

Als im Jahre 1917 zu uns jungen Menschen, die gegen den Imperialismus aktiv kämpften, die Nachricht von der Oktoberrevolution kam, wußten wir, daß hier endlich der „Traum der Millionen“ Wirklichkeit, daß diese Welt des Mordens und des kapitalistischen Raubbaus an menschlicher Kraft durch eine sozialistische Welt voll Sinn und Vernunft überwunden wurde.

Ernst Toller, 1934

Meiner Überzeugung nach wird die Oktoberrevolution das unvergleichlich wichtigste Ereignis des zwanzigsten Jahrhunderts bleiben.

Klaus Mann, 1933

... eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Äonen nicht untergehen wird. Ich erwarte noch viel Großes in den nächsten Jahren, nur möchte ich die Weltgeschichte nicht bloß durch das Gitter bewundern.

**Rosa Luxemburg, 1917
im Gefängnis Breslau**

Das Faktum Sowjetrepublik ist für mein Bewußtsein eine der größten und beglückendsten Tatsachen. Weil hier seit zweitausend Jahren zum ersten Male der ganz ehrliche Versuch gemacht wird, durch Energie Gerechtigkeit in die Welt zu bringen.

Alfred Kerr, 1933

Ex-Sowjetbürger über ihr Leben vor und nach dem Zerfall der UdSSR

Meinungsforscher aus Rußland, Frankreich und ehemaligen Sowjetrepubliken haben in einer Umfrage im vergangenen Jahr herausgefunden, daß die große Mehrheit der heute über 35jährigen in neun von elf ehemaligen Sowjetrepubliken das Leben vor dem Zerfall der UdSSR als besser bewertet als das Leben danach. In Rußland schätzen 64 Prozent der befragten 35- bis 64jährigen die Lebensqualität in der Sowjetunion als höher als nach ihrem Zerfall ein – in der Ukraine sind es 60 Prozent. Die höchste Zustimmung zum „Sowjet-Leben“ stellten die Meinungsforscher in Armenien und Aserbaidschan fest: 71 bzw. 69 Prozent der Befragten gaben an, das Leben vor dem Zerfall der UdSSR sei besser gewesen. Nur die Einwohner Tadschikistans und Usbekistans bewerteten das Leben nach dem Zerfall der Sowjetunion als besser als davor: In Tadschikistan stimmen dem 55 Prozent zu, 39 Prozent waren dagegen; in Usbekistan stand es gar 91 gegen 4 Prozent. Daß das Leben nach dem Zerfall der Sowjetunion besser geworden sei, gaben tendenziell eher Umfrageteilnehmer aus der Gruppe jener an, die die Sowjetunion persönlich nicht mehr erlebten: die Gruppe der heute 18- bis 24jährigen. 63 Prozent der befragten Jugendlichen unterstützen diesen Standpunkt.

In nahezu allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion gaben die meisten über 35jährigen an, in der UdSSR besser gelebt zu haben als nach deren Zerfall. In Armenien stimmen dem 71 Prozent zu, 23 Prozent sind dagegen; in Aserbaidschan 69 bei 29 Prozent Gegenstimmen; in Rußland 64 versus 28; in Kasachstan 61 versus 27; in der Ukraine 60 versus 23 Prozent; in Kirgisien 60 versus 30; in Weißrußland 53 versus 28; in Georgien 51 versus 46 Prozent.

Diese Werte haben die Meinungsforschungsinstitute WZIOM, M-Vector, Ipsos, Expert Fikri und Qafgaz durch Umfragen in elf ehemaligen Sowjetrepubliken im Auftrag der Nachrichtenagentur Sputnik ermittelt.

In Rußland wurde die Umfrage von WZIOM, in Kirgisien und Tadschikistan von M-Vector, in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken von Ipsos, Expert Fikri und Qafgaz zwischen dem 4. Juli und 15. August 2016 durchgeführt. Insgesamt haben 12 645 Menschen an der Umfrage teilgenommen: je 1000 in Armenien, Aserbaidschan, Weißrußland, Moldawien, Georgien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan; 1045 in Usbekistan; 2000 in der Ukraine und 1600 in Rußland. Die Stichprobe repräsentiert die Bevölkerung des jeweiligen Landes nach Geschlecht, Alter und Geographie.

(Gestützt auf „Sputnik“)

Die Oktoberrevolution – ihre historische Bedeutung

Dieses Buch hat mich froh gemacht, es hat mir Sicherheit gegeben: Wir brauchen nicht wie die geprügelten Hunde mit gesenktem Kopf durch dieses Land zu schleichen, wir dürfen den Kopf heben, ja, wir haben ein Recht, Ansprüche anzumelden – ich darf mich innerhalb einer weit in die Zukunft weisenden weltgeschichtlichen Entwicklung sehen. Die Beiträge dieses Buches stellen einen Zusammenhang her; einen Zusammenhang, in dem ich mich wiedererkenne, in dem ich ein Stück Weltgeschichte erkenne. Das ist ein Erlebnis: Wenn Geschichte nicht als unveränderbares Schicksal verständlich wird, sondern als etwas von Menschen Gestaltbares – von Leuten wie mir.

Bei der Lektüre und beim wiederholten Reinlesen hat sich bei mir ein Gefühl von Zuversicht eingestellt. Und das will mir gerade hier und heute doch bemerkenswert erscheinen, schließlich handelt dieses Buch – indem es von der sozialistischen Oktoberrevolution handelt – auch von der deutschen Geschichte und von der Gegenwart unseres Landes; und denkt man an die, dann möchte einem zunächst nur wenig Zuversicht Machendes einfallen.

Dieses Buch beschäftigt sich mit einem vergangenen Ereignis als einem weiterwirkenden Prozeß – also keinem singulären Phänomen. Zur Oktoberrevolution muß man sich verhalten, so oder so.

Das Buch stellt Größenordnungen her: Wo die Bourgeoisie seit 60 Jahren verbissen bemüht ist, die Ereignisse von 1917 an Europas Peripherie hinzulügen und sie als lokalen, spezifisch russischen, möglichst sogar asiatischen Putsch abzukanzeln, rücken die Autoren dieses Sammelbandes die Oktoberrevolution in jenes historische Licht und stellen sie in jenen weltgeschichtlichen Kontext, innerhalb dessen 1917 als ein epochaler Einschnitt verstanden werden kann und muß. Und den Autoren gelingt es, deutlich zu machen, daß jener ferne Oktober in einer ganz fundamentalen Weise unsere Gegenwart beeinflusst, daß er uns heute in der BRD oder irgendwo in der Welt lebenden Menschen eine neue Orientierung und Perspektive schafft. Dieser dynamische Zusammenhang von Geschichte und unserer Gegenwart bestimmt die Anlage des Buches: Die Auseinandersetzungen mit der heutigen Lage in unserem Land werden verknüpft mit Zeitdokumenten, die der Aktualität ihre historische Dimension verleihen; die Analysen der Klassenausensetzungen in unseren Tagen erhalten einen unmittelbaren Bezug zum revolutionären Weltprozeß. In diesem Sinne vermittelt das Buch geschichtliche Kontinuität und dokumentiert eine auch bei uns vorhandene revolutionäre Tradition.

Dem Einführungsaufsatz von Herbert Mies „Die Veränderung der Welt durch die Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für die Bundesrepublik“, in dem Mies zeigen kann, was das für die in Deutschland um die Befreiung vom reaktionären Obrigkeitsstaat Kämpfenden und für uns in der BRD bedeutet, daß

dort in Rußland eine Idee, eine utopische Alternative Realität geworden ist ...

„Gegenüber dem Spekulieren und Theoretisieren über alle möglichen Revolutions- und Sozialismusmodelle hat die Beschäftigung mit der Oktoberrevolution den großen Vorteil des Bezugs auf die Praxis ... Und was hätte wohl die Geschichte der Arbeiterbewegung für uns für einen Sinn, wenn wir nicht bereit wären, gerade aus ihrem größten Triumph zu lernen!“ Diesem Aufsatz folgt ein Grußschreiben von Karl Liebknecht an den VI. Allrussischen Sowjetkongreß vom 6. November 1918: „Wir stehen an einem Wendepunkt der Geschichte. Die Revolution ist für die Werktätigen und Unterdrückten aller Völker zum Appell und zum Kampf geworden. Die russische Sowjetrepublik wurde zum Banner der kämpfenden Internationale, sie rüttelt die Zurückgebliebenen auf, erfüllt die Schwankenden mit Mut und verzehnfacht die Kraft und Entschlossenheit aller ... Eine neue, bessere Welt nimmt ihren Anfang ... Hört das, ihr Herrscher, und zittert!“ Dieses Prinzip, historische Verbindungen sichtbar zu machen, Linien zu ziehen von der Vergangenheit in die Gegenwart, macht dieses Buch von einer interessanten Aufsatzsammlung zu einem ungemein anschaulichen Geschichtsbuch, zu einem Buch über uns.

Es folgt Renate Riemek zum „Dekret über den Frieden“, mit dem die Sowjetmacht in der ersten Stunde das Hauptthema sozialistischer Politik anschlug: der Friede. Zugeordnet ein Text von Rosa Luxemburg „Zur russischen Revolution“ (1918). Wolfgang Abendroth schließt seinen Aufsatz „Die Oktoberrevolution und die deutsche Arbeiterbewegung“ mit dem Satz: „Die Lehren, die unmittelbar nach der Gründung des sowjetischen Staates große Teile der deutschen Arbeiterklasse gezogen hatten (und ohne die in Deutschland noch nicht einmal die bürgerliche Demokratie im November 1918 entstanden wäre), müssen immer wieder ins Gedächtnis der abhängig arbeitenden Klasse und der Intelligenzschicht zurückgerufen werden.“ Dann lesen wir von Clara Zetkin („Der Kampf um Macht und Frieden in Rußland“ Aus einem Artikel, November 1917): „... Dieser Kampf wird tiefe, unverwischbare Spuren in die Geschichte graben, den die Proletarier aller Länder leidenschaftlich wünschen, von der bloßen Tatsache, daß er war, wird neues, schöpferisches Leben ausstrahlen ...“

So wird die Lektüre zu einem aufregenden und lehrreichen Gang aus der Geschichte in die Geschichte; in die Geschichte der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bewegungen in der BRD. 22 Publizisten, Wissenschaftler, Politiker, Autoren, ergänzt durch Bilder, Dokumente, Reden und Aufsätze verschiedener Persönlichkeiten, Künstler- und Staatsmännern aus dem In- und Ausland öffnen

uns eine Tür: Sichtbar wird eine ganze Epoche – ihre Kämpfe, ihre Niederlagen und ihre Siege. Das ist schön, wie die Texte zum Beispiel von Heinrich, Klaus und Thomas Mann, von Franz Mehring, John Reed, Romain Rolland, von Ernst Thälmann, Ernst Toller u. a. eine Brücke schlagen zu den Texten heute in der BRD Lebender, zum Beispiel von Richard Scheringer, Franz Xaver Kroetz, Oskar Neumann, Gunnar Matthiessen, Josef Schleifstein, Richard Hiepe.

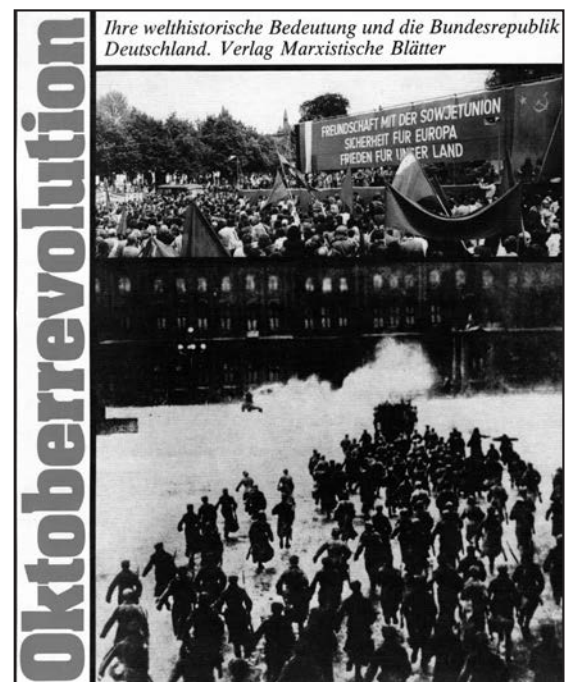
Schön, daß in diesem Buch zwischen den wissenschaftlichen, historisch-politischen Abhandlungen (z. B. von Willi Gerns, Horst Holzer, Hermann Gautier, Georg Fülberth, Albert Engelhardt, Kurt Bachmann) und den literarischen Beiträgen und Illustrationen (z. B. von Dieter Süverkrüp, August Kühn, Guido Zingerl, Renate Sendler-Peters, Carlo Schellermann, Carl Timmer, Jörg Scherkamp, Jochen Sendler) keine Brüche entstehen.

Aber das muß man lesen und ansehen. Und man muß nicht gleich ein Kommunist sein, um immer wieder von der Dynamik und Kraft angesteckt und mitgerissen zu werden, die von einem Ereignis ausgehen, das für Millionen von Menschen zu einer Wende geworden ist.

Romain Rolland (aus „Gewissen Europas“ Tagebuch der Kriegsjahre 1914–1918): „... Der Sieg der russischen Revolution erscheint uns entscheidend für die Zukunft Europas. Dieser Sieg würde eine faszinierende Wirkung ausüben. Ohne ihn liefe Europa Gefahr, auf unbestimmte Zeit in seinen armseligen Zwickigkeiten und fruchtlosen Wiederholungen zu verharren ...“

K. Konjetzky
(redaktionell bearbeitet
aus „DVZ“, 41/1977)

Oktoberrevolution 1917. Ihre welthistorische Bedeutung und die Bundesrepublik Deutschland. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1977, 170 Seiten, zahlreiche Abbildungen



Wie mit der Gründung der GUS das Ende der Sowjetunion besiegelt wurde

Die Verschwörung von Beloweschsk

Am 8. Dezember 1991 wurde in den belorussischen Wäldern in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit der „Beloweschsker Übereinkunft“ die Sowjetunion für aufgelöst erklärt und zugleich die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) aus der Taufe gehoben. Daran beteiligt waren Boris Jelzin, der Präsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), Leonid Krawtschuk, der Präsident der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, und Stanislaw Schuschkekewitsch, der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Es handelte sich dabei in mehrerlei Hinsicht um einen offenen Verfassungsbruch. Der Unionsvertrag von 1922, den die Verschwörer angeblich aufkündigten, hatte bereits seit langem keine juristische Kraft mehr, da er durch die Verfassung der UdSSR ersetzt worden war. Die obersten Machtorgane der Sowjetunion hatte man ebenso wie die der Unionsrepubliken selbstherrlich übergegangen. Und der Wille der Bevölkerung der Sowjetunion wurde in einer Weise mißachtet, die nicht augenscheinlicher sein konnte, hatten sich die Wähler doch im Frühjahr 1991 in einem Referendum mit 76 Prozent der Stimmen für den Erhalt der UdSSR ausgesprochen.

Konspirative Vorbereitung

Die Verschwörer waren sich der Ungesetzlichkeit ihres Handelns und der möglichen Konsequenzen voll bewußt. Eben darum hatten sie ihre Zusammenkunft konspirativ vorbereitet und ihre Absichten verheimlicht. Das macht u. a. ein Gespräch zwischen dem damaligen Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, und Boris Jelzin deutlich, das unmittelbar vor der Abreise Jelzins zum Dreiertreffen stattfand. Die Erinnerungen Gorbatschows an diese Unterredung zitiert der damalige Ministerpräsident der UdSSR, Nikolai Ryschkow, in seinem 2010 in Moskau erschienenen Buch „Главный Свидетель“ (Der Kronzeuge): „Jelzin verschwieg, daß die Verschwörer längst geplant hatten, in Beloweschsk den Todesstoß gegen die UdSSR zu führen und seine Mitarbeiter schon über die Texte der Todesurkunden nachdachten.“

Übrigens wird sowohl von Ryschkow wie auch von anderen Autoren die Wahl der Örtlichkeit für die Zusammenkunft als Beleg dafür gesehen, daß sie sich ihres verbrecherischen Handelns durchaus bewußt waren und Angst vor der gerechten Strafe hatten. Lag doch das Tagungsgebäude im Wald von Beloweschsk nur wenige Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, über die man sich im Notfall hätte absetzen können.

Es spricht einiges dafür, daß diese Möglichkeit in den Überlegungen Jelzins und seiner Komplizen eine Rolle gespielt haben könnte. Schließlich waren für die von ihnen vorbereiteten und dann ausgeführten Verbrechen in dem mit „Verrat des Vaterlandes“ überschriebenen Artikel des Strafgesetzbuches härteste Strafen bis hin zur Todesstrafe

vorgesehen. Wenn Jelzin gegenüber seinen Komplizen besorgt geäußert haben soll: „Wir sind Todeskandidaten ...“ – wie Ryschkow in dem erwähnten Buch berichtet –, dürfte dies nicht als Spaß gemeint gewesen sein. Die Sorge erwies sich allerdings als unbegründet. Die Machtorgane der UdSSR waren im Ergebnis der sich im Zuge der Perestrojka vollziehenden Abwicklung des Sozialismus



bereits in Auflösung begriffen und nahmen ihre Aufgaben zur Verteidigung der Sowjetunion nicht mehr wahr. Nach dem vor allem an der Inkonsequenz seiner Akteure gescheiterten Versuch des „Notstandskomitees“, im August 1991 in letzter Minute das Steuer noch herumzureißen, wütete die Konterrevolution nunmehr unverhüllt. Die KPdSU war von Jelzin in Rußland verboten worden. Die Volksmassen waren desorientiert und handlungsunfähig. Und die Obersten Sowjets der Unionsrepubliken setzten gehorsam ihre Unterschrift unter die „Beloweschsker Übereinkunft“.

Gorbatschows Anteil

Eine wesentliche Schuld für diese Entwicklungen trägt Gorbatschow, der Generalsekretär der regierenden KPdSU und Präsident der UdSSR. Angesichts der umfassenden Vollmachten, die er in diesen Funktionen auf sich vereinigt hatte, ist er der Hauptverantwortliche dafür, daß die Perestrojka, die von ihm 1985 mit dem Ziel verkündet worden war, den Sozialismus durch notwendige demokratische Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken und auf eine höhere Stufe zu heben, 1991 im Chaos und in der Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken endete. In der Stunde höchster Gefahr, als die Verschwörer von Beloweschsk das Ende der UdSSR in die Welt hinausposaunten, unternahm Gorbatschow buchstäblich nichts, um den Gesetzesbruch zu verhindern, obwohl er nach den Worten des ehemaligen

Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Anatoli Lukjanow, die Mittel dazu gehabt hätte. „Er blieb der Oberkommandierende, und ein einziges Wort des Präsidenten hätte genügt, und von den Unterzeichnern und ihren Dokumenten wäre nichts übriggeblieben. Ging es doch um das Schicksal einer Weltmacht, um ein Volk von 300 Millionen, um das globale Kräftegleichgewicht in der Welt. Das Machtwort des Menschen, der geschworen hatte, die Union zu bewahren und zu verteidigen, gab es jedoch nicht.“

Statt entschlossene Entscheidungen gegen die Verschwörung zu treffen, erklärte Gorbatschow damals in einer von den Medien veröffentlichten ersten Stellungnahme: „Diese Übereinkunft hat positive Momente. Im Dokument wird die Notwendigkeit unterstrichen, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, der Volksbildung, der Kultur ...“

Und am 25. Dezember 1991 erklärte er dann in einer Botschaft an die Bürger der Sowjetunion: „Kraft der mit der Bildung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten entstandenen Situation stelle ich meine Tätigkeit auf dem Posten des Präsidenten der UdSSR ein.“ Sofort danach unterschrieb er einen Präsidentenerlaß betreffend die Übergabe der Vollmachten über die strategischen Atomwaffen an den Präsidenten Rußlands, Boris Jelzin.

J. M. Woronin, erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation in den Jahren 1992 und 1993, stellt zu diesen Aussagen und Handlungen in einem am 16. 12. 2010 auf der Internetseite kprf.ru erschienenen Beitrag unter der Überschrift „Wie war das? – der Beloweschsker Verrat“ treffend fest: „Diese Niederträchtigkeit widerlegt klar und offen die Behauptung Gorbatschows, die er besonders in den letzten Jahren in die Welt gesetzt hat, daß er alles getan habe, um die Sowjetunion zu erhalten.“ Und weiter: „Der Präsident der Sowjetunion hat einfach kapituliert, er hat die Kommunistische Partei übergeben, die ihn groß gemacht hat, er hat die Verfassung der UdSSR verraten, indem er faktisch das Auseinanderbrechen der UdSSR billigte, das Zerschneiden des russischen Volkes ...“

Dieses Verhalten versuchte Gorbatschow mit Sorgen vor einem Bürgerkrieg zu rechtfertigen: „In meinem Kopf habe ich die Variante einer Verhaftung der Unterzeichner der Beloweschsker Dokumente hin und her gewälzt. (...) Doch heftige Bewegungen hätten das Land spalten und ein Blutbad provozieren können. Hinter Jelzin standen auch Menschen, Teile des Militärs. Darum war ein solches Szenario für mich unannehmbar.“ (zitiert nach Woronin)

Ein Bürgerkrieg wäre in der Tat nicht auszu-schließen gewesen. Aber hat Gorbatschow ihn etwa dadurch verhindert, daß er vor den Verschwörern kapituliert? Ganz im Gegenteil. Die ungehinderte Umsetzung der die Union zerreißenen Dokumente von Beloweschsk

war es doch gerade, die in vielen Unionsrepubliken zu blutigen Bürgerkriegen geführt hat und bis heute führt, wie der Krieg in der Ostukraine zeigt. Mehr noch, mit der Zerstörung der sozialistischen „Supermacht“ UdSSR ist die Welt insgesamt unfriedlicher geworden. Nach dem Ende der Sowjetunion wurden nationale Befreiungsbewegungen in vom Imperialismus angezettelten Bürgerkriegen erstickt. Von Afghanistan über den Irak und Libyen bis nach Syrien haben die USA und ihre NATO-Satelliten Kriege geführt, und sie führen weiterhin Kriege, um ihnen nicht genehme Regierungen durch hörige Regimes zu ersetzen. Das Hegemonialstreben Washingtons beschwört deutlicher als je zuvor die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den nuklear bewaffneten Großmächten USA samt NATO-Anhang mit Rußland und China herauf, die die Welt in ein atomares Inferno stürzen können.

Die Mehrheit der Menschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (mit Ausnahme der baltischen Länder) bedauert das Ende der UdSSR. Mußten und müssen sie doch einen hohen Preis dafür zahlen. Blutige Kriege und Nationalitätenkonflikte haben Zehntausende das Leben gekostet. Viele Millionen Sowjetbürger, vor allem Russen, die nicht zur Stammnationalität der Republik gehörten, in der sie lebten, wurden von einem Augenblick zum anderen zu Ausländern, die nicht selten ihrer Bürger- und Menschenrechte beraubt wurden. Das von den Völkern der Sowjetunion in sieben Jahrzehnten gemeinsamer Arbeit geschaffene Volksvermögen haben Oligarchen und Familienclans an sich gerissen. Die industrielle Produktion, Wissenschaft und Forschung wurden um Jahrzehnte zurückgeworfen, die große Masse des Volkes wurde in bittere Armut gestürzt.

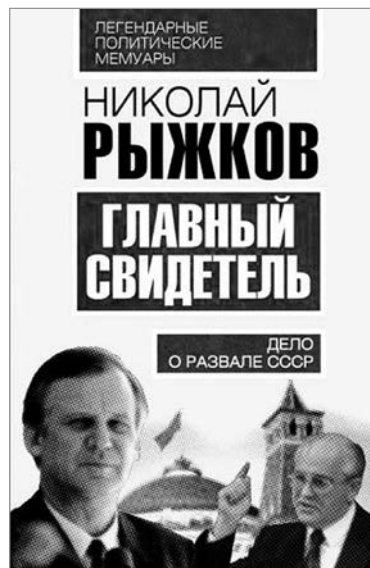
Der verlorene Entwurf

In seinem Buch „Der Kronzeuge“ vermittelt Nikolai Ryschkow hierzulande kaum Bekanntes, er gibt Einblicke in den Ablauf der verhängnisvollen Ereignisse in Beloweschsk. Letztere werfen ein bezeichnendes Licht auf die Personen, die der bereits unter Gorbatschow ins Chaos getriebenen Sowjetunion den Todesstoß versetzten.

Am Tage machten sich die Präsidenten mit dem nun maschinengeschriebenen Text bekannt, stellten feierlich die Wimpel ihrer Republiken vor sich auf und setzten um 14.17 Uhr ihre Unterschriften darunter. Der Welt wurde mitgeteilt, daß „die UdSSR als Subjekt des internationalen Rechts und geopolitische Realität ihre Existenz beendet“ habe. Es wurde die Geburt der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten verkündet, die für den Beitritt anderer unabhängiger Staaten offen sei.

Die Ziele und Prinzipien der GUS wurden in zwei Zusatzdokumenten dargelegt, der „Erklärung der Staatsoberhäupter“ und der „Erklärung der Regierungschefs“. Die Staatsoberhäupter behaupten in ihrem Text, daß die „fehlende Weitsicht des Zentrums zu einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise, zur Zerrüttung der Produktion und zum katastrophalen Absinken des Lebensstandards praktisch aller Schichten der Gesellschaft geführt hat“. Damit unternahmen sie den

Versuch, die Schuld für die Liquidierung der UdSSR von sich zu weisen. Das von den Regierungschefs unterzeichnete Papier war auf die Koordination der Wirtschaftspolitik der drei Mitglieder der GUS gerichtet: auf die Erhal-



Nikolai Ryschkow: Der Kronzeuge. In Sachen Zerfall der UdSSR. Verlag Algoritm, Moskau 2015

tung des einheitlichen Wirtschaftsraums, eine einheitliche Währungspolitik und die Koordinierung der Außenwirtschafts- und Zollpolitik. Diese Erklärung macht besonders deutlich, daß die Verschwörung von Beloweschsk von langer Hand und konspirativ vorbereitet worden war, denn die darin enthaltenen Maßnahmen konnten kaum das Resultat einer nächtlichen Diskussion sein. Die Verschwörer hatten offensichtlich nicht nur ihre eigenen Belange im Auge. Sie bedienten zugleich auch ausländische Interessen. Das wird durch die Tatsache bestätigt, daß Jelzin mit Zustimmung seiner Komplizen nach der Unterzeichnung der Dokumente nicht etwa als erstes den Präsidenten der UdSSR über die Geschehnisse informierte, sondern US-Präsidenten George Bush sen.

Ryschkow stellt dazu zutreffend fest, daß sich in diesem Gespräch wie in einem Spiegel die ganze Niedertracht Jelzins zeige – eines Staatsfunktionärs, der zu jeder Gemeinheit und Intrige, zu jedem Verrat zugunsten seiner persönlichen Interessen bereit war.

Bush sen. berief noch am gleichen Tag eine Pressekonferenz ein und verkündete triumphierend, daß „die Sowjetunion nicht mehr existiert und die USA im kalten Krieg gesiegt“ haben. Dabei unterstrich er, daß „die Vereinigten Staaten für die Liquidierung der Sowjetunion fünf Billionen Dollar ausgegeben“ haben.

Übrigens wies Woronin darauf hin, daß sich auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher bereits kurz vorher, im November 1991 auf einer Tagung des amerikanischen Instituts für Erdölwirtschaft, mit der Unterstützung der Konterrevolution in der Sowjetunion gebrüstet hatte: „Jelzin wurde wesentliche Hilfe während des Augusts 1991 erwiesen, als die regierende Oberschicht der UdSSR Gorbatschow

blockierte und versuchte, das System wiederherzustellen, das den Zusammenhalt der UdSSR gewährleistete.“

Nach dem Telefongespräch mit Bush fand ein Festessen statt. In dessen Verlauf, so schreibt Ryschkow, habe sich Jelzin, durch das Bush-Gespräch ermuntert, derart volllaufen lassen, daß an die für 17 Uhr angesetzte Pressekonferenz nicht zu denken war. Sie fand erst um zwei Uhr in der Nacht statt, wobei es zunächst nicht gelungen sei, Jelzin zu Bewußtsein zu bringen. Anschließend habe es ein Bankett gegeben, bei dem Jelzin „schnell wieder die Grenzen seiner Kondition erreicht“ habe und auf den Teppich fiel.

Nach ihrer Rückkehr machten sich die Verschwörer eilig daran, ihrer Übereinkunft einen gesetzlichen Anstrich zu geben, um sie unumkehrbar zu machen. Krawtschuk und Schuschkekewitsch beriefen schon am 10. Dezember die Obersten Sowjets ihrer Republiken ein, um die Übereinkunft über die GUS ratifizieren zu lassen. Am 12. Dezember ratifizierte auch der Oberste Sowjet der RSFSR die Dokumente. Das Prozedere erfolgte bezeichnenderweise ohne Analysen der Dokumente und ohne Debatten.

Verspätete Kritik

Am selben Tag reagierte auch das Komitee für Verfassungsaufsicht der UdSSR. Es konstatierte, daß Belorußland, die RSFSR und die Ukraine nicht befugt gewesen seien, Fragen zu entscheiden, die die Rechte und Interessen aller Republiken betreffen. Das Komitee zog den Schluß, daß die Akte von Beloweschsk keine verpflichtende juristische Kraft habe. Etwas mehr als vier Jahre später, am 15. März 1996, hat die russische Staatsduma übrigens die heute kaum bekannten Entschlüsse „Über die Vertiefung der Integration der Völker, die in der UdSSR vereinigt waren und über die Aufhebung der Entschlüsse des Obersten Sowjets der RSFSR vom 12. Dezember 1991“ und „Über die Rechtsgültigkeit des Referendums der UdSSR vom 17. März 1991 zur Frage der Erhaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ mehrheitlich angenommen. Laut Woronin bestand der Sinn beider Resolutionen darin, „daß die Abgeordneten, die für ihre Annahme stimmten, damit nach mehr als vier Jahren konstatierten, daß die Sowjetunion entgegen der Willensbekundung des Volkes und unter grober Verletzung der Verfassung der UdSSR zerstört wurde. Im Namen ihrer Wähler erklärten sie der ganzen Welt, daß drei ‚Führer‘ ehemaliger Republiken der Union ihnen das Land geraubt haben, in dem sie geboren, aufgewachsen, ihre Bildung erhalten haben und dessen Bürger sie waren.“

Wie nicht anders zu erwarten, überschlugen sich die inzwischen von den Oligarchen beherrschten Medien sowie die Autoren der Dokumente von Beloweschsk und die Führer einiger GUS-Länder in ihrer Empörung über diese Duma-Entschlüsse. Es wurde alles darangesetzt, sie aus der Welt zu schaffen. Am Ende blockierte der Föderationsrat, das Oberhaus der beiden russischen Parlamentskammern, die Entscheidungen.

Willi Gerns

(Gekürzt aus „junge Welt“, 9. Dezember 2016)

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Von der Solidarität

Seit Mitte der 60er-Jahre hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von unumgänglichen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden. Wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir (gelegentlich deswegen als Ewiggestrippte beschimpft) fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln.

RF

Sendetermin: 20. Juni 1973

Seit geraumer Zeit werden im Westen die Werbetrommeln der sozialdemokratischen Propaganda mit erhöhter Lautstärke für die „Grundwerte“ des sich selbst so bezeichnenden „demokratischen Sozialismus“ gerührt. Es sind dies die in der bürgerlichen Gesellschaft längst zur hohlen Phrase deformierten Begriffe der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität. Als „Grundwerte“ auf dem Godesberger Parteitag von 1959 programmatisch verkündet, sollen sie jetzt, fast anderthalb Jahrzehnte danach, eine Art höhere Weihe bekommen. Man will sie neu aufputzen, „präzisieren“, „vertiefen“; die theoretische Diskussion um sie soll belebt werden.

Wer auch nur die elementarsten wissenschaftlichen Aussagen über das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Wolfsgesetze der Konkurrenz, ihren Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit kennt, der sollte sich auch über das Folgende klar sein: Wo die ökonomische Macht der Monopolkapitalisten uneingeschränkt fortbesteht, kann es weder wahre Freiheit noch wahre Gerechtigkeit für die übergroße Mehrheit des Volkes, die arbeitenden Menschen geben. Und zwar deshalb nicht, weil hier die Arbeiterklasse vom Besitz an Produktionsmitteln und damit auch von der politischen Macht ausgeschlossen ist.

Wie steht es nun aber mit dem drittgenannten „Grundwert“, der Solidarität? Dieser Begriff stammt ja nicht, wie die erstgenannten – Freiheit und Gerechtigkeit –, aus jener Geschichtepepoche, da die aufstrebende Bourgeoisie dazu berufen war, dem Regiment der Feudalaristokratie den Garaus zu machen, die feudalen Unfreiheiten und Privilegien zu beseitigen.

Der Begriff der Solidarität ist vielmehr tief in der revolutionären Arbeiterbewegung verwurzelt. Unter der Losung der Solidarität vereinigte sich die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer marxistischen Partei bereits im vorigen Jahrhundert zum revolutionären Emanzipationskampf gegen das Kapital. Seit das „Kommunistische Manifest“ vor 125 Jahren die Parole ausgab „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“, wurde die Solidarität zum Inbegriff des gemeinschaftlichen, internationalistischen, die Ländergrenzen überspringenden Kampfes der revolutionären Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Errichtung des Sozialismus. Unter diesem Feldzeichen übten die Arbeiter vieler Länder tätige Solidarität mit der

jungen Sowjetmacht, als sie sich gegen die blutigen Interventionskriege imperialistischer Armeen behaupten mußte. Unter dem Banner der proletarischen Solidarität gaben Tausende der besten Söhne und Töchter der internationalen Arbeiterklasse ihr Leben im Kampf um die Verteidigung der spanischen Republik gegen den Franco-Faschismus. Die Solidarität der Sowjetunion, der sozialistischen Staatengemeinschaft und fortschrittlicher Menschen in allen Erdteilen half dem heldenhaften Volk Vietnams, den Sieg gegen die barbarischste aller imperialistischen Aggressionen zu erringen.

Hat also der Begriff der Solidarität im Vokabular der SPD-Ideologie einen antiimperialistischen Inhalt, signalisiert er eine antikapitalistische Tendenz dieser Ideologie, oder ist in ihm gar ein Stück der besten Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung lebendig geblieben? Bewahrt die SPD vielleicht einen Rest wirklichen Marxismus innerhalb einer ansonsten offen antimarxistischen und antikommunistischen Ideologie auf? Von all dem ist nichts zu merken.

In sozialdemokratischen Sonntagspredigten und im SPD-Journalismus wird der Begriff Solidarität mit so schönen Worten verdeutscht wie: Hilfsbereitschaft, tätige Menschenliebe, Einstehen für die Schwachen. Dies soll durch den „freiheitlichen Sozialismus“, wie die rechten SPD-Führer ihn verkünden, in die brutale Wirklichkeit des heutigen Kapitalismus Einzug halten. Mittels des Grundwertes der Solidarität verspricht man, den vorherrschenden Verhaltensweisen in der vom Profitstreben und dem Konkurrenzkampf regierten Welt des Kapitals zu Leibe zu rücken. Ulrich Lohmar, SPD-Publizist und Professor für Politische Wissenschaft in Paderborn, schreibt: „Die Sozialdemokratie geht aus von den moralischen Werten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Sie entwickelt aufgrund der jeweiligen gesellschaftlichen Situation daraus politische Strategien.“¹⁾ Im Anschluß an das eben Zitierte wird weiter behauptet, daß der Kommunismus ausgehe von einem geschlossenen ideologischen Bild der Gesellschaft, und in diesem Bilde sei der Zusammenhang von Werten, Gesellschaftsanalysen und Strategien weitgehend aufgehoben, weil ideologisch vorgeformt. Im übrigen bestehe der Gegensatz zwischen Sozialdemokratismus und Kommunismus darin, daß ersterer die Person, das Individuum zum Maß, die Partei zum Mittel und die Gesellschaft zum Handlungsrahmen habe. Im Kommunismus sei es umgekehrt:

die Gesellschaft sei hier das Maß, die Person das Mittel, die Partei das Instrument. In anderen Worten: Im Kommunismus sei der Mensch lediglich Mittel zum Zweck, während sich der Sozialdemokratismus als Gipfel der Humanität und Menschenliebe darstellt. Alles, was diese Politik unternehme, tue sie zum höheren Ruhme und zum Glück des Individuums.

Selbstredend geht die praktische Politik und die politische Strategie der sozialdemokratischen Führer, gehen beispielsweise ihre Finanz- und Steuerpolitik, ihre Rüstungspolitik, all ihre Maßnahmen für Sicherung des Wachstums der Monopolprofite, selbstredend geht das alles nicht von irgendwelchen hochtönenden moralischen Grundwerten aus. Keineswegs solidarisiert sie sich mit den in der kapitalistischen Gesellschaft wirklich ökonomisch Schwachen. Ganz und gar nicht kämpft sie für die Interessen der Arbeiterklasse, macht sie Anstrengungen, deren Klassen-solidarität gegen die Unternehmer zu fördern und ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist ja gerade ihr erklärtes Ziel, das bestehende Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung der Lohnarbeit durch die Produktionsmitteleigner basiert, vor jeder revolutionären Erschütterung zu schützen. Alle Reformpläne dieser Politik wollen eingeständenermaßen das System der Profitwirtschaft nur noch „leistungsfähiger“ machen.

Was wir hier in puncto Solidarität vor uns haben, ist uralter ideologischer Plunder; er stammt aus der verstaubten Rumpelkammer des seinem Inhalt nach bürgerlichen und kleinbürgerlichen Scheinsozialismus des vorigen Jahrhunderts, vermengt in der für den Sozialdemokratismus typischen Manier Vorstellungen des christlich-religiösen Sozialismus mit der Wertphilosophie des Neukantianismus. Hierauf paßt noch immer, was einmal Marx über eine auf Lassalle zurückgehende Tendenz in der jungen sozialdemokratischen Bewegung vor fast 100 Jahren als die Absicht „einer ganzen Bande halbreifer Studiosen und überweiser Doctores“ charakterisiert, „die dem Sozialismus eine ‚höhere, ideale‘ Wendung geben wollen, d. h. die materialistische Basis ... zu ersetzen durch moderne Mythologie, mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und fraternité“.²⁾

Was man uns als „demokratischen Sozialismus“ einschließlich seines „Grundwertes Solidarität“ serviert, ist durchaus im Marxschen Sinne moderne Mythologie. Freilich ist hierbei eine gewisse Differenz zu den Veteranen des kleinbürgerlichen ethischen Sozialismus

im vorigen Jahrhundert zu markieren. Letztere schickten sich an, den wissenschaftlichen Sozialismus durch Infiltration von Elementen des religiösen Denkens und der bürgerlichen Philosophie ideologisch zu zersetzen, theoretisch zu verwässern und ihm die revolutionäre politische Spitze abzubrechen, sein proletarisches Klassenwesen aufzulösen. Die Pseudosozialisten der damaligen Zeit wollten dem Sozialismus eine „höhere“, sprich bürgerliche Weihe geben. Heute versuchen die rechten Ideologen der Sozialdemokratie dem verfaulten imperialistischen Herrschaftssystem eine „ideale“ Wendung dadurch zu geben, daß sie es mit der „höheren“ Weihe des „freiheitlichen Sozialismus“ auszustatten suchen. Sie wollen aus Schwarz Weiß machen. Mit Sozialismus hat das alles nichts zu tun. Warum ist das Gewäsch von Solidarität und der Anspruch, aus ihr die politische Strategie des Sozialdemokratismus abzuleiten, ebensolcher ideologischer Lug und Trug wie das unaufhörliche Gerede von Freiheit und Gerechtigkeit? Die Antwort fällt dann nicht schwer, wenn wir die Frage konkret stellen, wenn wir also fragen: Welchen Klasseninhalt hat hier der Begriff Solidarität? Welches Klasseninteresse drückt er aus, auf welches präzise politische Ziel wird er bezogen, welches sind die praktischen Maßregeln, um ihm Lebenskraft zu geben, mittels welcher grundlegenden Veränderungen der

bestehenden Produktionsverhältnisse, durch welche politische Kampfaktion, durch welche tiefgreifende Umwälzung der politischen Machtverhältnisse soll er verwirklicht werden? Anders: Wer soll mit wem und wogegen Solidarität üben?

Es gibt keine Solidarität ins allgemeinmenschliche Blaue hinein. Der Dunsthimmel klassenneutraler Spekulation mit den „Grundwerten“ steht im krassesten Widerspruch zur klassengespaltenen kapitalistischen Gesellschaft, deren Wirklichkeit er verschleiern soll. Es gibt ebensowenig eine über den Klassen schwebende Solidarität wie es Gerechtigkeit oder Freiheit schlechthin, in Abstraktion von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen, den Klassenkämpfen, den realen politischen Machtverhältnissen gibt. Solange eine Gesellschaft in unversöhnliche Klassen gespalten ist, gehört eine klassenneutrale Solidarität ins Reich der sozialen Legenden. Zwischen dem Konzernherrn und dem Fabrikarbeiter kann es keine Solidarität geben. Damit an die Stelle der Wolfsgesetze der kapitalistischen Profitjagd, die ausnahmslos allen Lebensäußerungen der imperialistischen Gesellschaft ihr abstoßendes Gepräge geben und die ihren brutalen Egoismus, ihre Menschenverachtung erzeugen, damit also an deren Stelle wirkliche und umfassende Solidarität, das solidarische Miteinander aller Werktätigen bei der bewußten und planvollen Gestaltung eines

erfüllten Lebens treten können, dafür müssen die richtigen Antworten auf die oben gestellten Fragen gegeben werden. Der Marxismus-Leninismus gibt sie. Und nur auf dem Boden seiner wissenschaftlichen und historisch bestätigten Theorie können die wirklichen Verhältnisse umgewälzt werden – allen voran die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die auf ihnen fußende Macht der Monopolherren. Weil aber die rechte Sozialdemokratie diesen ökonomischen und politischen Grundpfeiler der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft unangetastet läßt, ihn verteidigt und weil ihre Politik wesentlich darauf abzielt, ihn den neuen Bedingungen unserer Epoche anzupassen, ihn mit neuen Verfahren zu zementieren, sind die von ihr gepredigten „Grundwerte“ der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zwar akzeptabel für die Besitzenden in der kapitalistischen Gesellschaft – für die Masse der nach wie vor vom Kapital Ausbeuteten sind es Scheinwerte, die kein Jota an den wirklichen Besitzverhältnissen, an der Klassensituation ändern.

Anmerkungen

- 1) U. Lohmar, *Sozialdemokratie oder Kommunismus?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, 24. Februar 1973
- 2) *Marx an F. Sorge, 19. 10. 1877.* In: *Marx/Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 364/365.*

Die Solidarität geht weiter

In der Erinnerung sehr vieler DDR-Bürger ist *Solidarität* nicht nur eine Worthülse wie im Godesberger Programm der SPD, sondern gelebtes Miteinander am Arbeitsplatz, in der Brigade, im Kulturensemble, in der Freizeit, ja, eigentlich in jeder noch so kleinen Gemeinschaft. Hilfe, Solidarität beschränkte sich aber nicht allein darauf, dem anderen zu jeder Zeit und in jeder Situation unter die Arme zu greifen – einfach so, ohne etwas zu fordern oder einen Vorteil davon zu erhoffen. Tätige Solidarität ging weit über die Landesgrenzen hinaus.

1953 spürte ich in meiner eigenen Familie, was Solidarität bedeutet. Mein Vater wurde zum Direktor der Medizinischen Fachschule Berlin berufen, weil die Direktorin mit ihrem Ehemann, einem angesehenen Architekten, nach Nordkorea ging, um dem vom Krieg gezeichneten Land zu helfen. Er beteiligte sich am Aufbau einer völlig neuen Stadt. Das ist meine erste Erinnerung an gelebte Solidarität, wie sie aus dem Wesen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates erwuchs.

Während die „Arbeiterpartei“ SPD von Heimat- und Menschenliebe nur sprach, nahmen wir die Freundschaft mit anderen Völkern und die internationale Solidarität sehr ernst. DDR-Solidaritätsaktionen mit dem heldenhaft um seine Freiheit kämpfenden Volk von Vietnam sind unvergessen. Kaum jemand blieb davon unberührt. Junge Pioniere sammelten Zeitungen, Flaschen und Altstoffe, um den Erlös auf ein Spendenkonto

einzu zahlen. Die FDJ organisierte Solidaritätsveranstaltungen, Künstler traten ohne Gage auf, Parteimitglieder spendeten regelmäßig von ihrem Gehalt. Höhepunkt der jährlichen Spendenaktion war der auf dem Berliner Alexanderplatz stattfindende Solidaritätsbasar. Mit all diesen Aktivitäten und deren Erlöse konnten lebensnotwendige Dinge, Solidaritätsgüter, Maschinen und Anlagen für den Wiederaufbau Vietnams, Kambodschas und anderer Länder gekauft werden.

Wenn sich heute Politiker, auch der Linkspartei, zur DDR äußern, tun sie meist so, als habe es sie nie gegeben. Dabei wirkt sie selbst nach nahezu drei Jahrzehnten seit ihrer Einverleibung durch die BRD noch kräftig nach. Ich kann die Freude des Kabarettisten Uwe Steimle nachvollziehen, der gleich bei seiner Ankunft in Vietnam zwei Kirow-Kräne sah, die nach so vielen Jahren immer noch funktionierten. Was aber noch viel wichtiger ist: Die DDR lebt in den Herzen der dortigen Menschen. Tausende haben bei uns – auch in Schwerin, wo ich ihnen in einem unserer größten Werke, dem VEB Plastikmaschinenwerk, begegnete – einen Beruf erlernt, um danach mitzuhelfen, ihre Heimat nach den Zerstörungen durch die US-Aggression wieder aufzubauen. In solidarischer Verbundenheit standen wir an der Seite des tapferen vietnamesischen Volkes.

DDR-Solidaritätsbrigaden, die vor Ort aktive Aufbauhilfe leisteten, waren auch in Afrika.

Die Menschen in Mozambique, Angola, Burkina Faso und anderen Ländern dieses Kontinents erinnern sich noch gut. Wer zu uns kam, erlernte einen Beruf oder bekam die Möglichkeit zu studieren. Und das waren nicht die Söhne und Töchter der Stammesfürsten!

Die bei Kämpfen im Ringen um den Aufbau von Volksdemokratien in Afrika verwundeten Menschen wurden auch in unseren Krankenhäusern gepflegt. Darunter viele Kämpfer gegen das Apartheid-Regime in Südafrika und Namibia. Der Neokolonialismus der herrschenden imperialistischen Mächte (USA, Großbritannien, Frankreich, aber auch die BRD) konnte zeitweilig zurückgedrängt werden. Auch hier standen wir DDR-Bürger auf der richtigen Seite der Barrikade.

Wir unterstützten die Regierung von Salvador Allende in Chile. Erich und Margot Honeker fanden dort später nicht nur ihr letztes Exil, sondern auch viele Freunde, die nicht vergessen hatten, was Solidarität bedeutet. Wir kämpften um die Freilassung von Angela Davis, der US-amerikanischen Bürgerrechtlerin und Kommunistin, genauso wie für den Führer des ANC in Südafrika, Nelson Mandela, während Politiker der BRD das Apartheid-Regime in Pretoria mit Waffen versorgten und das Pinochet in Chile gewähren ließen. Vergessen wir nicht: Es gibt nur *eine* Welt. Auch heute sind wir dazu verpflichtet, internationalistische Solidarität zu üben.

Konstantin Brandt

Die rauhe See des Widerspruchs – ein Konferenzbericht

Zum 90. Geburtstag von Hans Heinz Holz

Am 25. Februar 2017 fand in der Urania Berlin eine Konferenz und Feier anlässlich des 90. Geburtstags von Hans Heinz Holz (1927–2011) statt. Die DKP, die Gesellschaft für dialektische Philosophie und die Fondazione Centro di Studi Filosofici (S. Abbondio, Schweiz) hatten dazu aufgerufen, unterschiedliche Perspektiven auf das vielfältige Werk von Hans Heinz Holz darzustellen. Dafür wurde der Geburtstag als Kombination aus einem wissenschaftlich-politischen und einem festlichen Teil gestaltet.

Im ersten Teil galt es, den Horizont von Holz' Denklandschaft auszuschreiten, indem Aspekte seines philosophischen, ästhetischen und politischen Vermächtnisses dargestellt wurden. Der gewählte Modus des Streitgesprächs wollte den Jubilar aber nicht nur ehren, sondern Grenze und Übergang bestimmen. Holz war schließlich Dialektiker – ihm lag der Widerspruch mehr als die Lobhudelei. Nach dem Prinzip der Für- und Widerrede trafen im ersten Themenbereich Hans-Joachim Petsche (Universität Potsdam) und Andreas Hüllinghorst (Gesellschaft für dialektische Philosophie) unter der Moderation von Richard Sorg (Hamburg) aufeinander. Gegenstand ihrer Debatte war das Widerspiegelungstheorem und die dazugehörige Metapher, kurz das Zentrum von Holz' Kosmos. Nachdem Hüllinghorst vorlegte, indem er den philosophisch-metaphorischen Gehalt der Widerspiegelung als Erkenntnis- und

Wirklichkeitsmodell vorstellte, widersprach Petsche, indem er die Geltung des Spiegels aufs Korn nahm. Holz, der sich zwar um die Eintragung der Spekulation in den philosophischen Materialismus verdient gemacht habe, genüge seinen eigenen Ansprüchen auf eine exakte und kohärente Metaphorik nicht. Spiegel seien vielmehr blind – und dadurch passiv –, da sie das Bild nicht erzeugen, sondern Strahlen umleiten. Holz neige daher auch zur Vernachlässigung einer Entwicklungsdialektik. Hüllinghorst entgegnete, daß vor der Ausführung die Grundlegung geschehen müsse. Im zweiten Panel ging es kontrovers weiter. Martin Küpper (Freie Universität Berlin) und Jan Loheit (Universität Jena) rangen – von Renate Wahsner (Berlin) moderiert – um Sinn und Unsinn der skandalträchtigen Frage nach Metaphysik als Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs. Küpper verteidigte in seinem Plädoyer für Holz die Notwendigkeit der Metaphysik, die nach den begrifflichen Gehalten bei der Umsetzung materieller Verhältnisse in Anschauungen von Welt frage. Die Wirklichkeit sei in ihrer Prozeßartigkeit nur im Begriff darstellbar, da diese Ebene uns nie sinnlich gegeben sei. Dagegen warnte Loheit vor der darin angelegten Gefahr, Theorie in der Vogelperspektive statt in und aus Wirklichkeit zu generieren. Ihre Bewährungsprobe sei gerade in der konkret-historischen Praxis und nicht im Medium des Begriffs aufzusuchen.

Hans Jörg Glattfelder, bildender Künstler aus der Schweiz, und Alfred J. Noll, Jurist und Hochschullehrer aus Wien, gingen dem Realitätsgehalt von Kunst nach. Holz sei, so Noll, zu der Ansicht gelangt, daß im besonderen Kunstwerk eine besondere Beziehung eingeschrieben sei: in ihm sei Allgemeines anschaulich dargestellt. Das heißt nicht, wie Glattfelder zu verstehen gab, daß das Prinzip realistischer Kunst sich darin auszeichne, Realität 1:1 wiederzugeben, vielmehr eigne sich diese Wirklichkeit kritisch-welthaf an. So könne der zu Unrecht verschrieene Konstruktivismus durchaus die industriell-serielle Produktionsweise des Kapitalismus realistisch darstellen, etwa indem dieser die unsinnlichen Datenströme digitaler Produktionsmodi wieder zur sinnlichen Anschauung bringe und so zu ihrem Erkennen beitrage.

In der letzten Diskussionsrunde trafen drei Vertreter europäischer kommunistischer Parteien unter der Leitung von Jürgen Lloyd aufeinander. Patrik Köbele (DKP), Hannes Fellner (PdA, Österreich) und Gazi Ates (EMEP, Türkei) diskutierten über die Rolle der kommunistischen Parteien im zeitgenössischen Imperialismus. Sie waren sich einig darin, daß eine kommunistische Organisation der Schmelzpunkt der Vermittlung zwischen Theorie und Praxis sei. Einklang herrschte auch darüber, daß in der gegenwärtigen Linken nur die kommunistischen Kräfte – trotz ihrer Schwäche – die soziale Frage in den Blickpunkt bekommen könnten, da die Klassenverhältnisse in ihren Grundstrukturen unverändert seien und die Arbeiterklasse weiterhin zur Aufhebung der Klassengesellschaft vorherbestimmt sei. Doch um dieses hierfür notwendige Klassenbewußtsein zu artikulieren und als politische Urteilskraft zu materialisieren, böten sich unterschiedliche Anknüpfungspunkte an. Die Theorie sei wieder verstärkt in die praktische Parteilarbeit zu integrieren. Das könne verschiedene Formen annehmen. So gelte es, emanzipatorisch-aufklärerische Bildung bereitzustellen und bis in die Sympathisantenkreise zu vermitteln. Die Partei habe sich außerdem an den Frontlinien gesellschaftlicher Entwicklung, d. h. in den Betrieben, an den Universitäten, an den Schulen usw. einzubringen, um dort das theoretische wie praktische Bedürfnis aufzufüllen, aufzunehmen und emanzipatorisch umzuformen.

Im zweiten Teil der Geburtstagsveranstaltung wurde mit musikalischer Untermalung vom Künstler-Kollektiv Quijote aus Chemnitz, die Werke von Mikis Theodorakis spielten, gefeiert. Kristin Bönicke resümierte die theoretischen und publizistischen Aktivitäten nach Holz' Tod, berichtete von Lesekreisen und jüngsten Nachlassveröffentlichungen und forderte zur Weiterführung des Werks auf. Alte Weggefährten von Holz wie Isabel Monal (Kuba), Gazi Ates (Köln) und Hermann Klenner (Berlin) erinnerten sich lebhaft an Holz' Schaffen und ließen seine Person aus dem Strom ihrer Erinnerungen lebendig werden.

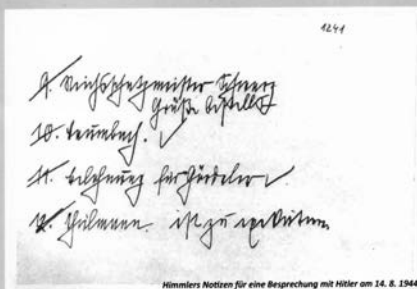
Ernst Simon, Berlin

Mord an Thälmann

Ralph Dobra

MORD

OHNE SÜHNE



Die Verschleppung der Strafverfolgung gegen die Mörder Ernst Thälmanns

In der Broschüre schildert Ralph Dobra (Rechtsanwalt, Verfasser von Veröffentlichungen zur Rechtsgeschichte und Mitglied des RF-Autorenkreises) die Ermittlungen zur Erschießung Ernst Thälmanns in der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald. Der frühere DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler schrieb das Vorwort. Nach mehrfacher Einstellung des Verfahrens durch die westdeutsche Justiz stand der frühere SS-Mann Wolfgang Otto schließlich ab November 1985 vor Gericht. 1988 wurde er freigesprochen.

Ralph Dobra: *Mord ohne Sühne. Die Verschleppung der Strafverfolgung gegen die Mörder Ernst Thälmanns. AG von Verbänden des OKV beim Landesverband der Partei Die Linke Thüringen, Erfurt 2017, 40 S., zahlreiche Abbildungen, 2 €*

Bezug über: Jochen Traut, Robert-Koch-Straße 25, 98527 Suhl, Tel.: 03681/707402

Ein Gespräch von 1977 über marxistische Philosophie und Politik

Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie

DVZ: Sie sind Mitherausgeber der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, die im Akademie-Verlag der DDR und im Verlag Marxistische Blätter in der Bundesrepublik erscheint. Welche Ziele setzt sich diese Reihe?

Robert Steigerwald: Zunächst darf ich vielleicht etwas zur Geschichte selbst sagen. Das erste Heft erblickte das Licht der Welt im Jahre 1971, und der Titel war durchaus ein Programm. Er richtete sich gegen den damals, verglichen mit heute, etwas wirkungsvolleren Revisionismus Roger Garaudys. Er war lange Jahre der für ideologische Arbeit verantwortliche Repräsentant der Französischen Kommunistischen Partei, Mitglied ihres Politbüros. Garaudy ging in den Jahren nach dem XX. Parteitag der KPdSU, nach der Kritik an Stalin, zum Revisionismus über. Die Reihe selbst wurde ins Leben gerufen von Prof. Dr. Manfred Buhr.

Derselbe, der zusammen mit Georg Klaus das so erfolgreiche „Philosophische Wörterbuch“ (Verlag Enzyklopädie, Leipzig) herausbrachte?

Genau derselbe. Und ich meine, Manfred Buhr hätte sich schon allein mit dieser Reihe verdient gemacht.

Sie heißt ja „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, also nicht nur von Philosophie ist die Rede. Richtig. Und es geht auch keinesfalls nur um Philosophie. Schon der erste Titel betraf ja nicht nur philosophische, sondern ebenso politische Aspekte des Revisionismus. Wenn Sie sich die bis jetzt erschienenen 75 Titel der Reihe anschauen, so finden Sie darunter auch solche über Fragen der Ästhetik, der politischen Ökonomie, der Geschichtswissenschaft bzw. Geschichtstheorie. Es gibt zahlreiche Titel, die sich mit gängigen Mythen der zeitgenössischen bürgerlichen Ideologie oder des Revisionismus auseinandersetzen.

Gibt es dabei deutlich wahrnehmbare Schwerpunkte?

Ich denke doch. Vielleicht darf ich mit dem Gebiet beginnen, das mir als einem mit der Philosophie besser bekannten am nächsten liegt. Da gibt es eine deutliche Schwerpunktsetzung auf die beiden grundlegenden Richtungen bürgerlicher Philosophie im Imperialismus, also auf Lebensphilosophie und Positivismus. Ich möchte ein paar Titel nennen. Mit der Lebensphilosophie oder mit Tendenzen, die in ihrem Banne stehen, setzen sich auseinander: Walter Jopke in seinem Aufsatz über das Menschenbild in der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie (Heft 3 der Reihe), die sowjetischen Autoren Motroschilowa und Samoschkin mit ihrer Marcuse-Kritik (Heft 4), die DDR-Autorin Korf in ihrer Kritik an Max Weber und Marcuse (Heft 5), András Gedös Kritik an Erich Fromm (Heft 8) gehört hierhin ebenso wie Dawydows Kritik der Adornoschen Ästhetik (Heft 6). Ebenso gibt es eine umfangreiche Positivismus-Kritik. Ich nenne nur die Titel: Harald Wessels

Albert-Kritik (Heft 11), Gedö, Buhr und Ruml stecken das Feld der marxistischen Positivismus-Kritik im Heft 12 ab. Man kann nicht alle und alles nennen.

Es gibt sodann mehrere Titel, die sich mit dem Verhältnis von Marxismus und klassischem Erbe befassen. Als Autoren nenne ich Alexander Abusch, Joachim Streisand und Georg Mende. Aber es gibt eben auch gründliche Auseinandersetzungen auf anderen ideologischen Gebieten, etwa Klenners Kritik der bürgerlichen Rechtstheorie (Heft 14). Mehrere Hefte befassen sich mit den unmittelbar ideologischen Aspekten der im engeren Sinne politischen Theorie.

Wie kommt es, daß die Reihe in zwei Verlagen zugleich erscheint?

Manfred Buhr steuerte von Anfang an eine interdisziplinäre und internationale Orientierung an. Es ist deshalb kein Zufall, daß schon recht früh der Kreis der Herausgeber entstand, dem derzeit folgende marxistische Theoretiker und Politiker angehören: Neben Manfred Buhr, Guy Besse, Mitglied des Politbüros der Französischen Kommunistischen Partei, András Gedö, ein international bekannter marxistischer Philosoph und Politiker, Professor an der Politischen Hochschule des ZK der Ungarischen Arbeiter-Partei, der bekannte polnische Philosoph von der dortigen Akademie der Wissenschaften Tadeusz Jaroszewski. Aus der Sowjetunion ist Mitherausgeber der Kandidat des ZK der KPdSU Michail Jowtschuk, ein ebenfalls international bekannter marxistischer Philosoph. Aus Bulgarien gehört dem Herausgeberkreis der Nestor des Politbüros, Todor Pawlos, an, dessen philosophische Arbeiten, insbesondere seine große Monographie zur Widerspiegelungstheorie, ja auch hier bekannt sind. Der tschechoslowakische Philosoph Wladimir Ruml, bei uns besonders durch seine Kritiken am Positivismus bekannt, wäre zu nennen. Und dann gehöre ich dazu. Diese internationale Orientierung drückt sich auch darin aus, daß viele Hefte der Reihe in verschiedenen Ländern erscheinen. Zum Beispiel sind meine Titel aus der Reihe in mehrere Sprachen übersetzt.

Daß sich der Verlag Marxistische Blätter zur Übernahme der Reihe entschloß, hängt also mit der internationalen Orientierung zusammen. Natürlich auch damit, daß die Reihe ja in der deutschen Sprache erscheint, viele der kritisierten bürgerlichen Ideologen in unserem Lande wirken oder ihre Wirkung bis zu uns reicht.

Sie sprachen von Ihren Titeln in der Reihe. Sind Sie der einzige westdeutsche Autor?

Keineswegs. Der Vorsitzende der Internationalen Hegel-Gesellschaft, Wilhelm Raimund Beyer, ist ebenso mit Titeln über Habermas und die Frankfurter Schule im allgemeinen vertreten wie die jungen bundesdeutschen Wissenschaftler Brand, Kotzias (ein inzwischen in seine Heimat zurückgekehrter

Grieche), Sandkühler und Schindler mit einer Kritik an Sohn-Rethel oder Richard Albrecht mit einer gründlichen Korsch-Kritik, um nur einige zu nennen. Weitere Arbeiten von BRD-Autoren kommen. Hier möchte ich vor allem die nächste zur Auslieferung anstehende Nummer nennen: das Heft Nr. 76. Es wurde von Willi Gerns erarbeitet, hat eine Zusammenfassung der grundlegenden Aufgaben auf dem Gebiet der ideologischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie in unserem Lande vorgenommen. Ich bin sicher, daß kein am Marxismus orientierter Linker unseres Landes an diesem Heft vorbeigehen kann. Es wird seinen Platz in der Reihe haben.

Sie haben damit angedeutet, daß es außer DDR-Autoren auch solche aus der Bundesrepublik gibt. Wie steht es um die Einbeziehung anderer Autoren?

Eingangs habe ich schon die Namen einiger sowjetischer, ungarischer bzw. tschechischer Autoren genannt. Es wäre noch auf eine umfangreichere Zahl französischer Autoren zu verweisen. Auch bulgarische Marxisten schrieben für die Reihe. Ich bin sicher, daß sich der internationale Charakter noch ausweiten wird. In diesem Sinne könnte sie auch einen Beitrag zur Stärkung der Einheit des international geführten Kampfes des Marxismus gegen die bürgerliche und revisionistische Ideologie leisten.

(Aus: DVZ, Nr. 2/1977)

Harald Wessel schrieb über die Reihe: „Sie regt zum Denken an, zur lustvollen Anstrengung des eigenen Gedankens ...“ Und weiter: „Der Reiz der Reihe ergibt sich vor allem aus zwei Besonderheiten: erstens aus ihrem kritischen Grundtenor und zweitens aus ihrem aktuell konkreten Inhalt. Kritischer Geist spricht nicht nur überzeugte Anhänger des Marxismus-Leninismus an, sondern auch jene Zeitgenossen, die in den Auseinandersetzungen der Gegenwart ihre eigene Position erst noch suchen. Und die Polemik ist ja ein Wesenszug der von Marx und Engels begründeten, von Lenin weiterentwickelten wissenschaftlichen Weltanschauung der revolutionären Arbeiterbewegung. Alle herausragenden Werke der Klassiker sind streitbare Arbeiten, in denen die weltverändernden Ideen und Einsichten in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theorien entwickelt werden.“

Der Neue-Impulse-Verlag hat die Bedeutung der Reihe erkannt und sie digitalisieren lassen. Alle in den Jahren 1971 bis 1986 erschienenen 107 Hefte sind auf einem USB-Stick für 48 € zu erwerben (Neue-Impulse-Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, Tel. 02 01-248 64 82).

RF

Sozialismus „mit oder ohne Wertgesetz“?

Im Januar-„RotFuchs“ wiederholt Achim Dippe seinen schon vor Jahresfrist geäußerten Gedanken eines Sozialismus „mit Marktwirtschaft/Wertgesetz“. Damals versprach er sich von mehr (oder überhaupt) Marktwirtschaft im Sozialismus (besonders in der Sowjetunion), daß er (sie) dann den Zwängen des nach außen zu führenden Klassenkampfes, insbesondere mit den USA, besser widerstanden resp. sogar diesen überstanden hätte. Mal abgesehen von diesem Aspekt – ich möchte mich rein sachlich zur Frage Sozialismus „mit oder ohne Wertgesetz“ einmal näher äußern. Auch Achim Dippe klagt Mangel an ausführlicher Diskussion – in der Sowjetunion an sich und in anderen Ländern im besonderen, darunter auch der DDR – ein. Bitte, beginnen wir eine Diskussion, im nachhinein.

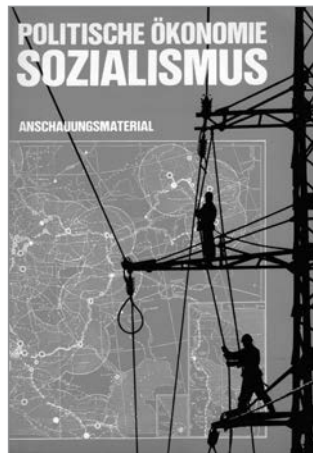
Zunächst meine Position: Ich vertrete eine andere Auffassung als Achim Dippe. D. h. Wertgesetz im Sozialismus geht *nicht*. Warum nicht? Weil ein anderes ökonomisches Gesetz an seine Stelle treten *muß* und – getreten *ist*: das Gesetz der (planmäßigen) proportionalen Entwicklung. Ich klammere das Wort „planmäßige“ ein, nenne das Gesetz an sich nur das proportional die Ökonomie bewegende Gesetz. Warum? Weil es ein Irrtum ist, daß es sich um ein Gesetz handelt, das erst dem Sozialismus, ab seiner planwirtschaftlich bestimmten Periode, zuzuordnen ist. Nein, es beginnt schon *im Kapitalismus* zu wirken; genauer: Es beginnt mit dem Gesellschaftlichwerden des Charakters der Arbeit, einer höheren Form der gesellschaftlichen Teilung/Aufteilung der Arbeit.

Unter der Bedingung, daß noch das Wertgesetz, also das Gesetz der äquivalenten Aneignung der Arbeit, das gesellschaftlich herrschende ist, erkennen wir den Beginn des Wirkens des proportionalen Gesetzes der ökonomischen Bewegung daran, daß eine zweite Form des Geldkapitals entsteht: das Finanzkapital.

Finanzkapital entsteht dadurch, daß Geld, das über die Realisierung des Wertes von Waren (also des Wertgesetzes) angeeignet wird, nicht so ausgegeben wird, wie es eingenommen wurde. D. h., die Wiederrealisierung des Geldes in Waren unterscheidet sich quantitativ von der Einnahme. Nicht also das Wertgesetz selbst – dieses schafft nur die Voraussetzung, die Realisierung der Ware in Geld –, sondern der Bedarf an Gebrauchswerten für die Erweiterung der Produktion führt zur Verwandlung von Geld in Ware. Das ist der maßgebende Grund dafür, daß sich Wertgesetz und Proportionalitätsgesetz in ihren Wirkungen quantitativ unterscheiden. Der Grund dafür ist aber ein qualitativer, eine andere Form der Bestimmung der Aneignung: Statt Wert sind es Güter. Statt Gegenwart – Zukunft.

Konkret geht es also darum, daß jemand Geld in Besitz genommen hat aufgrund des abstrakten Bezugs zur Arbeit – des Wertes, über das er aber nicht verfügen muß aufgrund des konkreten Arbeitsbezugs – des

Bedarfs an Gebrauchswerten. Er verwandelt es in allgemeines, gesellschaftliches Kapital, in Jedermannskapital, konkret aber in Kapital, das solchen Arbeiten zur Verfügung gestellt ist, die überäquivalent (!), *also über den Wert hinaus* reproduzieren müssen/können. Faktisch ist das Finanzkapital der Vorläufer der Planwirtschaft. Indem diese a priori in bezug auf die Arbeit/konkrete Betriebe mit dem Bedarf an Gütern (die sie zu produzieren hat) operiert, muß sie auch unmittelbar mit einem Geldbedarf operieren, der dieser Aneignung von Gütern entspricht. Statt vermittelndes Finanzkapital zu sein, verwandelt sich Geld in der



Planwirtschaft in unmittelbares Finanzgeld. (Solange der Sozialismus noch mit Geld operiert.) Die Voraussetzung, daß Geld zielsicher zugeteilt werden kann, ist eine klare naturale Planung. D. h. Planung existiert in einer ersten Periode des Kommunismus schon in doppelter Form – einer klaren naturalen sowie einer preisgestützten und in Abhängigkeit von letzterer einer bestimmten monetären Planung.

Womit klar ist, daß unter dem Gesichtspunkt der konkreten, proportionalen Bewegung in der Ökonomie es die Form einer vorausgesetzten äquivalenten Bildung und Aneignung von Kapital (oder einfach Geld) gemäß dem Wertgesetz nicht zu geben braucht. Es gibt sie zwar, aber *nicht aus ökonomischem Grund!*¹ Rein ökonomisch betrachtet kann die Aneignung von Geld (zum Kauf von Gebrauchswerten) auf die proportionale Bewegung der Arbeit reduziert werden. Die äquivalente Aneignung oder das Äquivalenzprinzip kann gesellschaftlich gesehen entfallen.

Warum aber ist es denn im Kapitalismus nicht entfallen? Weil der das private Eigentumsprinzip als sein Produktionsverhältnis fortsetzt und der Wert/das Wertgesetz Arbeit zu diesem *Eigentum* (Eigentum in abstracto) vermittelt. Das Wertgesetz ist ein Darstellungsgesetz, umgekehrt das Proportionalitätsgesetz ein Bewegungsgesetz. Der Kapitalismus muß noch mit beiden Gesetzen regieren/regulieren, mit dem proportionalen in Abhängigkeit vom äquivalenten. D. h. mit dem ökonomischen, der Arbeit entsprechenden Gesetz in Abhängigkeit

von äquivalenten, dem Eigentumsgesetz. Der Sozialismus reguliert nur mit dem einen – dem „seinen“. *Seinen* angeführt deshalb, weil natürlich die Erfordernisse einer zukünftigen Gesellschaft (oder auch Gesetzmäßigkeit) schon in der vorausgesetzten Gesellschaft beginnen – nicht herrschend, aber schon erscheinend. Man muß sie nur erkennen wollen. D. h. faktisch beginnt der Kommunismus vor Existenz seiner Eigentumsverhältnisse. Er ist aus dem Charakter der Arbeit zu erklären, nicht an sich aus dem Eigentum.

Es ist daher ein Irrtum zu sagen, das Gesetz der proportionalen Bewegung/Aneignung sei erst ein Gesetz, das ursächlich auf der Aufhebung des privaten Eigentums an der Arbeit beruht, oder das ideologischen, politischen Grund, Machtanmaßung (durch Staat, Partei oder irgendein „Büro“) zur Ursache hat – nein, es hat seine Ursache in der Arbeit.

Es gibt – bei entsprechender Entwicklung – zwei Bewegungsformen der Arbeit, die eine ist abstrakter, die andere konkreter Natur. Sie unterscheiden sich durch zwei Formen/Gesetze der Aneignung. Man gerät nicht in Regellosigkeit und Willkür, wenn man das eine Gesetz aufgibt, sondern diese Aufgabe (des Wertgesetzes) ist erst im Erscheinen und dann im Übergang zum anderen Gesetz gesetzmäßig enthalten.² Der reale, also planwirtschaftliche Sozialismus wurde dem ökonomischen Gesetz der proportionalen Bewegung dadurch gerecht, daß er mit den unmittelbaren Geldeinnahmen der Betriebe kein ökonomisches Recht mehr verband – weshalb das Wertgesetz sein Dasein auch aushauchte, ohne sonderlich bemerkt zu werden. (Und wer es dennoch noch „sieht“, glaubt es wohl am Preis noch zu „sehen“; aber: dieser ist doch ein Festpreis geworden, und wie kann ein Festpreis ein Wertpreis sein? Es ist in Wahrheit ein der naturalen Verteilung adäquates Geld, also ein „Theaterbillet“.) An die Stelle der bis dato besonderen, privaten Eigentümer war der gesellschaftliche, der Volkseigentümer getreten, er besaß/verfügte über beides zugleich: über Waren/Güter *und* Geld. Und: Er verteilte Geld, *wie er Güter verteilte!*³ *Wer diesen Unterschied nicht begreift, begreift den Sozialismus – oder einfach den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, wie er den Produktionsverhältnissen entspricht – nicht.*

Was in der Form von Finanzkapital nur begann, wurde im Sozialismus in der Form von Geldfondsbildung für die Betriebe, für deren einfache wie erweiterte Reproduktion, nur vollendet. Wir haben es mit einem geschichtlichen, gesellschaftsübergreifenden Prozeß zu tun, oder eben einem Prozeß, der zwei Gesellschaftsordnungen braucht, um verstanden werden zu können. Die Aneignung des Geldes per Wertgesetz wurde abgelöst durch an den Plan gebundene Aneignung per Geldfonds. Wenn man so will, wandelt der Sozialismus alles Geld in Finanzgeld um. Der Plan übernahm

unmittelbar die Funktion, die der Markt nur vermittelt (über die Wertform vermittelt) übernehmen kann. Besser? Schlechter? Aber darum geht es gar nicht. Der Wechsel als solcher ist zu verstehen.

Die nächste Frage wäre nun natürlich die des Preissystems bzw. des Geldmengensystems, aber das ein andermal. Wie „genau“ muß denn ein Preis/ein Geld sein, wenn es nur Gebrauchswerte, also Arbeit in konkreter Hinsicht kaufen darf? Aber bitte: Die Diskussion ist eröffnet.

Hermann Jacobs, Berlin

Anmerkungen

- 1) *Der Grund liegt in einer nach dem Leistungsprinzip regulierten Verteilung an Individuen. D. h. Geld setzt an sich das Leistungsprinzip um, mehr nicht. Betriebe bräuchten es bereits nicht mehr.*
- 2) *Wollten wir ein Wertgesetz im Sozialismus, würden wir beim Geld zur Form des Finanzkapitals zurückkehren müssen!*
- 3) *Im Plan verschafft sich die Gesellschaft (oder eben das gesellschaftlich planende Organ), eine Vorstellung von ihren ökonomischen Wünschen. Bestimmt sie den Bedarf an*

Wohnungen auf das Fünffache, ist klar, daß sie den Bedarf an Türschlüsseln ebenfalls auf das Fünffache zu steigern hat. Ein Äquivalenzprinzip kann einer solchen Anforderung nur entsprechen, indem es praktisch wie faktisch aufgehoben ist. Unter der Bedingung der proportionalen Aneignung der Arbeit kann Äquivalenz nur eine von drei Möglichkeiten sein, bzw. Aneignung kann ganz ohne Äquivalenz auskommen, um der Proportionalität zu entsprechen. Äquivalenz verwandelte sich dann in eine Besonderheit der Allgemeinheit.

Was nicht in den Personalakten stand

Wir schrieben das Jahr 1989. In unserem damals volkseigenen Werk waren insgesamt etwa 900 Beschäftigte tätig. Die Unzufriedenheit hatte zugenommen und nun, zum 40. Jahrestag der DDR, ihren Höhepunkt erreicht. Da erschien eines Tages eine Abordnung von Betriebsangehörigen in meinem Büro. Sie verlangten im Namen aller anderen Einsicht in ihre Personalakten und deren Herausgabe. Der Wortführer, ein junger Mann aus dem Bereich der Instandhaltung, erklärte: „Wir wollen alle sehen, was ihr über uns an die Staatssicherheit berichtet habt, und warum wir nicht, so wie wir wollen, in den Westen fahren dürfen, und warum keiner etwas gegen die immer größer werdenden Mißstände unternimmt.“

Ich hatte nur wenig Zeit zum Überlegen. Ich entschied aufgrund der aufgeheizten Stimmung, der Forderung nach Akteneinsicht nachzukommen. „Morgen früh ab 7 Uhr können alle in der Personalabteilung Einsicht in ihre Akte nehmen. Jeder kann dann – mit Ausnahme des Arbeitsvertrages – das für ihn Relevante mit nach Hause nehmen“, war meine Antwort. Die Abordnung war damit einverstanden. Dies war eine eigenmächtige Entscheidung, doch ich war der Meinung, daß die Leute ein Recht auf ihre Unterlagen hatten. Wir hatten ja nichts zu verheimlichen. Meine Mitarbeiterinnen wies ich an, einen Raum mit drei Tischen getrennt voneinander einzurichten und jedem, der es wünschte, seine Personalakte zur Einsicht zu geben. Sie sahen mich erstaunt an, fragten aber nicht weiter nach dem Grund. Nachdem alles vorbereitet war, machten wir wie immer 16.30 Uhr Feierabend. Am nächsten Morgen kam ich etwas zeitiger zur Arbeit. Ich staunte nicht schlecht. Vor dem Eingang zum Büro stand eine lange Schlange wartender Personen. Außer einiger spitzer Bemerkungen und versteckter Beleidigungen verhielten sie sich ruhig und diszipliniert. Meine Mitarbeiterinnen waren inzwischen auch eingetroffen. Obwohl es noch nicht 7 Uhr war, öffnete ich die Tür und ließ die ersten drei Kollegen eintreten.

Meine Stellvertreterin bot ihnen einen Platz an den Tischen an und übergab die jeweilige Personalakte. Jeder las interessiert in seinen Papieren, blätterte von vorn bis zur letzten Seite und wieder zurück, schüttelte mit dem Kopf, las weiter, manche murmelten auch etwas vor sich hin. Nach ca. zehn

Minuten stand der erste auf, warf die Akte auf den Tisch und wollte gehen. „Einen Moment“, sagte ich zu ihm, „außer dem Arbeitsvertrag, dem Laufzettel und dem Einstellungsprotokoll können Sie alles mitnehmen, wir benötigen es eigentlich nicht.“ „Was soll ich damit machen?“, fragte er etwas unwirsch. Auch die anderen waren jetzt mit ihrer Durchsicht fertig. Es folgte das gleiche Spiel. „Habt ihr wirklich nicht mehr?“, fragte einer. „Nein, das sind vollständig eure Akten“, war meine Antwort. Wort- und grußlos verließen sie dann den Raum. Die Nächsten kamen. Die Stimmung war angespannt. So ging es nun fast den ganzen Tag. Viele schüttelten nur mit dem Kopf oder lachten, als sie ihre Akte lasen. Eine Kollegin fragte, wieso ihre Kurbestätigung hier drin sei. Einer wollte wissen, wo denn der „Strenge Verweis“ sei, den er im vergangenen Jahr erhalten habe. „Nach einem Jahr“, antwortete meine Kollegin, „wird er, wenn nichts wieder vorgefallen ist, aus der Akte genommen und vernichtet.“ Einer erkundigte sich, wer die Beurteilung wegen seiner Reise in die BRD geschrieben habe. Er wollte nicht glauben, daß der Direktor für Produktion die Reise befürwortet hatte, die Personalabteilung einverstanden war, sie aber dennoch von anderer Stelle abgelehnt worden war. Wir konnten seine Frage nicht beantworten. Viele verließen den Raum mit enttäuschem Gesicht. „So ein Unsinn, was die alles aufgehoben haben“, meinten mehrere von ihnen. Sie hatten offenbar nicht gefunden, was angeblich in der Akte sein sollte und wonach sie hauptsächlich gesucht hatten. Wir hatten uns darauf eingerichtet, an diesem Tag einige Stunden länger zu öffnen, um auch den Schichtarbeitern die Möglichkeit zur Einsichtnahme zu geben.

Offensichtlich hatte es sich bis zum Mittag im Betrieb herumgesprochen, was in den Personalakten enthalten war. Der Andrang am Nachmittag nahm spürbar ab, und am nächsten Morgen kamen nur noch vereinzelte Kolleginnen und Kollegen. Nach unserer Rechnung waren bisher nicht einmal 30 % der Betriebsangehörigen zur Einsichtnahme gekommen. Deshalb übergaben wir am Nachmittag jeder Abteilung ein Schreiben mit dem Angebot, in die Akten einzusehen, da wir diese Aktion abschließen wollten. Es kamen nur noch ganz wenige. Warum also vorher die große Aufregung?

In der Zwischenzeit ordneten meine Kolleginnen die Akten für jeden, der Einsicht genommen hatte, neu. Die Unterlagen, die nicht mitgenommen wurden, warfen sie in einen Papiersack, um ihn am nächsten Tag im Kesselhaus des Betriebes zu verbrennen. Als ich den ersten Sack in das Kesselhaus brachte, kam ein Kollege auf mich zugestürzt und brüllte mich an: „Ihr wollt wohl die Berichte an die Stasi verbrennen?“ „Nein“, sagte ich ganz ruhig, „das sind nur die Reste der Akten, welche die Kollegen nicht mitgenommen haben.“ „Das wollen wir sehen“, forderte er barsch. Obwohl das eigentlich nicht rechtens war, weil es ja auch damals noch einen bestimmten Datenschutz gab, nahm ich den Sack, drehte ihn um und schüttete ihm alles vor die Füße. „So“, sagte ich, „sieh nach, was es für Unterlagen sind.“ Eifrig begannen sie – es waren noch zwei Kollegen hinzugekommen – einzelne Schriftstücke herauszuziehen und zu lesen. Ihre Gesichter wurden immer länger. Ich stand daneben und schaute zu. Etwa nach einer Viertelstunde hörten sie auf. „Los, verbrennt das Zeug“, knurrte der Anführer seine Kollegen an, drehte sich um und verschwand. Die beiden nahmen die Schriftstücke und warfen sie in die Feuerung. Ich blieb dabei, bis alles verbrannt war.

Einige Tage später ging ich durch einzelne Abteilungen des Betriebes. Ein Teil der Kolleginnen und Kollegen sagten: „Ihr habt euch ja große Mühe gegeben, aber was sollen wir mit dem ganzen Zeug machen? Außer der Beurteilung und ein paar anderen Sachen war ja nur viel Papier in der Akte!“ Einzelne machten einen großen Bogen um mich, sie konnten die Enttäuschung wahrscheinlich nicht verwinden, daß sie nicht das gefunden hatten, was ihnen eingeflüstert worden war. Immerhin waren ja innerhalb von zehn Jahren 168 Betriebsangehörige, nicht nur Rentner, in die BRD gereist. Eine einzige Kollegin ist in der BRD geblieben, aus persönlichen Gründen. Alle anderen kehrten wieder an ihren Arbeitsplatz zurück.

Wenige Monate später wurde der Betrieb abgewickelt. Anlagen und Maschinen hat man in der Nacht auf Waggons verladen und in die alten Bundesländer verbracht. Alle Angehörigen des Betriebes wurden arbeitslos. Unser Werk wurde zum zweiten Mal nach 1945, dieses Mal aber für immer, geschlossen.

Dr. Hans Rost, Bautzen

Wir geben nicht auf!

Im Einigungsvertrag haben die Verhandlungspartner beider deutscher Staaten seinerzeit bekundet, die Einheit Deutschlands als „... gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft in freier Selbstbestimmung zu vollenden“. Aber schon nach den ersten Wochen des Machtantritts des Kapitals war klar, daß die wohlgewählten Worte des Vertrages bald vergessen sein werden und bezüglich der „gleichberechtigten“ rechtlichen Stellung in diesem Staat eine geteilte Rechtsstaatlichkeit praktiziert wird. Daß aber eine solche Praxis noch nach mehr als 25 Jahren Bestand haben sollte, haben wohl selbst die Pessimistischsten nicht für möglich gehalten. Immerhin hatte man 1990 im Art. 143 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) in Übereinstimmung mit dem Einigungsvertrag festschreiben lassen, daß im früheren DDR-Gebiet von den Bestimmungen des Grundgesetzes abgewichen werden könne, „... soweit ... infolge der unterschiedlichen Verhältnisse die völlige Anpassung an die grundgesetzliche Ordnung noch nicht erreicht werden kann“. Gleichzeitig hatte man aber eine Befristung für die mögliche Abweichung „... längstens bis zum 31. Dezember 1992 ...“ festgelegt, was allerdings später kaum noch thematisiert wurde. Ein wesentlicher Bereich dieser Abweichung bezieht sich auf das bestehende extreme Ost-West-Gefälle an Löhnen und Gehältern. Es weist heute immer noch einen Unterschied um etwa 20 % bei gleichem Preisniveau der Lebenshaltungskosten in beiden Teilen Deutschlands aus. Das führte für einen Großteil der DDR-Bürger zu einer sozialen Schiefelage, die sich bis heute mit eskalierenden Folgen vor allem der Rentenpolitik fortsetzt und eine wachsende Altersarmut nach sich zieht. Leidtragende sind besonders jüngere Generationen, deren vergleichsweise niedrigere Einkommen sich später auf ihre Rentenansprüche auswirken.

Auch die praktizierte Art der „Rentenangleichung“ der Ost-West-Renten läßt trotz partieller Veränderungen weitere Lücken entstehen und setzt die Ungleichheit fort. Ausgehend von den abgeführten Rentenbeiträgen werden die Rentenansprüche durch eine nur schwer zu durchschauende Um- und Hochrechnung des jeweiligen Durchschnittsverdienstes in Ost und West errechnet. Das ergibt gegenwärtig einen Rentenentgeltwert Ost von 28,66 €, dem ein Rentenwert West von 30,45 € gegenübersteht. Bei zugrunde gelegten 40 Entgeltpunkten ergibt es monatlich noch einmal eine höhere Rente West von etwa 72,20 €, was im Jahr immerhin ein Mehreinkommen von etwa 850 € ausmacht. So entsteht durch das seit mehr als 25 Jahren praktizierte niedrigere Lohn- und Gehaltsniveau bei dieser Art der „Berechnung“ ein völlig irrealer Bild und gewissermaßen eine doppelte Benachteiligung für DDR-Bürger.

Da für diese Handhabung weder eine rechtliche Grundlage noch eine zwingende Veranlassung besteht, läßt sie nur den Schluß zu, daß die Benachteiligung der DDR-Rentner von vornherein einkalkuliert war. Das aber kommt noch heute einer Bestrafung dafür gleich, DDR-Bürger gewesen zu sein. Eine weitere gravierende Ungerechtigkeit besteht darin, daß die zur DDR-Zeit erarbeiteten Ansprüche in einzelnen Berufsgruppen nicht in voller Höhe berücksichtigt und insofern unterschiedlich gemindert werden.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Das trifft für viele Berufsgruppen zu. So z. B. für die Bergarbeiter, denen die Anerkennung ihrer in der DDR erworbenen Sonderrente verwehrt wurden, oder die Krankenschwestern, die durch die genannte Manipulation mit besonders niedrigen Minirenten leben müssen. Auch andere Rentenregelungen wie beispielsweise die in der DDR zuerkannten Leibrenten als Folge einer im Dienst der NVA erlittenen Verletzung wurden weder umgerechnet noch anderweitig ausgeglichen. Man hat sie ersatzlos gestrichen, weil sie im bundesdeutschen Recht keine adäquate Entsprechung hatten. Eigentumsgarantien gemäß Art 14 GG, bzw. § 59 ff. BGB oder Bestandsschutzregelungen werden nicht einmal in Betracht gezogen.

Auffällig und durch nichts zu begründen ist auch die völlig unterschiedliche Bewertung der erworbenen Rentenansprüche im Staatsapparat, den Organen der bewaffneten Organen und der Zollverwaltung. Das führt zu extremen Rentenminderungen, die sich besonders nachhaltig für die ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auswirken.

Ohne die üblichen Kriterien zugrunde zu legen, hatte man ihnen bis 1999 einen Rentenanteil um etwa 70 % des Durchschnittseinkommens des DDR-Bürgers, noch unterhalb der Sozialhilfe, zugebilligt. Nach einem langen Rechtsstreit wurde er schließlich auf den Rentendurchschnitt angehoben. Dagegen steht aber, daß die Angehörigen des MfS nicht wie in anderen Tätigkeitsbereichen eine Renterrücklage von 6 % auf 600 DM abgeführt haben, sondern 10 % auf ihren Gesamtbruttoverdienst. Wenn in der

bürgerlichen Presse immer wieder mit dem Begriff „Sonderrente“ operiert wird, soll das ganz offensichtlich suggerieren, daß es sich dabei um eine besonders vorteilhafte Ausnahmerente gehandelt habe. Diese Betrachtungen und die daher in der Öffentlichkeit entstandenen, weitverbreiteten Meinungen von einer angeblichen Überbezahlung der Mitarbeiter des MfS sind absolut falsch. Daß es keine unberechtigte Überzahlung gegenüber anderen vergleichbaren Einrichtungen gegeben hat, wurde zweifelsfrei nachgewiesen. Dennoch hat der 1. Senat des BVerfG in einem seit Jahren laufenden Rechtsstreit Ende des Jahres 2016 die Annahme einer diesbezüglichen Verfassungsbeschwerde verweigert.

Statt ihre Ansprüche aus gleichen Wertungskriterien anderer bewaffneter Organe und deren Einkommen herzuleiten, gestaltet man sie offensichtlich nach der Devise: Je intensiver man dem „Unrechtsstaat“ DDR gedient hat (wie die Angehörigen des MfS), desto stärker sind die Rentenansprüche wegen „Staatsnähe“ einzukürzen.

Eine solche Praxis verletzt elementare, im Grundgesetz festgeschriebene Grundrechte. So

stellt sie einen besonders derben Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz gemäß Art. 3 Abs. 1 GG dar. Der schreibt vor, daß wesentlich Gleiches nicht ungleich und wesentlich Ungleiches nicht gleich behandelt werden darf. Anders zu verfahren sei Willkür und rechtswidrig. (Badura: s. 97/staatsrecht) Wenn unbestritten ist, daß die in der Vergangenheit eingezahlten Rentenbeiträge Privateigentum sind, dann stellt eine ungerechtfertigte Rentenminderung auch einen willkürlichen Eingriff in das Grundrecht der Eigentumsgarantie und einen Verstoß gegen Art. 14 GG dar. Der Verfassungsrechtsexperte Prof. Dr. Dr. Merten spricht diesbezüglich in seinen wissenschaftlichen Publikationen von „Verwerfungen insbesondere bei der Ausführungsgesetzgebung, ... die einige Gruppen Versorgungsberechtigter nicht nur wirtschaftlich belasten, sondern auch diskriminieren“. (Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung. § 7 AAÜG im Lichte des Grundgesetzes. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2012, Vorwort)

Die Fortsetzung einer solchen, rechtlich nicht zu begründenden Praxis gegenüber den Angehörigen des MfS kommt einer strafähnlichen Sanktion gleich, die gegen die Wertneutralität des Rentenrechts verstößt und das Rentenrecht gewissermaßen als „strafrechtliche Ersatznorm“ mißbraucht.

Im Namen der 20 000 Angehörigen der „Initiativgemeinschaft zum Schutze der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.“ sei gesagt: Der Kampf im Bund mit allen Betroffenen geht weiter. Wir geben nicht auf!

Dr. jur. Heinz Günther

26. Mai 1952: Die DDR sichert die Grenzen

Nach Abstimmung mit der sowjetischen Kontrollkommission (SKK), der Vertretung der Sowjetregierung in Deutschland von 1949 bis 1953, beschloß der Ministerrat der DDR am 26. Mai 1952 die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands“. Darin wurde das Ministerium für Staatssicherheit, dem die Deutsche Grenzpolizei (DGP) zeitweilig unterstellt worden war, beauftragt, unverzüglich Maßnahmen festzulegen, um die Bewachung dieser Linie zu verstärken. Schon am folgenden Tag, dem 27. Mai, trat die „Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie“ in Kraft. Es war genau der Tag, an dem der Westzonenstaat der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) beitrug.

Nach dem Beispiel des Grenzregimes in der UdSSR wurde eine 5 Kilometer breite Sperrzone errichtet, die eine 500 Meter breite Schutzzone und einen 10 Meter breiten Kontrollstreifen einschloß. Für den ständigen oder zeitweiligen Aufenthalt und Arbeiten in diesem Gebiet sowie für die Ein- und Ausreise traten besondere Regelungen in Kraft. Der bis dahin an vielen Orten noch stattfindende kleine Grenzverkehr wurde eingestellt. Wenige Tage später erfolgten analoge Festlegungen für die Grenze an der Ostsee und am Ring um Berlin. Um die sich aus den Grenzsicherungsmaßnahmen für die in der Sperrzone wohnenden Menschen ergebenden Erschwernisse zu mildern, legte die Regierung nicht nur soziale Vergünstigungen fest, sondern auch Sonderprogramme zur Förderung des politischen und kulturellen Lebens. Wesentlich veränderten und verbesserten sich auch die Dienstbedingungen für die Grenzpolizisten. Zahlreiche Freiwillige verstärkten die Grenzkommandos. Es gab ab Oktober andere Uniformen, militärische Dienstgrade, moderne sowjetische Infanteriewaffen, neue Instruktionen für den Grenzdienst sowie ein einheitliches System der Schulung und Ausbildung. In die Führung der DGP berief die Regierung bewährte und militärisch qualifizierte Antifaschisten. Ihnen standen für einige Jahre Offiziere der

sowjetischen Grenztruppen unter Leitung eines Generals als Berater zur Seite.

Die umfassende Sicherung der Grenzen der DDR war die logische Folge der politischen Entwicklung in Deutschland. Die separate Währungsreform in den Westzonen, die Gründung des dortigen Separatstaates, die arrogante Zurückweisung aller östlichen Vorschläge, auch der Sowjetnote vom 10. März 1952, die Einheit Deutschlands zu erhalten, hatten schon einen tiefen Graben zwischen West und Ost gezogen. Diese Politik Bonns vollzog sich parallel zu der umfassenden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Restaurierung des kapitalistischen Systems. Dazu gehörte, daß auf Beschluß der Adenauer-Regierung vom 19. September 1950 allen Antifaschisten der Zugang zu öffentlichen Ämtern verwehrt wurde und mit Beschluß vom 27. Februar 1951 alle antifaschistisch-demokratischen Organisationen als „verfassungsfeindlich“ erklärt wurden. Das „Entnazifizierungsschlußgesetz“ vom Mai 1951 ermöglichte 150 000 „Minderbelasteten“, die von den Westalliierten von ihren Posten entfernt worden waren, die Rückkehr in den Staatsdienst bzw. regelte ihre künftige Versorgung. Auf Drängen Adenauers entließen die Westmächte die von ihnen verurteilten faschistischen Kriegsverbrecher aus der Haft.

Gegen eine solche Politik im Westen mußte die DDR ihre Souveränität und die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und ihres Staatsgebietes gewährleisten. Das war mit einer punktuellen Bewachung durch polizeiliche Einzelposten wie bis dahin nicht mehr möglich, zumal auf der Westseite der Grenze seit Februar 1951 eine militärisch strukturierte, ausgerüstete und bewaffnete Grenzschutztruppe mit anfangs 10 000 Mann stand. Zum anderen ermöglichte es die von östlicher Seite aus offene Grenze Saboteuren, Spionen und Terroristen, fast ungehindert in die DDR einzudringen und unserem Staat Schaden zuzufügen. Auch kriminelles Gesindel nutzte den weitgehend freien Zugang nach Osten, um nicht nur Waren, Wertsachen und Rohstoffe, sondern auch Produktionseinrichtungen und -dokumentationen aus der

DDR nach dem Westen zu bringen, wobei es oft vom Westen unterstützt wurde. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich an dieser Demarkationslinie Provokationen und Zwischenfälle mit Waffengebrauch häuften. Ihnen fielen bis zum Mai 1952 sechs Angehörige der DGP zum Opfer.

Trotz der angespannten und den Frieden bedrohenden Situation an dieser Ost-West-Trennlinie gab die Regierung der DDR ihre auf die Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands gerichtete Politik nicht auf. Das dokumentierte sie auch in der Verordnung vom 26. Mai unmißverständlich. So vermied sie die Bezeichnung „Staatsgrenze“, obwohl die DDR als anerkannter Staat schon mehr als zwei Jahre existierte, und verwendete die von den alliierten Siegermächten eingeführten Begriff „Demarkationslinie“. Eindeutig kam das im § 2 der Ministerratsverordnung zum Ausdruck. Dort heißt es: „Alle zur Durchführung dieser Maßnahmen getroffenen Anordnungen, Bestimmungen und Anweisungen sind unter dem Gesichtspunkt zu erlassen, daß sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können.“

Die DDR hielt sich an diese Festlegung. So wurden z. B. für die 165 an der Westgrenze stationierten Kommandos (später Kompanien) bis zum 31. 12. 1961 lediglich 21 Massivgebäude errichtet, dafür aber 98 eingeschossige und 38 Doppelstock-Holzbaracken gebaut, die schnell wieder abgerissen oder den Gemeinden für zivile Zwecke hätten überlassen werden können. Erst danach erhielten die Grenzeinheiten massive Kasernen.

Es kennzeichnet die Spalterpolitik des Westens, seiner Politiker und Medien, daß man gegen das DDR-Grenzregime hetzt, aber ganz bewußt diesen Passus der Verordnung verschweigt. Sie müßten ja sonst zugeben, daß sie für die Spaltung Deutschlands, also auch für das Grenzregime an der Trennlinie zwischen West und Ost und für alles, was dort geschah, verantwortlich waren.

Günter Freyer, Berlin

Ehrung für DDR-Sportlegenden

Wenn in diesen Tagen in Berlin an die Gründung des DTSB vor 60 Jahren erinnert wird, dann gehört auch dazu, daß auf Initiative des Kulturausschusses der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg im Ortsteil Alt-Hohenschönhausen – in einem auf dem ehemaligen Gelände der Olympischen Gesellschaft neu entstandenen Wohngebiet – einem Sextett früherer Jahre eine besondere Ehre zuteil wurde. Sechs Straßen sind hier nach DDR-Weltklassensportlern benannt worden, die bis auf eine

Ausnahme olympische Medaillen gewannen. Allen voran *Helga Haase*, die Eisschnelllauf-Olympiasiegerin und Silbermedaillengewinnerin 1960 in Squaw Valley. Olympisches Gold gewann auch die Rennschlittensportlerin *Anna-Maria Müller* 1972 in Sapporo. *Erich Hagen* aus Leipzig gewann 1960 die Friedensfahrt und im selben Jahr in Rom Olympiasilber mit der Mannschaft, der auch Täve Schur angehörte. *Harry Gläß* aus Klingenthal gewann 1956 in Cortina mit Bronze die erste olympische Medaille der DDR im Skispringen.

Joachim Böhmer vom SC Dynamo Berlin war Ruder-Europameister, Vizeweltmeister und 1972 in München Olympiadritter im Doppelzweier. Und die erste Schwimm-Europameisterin des DDR-Sports war *Jutta Langenau* aus Erfurt. Sie war Freistil- und Schmetterlings-As und Olympiaschste 1956 in Melbourne über 100 m Schmetterling. Insgesamt stellte sie 43 Landesrekorde auf.

Sie alle sind inzwischen verstorben, doch ihre sportlichen Leistungen bleiben.

Dr. Karl-Heinz Otto, Potsdam

Mit 22 ins Parlament

Ich hatte mir vorgenommen, Ingrid Wünsche, eine 22jährige Kandidatin für die Volkskammer, die oberste Volksvertretung der DDR, kennenzulernen. Mein erster Annäherungsversuch schlug fehl: „Montag habe ich den zweiten Hochzeitstag und möchte keinen Journalistenbesuch, auch nicht von einem ‚Jugend‘-Redakteur.“

*

Beim zweiten Anlauf ein paar Tage später hatte ich mehr Glück: Während einer ihrer Wahlkampfveranstaltungen stand die junge Frau Oberschülern Rede und Antwort. Sie hatte Lampenfieber. Man spürte ein wenig Unsicherheit: „Und wenn ich keine Antwort auf eine Frage weiß?“ Einer der Anwesenden, der sie offenbar schon länger kannte, darauf: „Das wäre ja das erste Mal, Ingemaus, daß Du um eine Antwort verlegen wärst!“ Und während die Fragen der 18jährigen Schüler kamen, zögernd anfangs, später immer lebhafter, verriet Ingrid eine – wie ich meine – Abgeordnetentugend: Sie kann zuhören. Ihre großen, klugen Augen lassen den Fragesteller nicht los, sehr gewissenhaft schreibt sie alles mit. Und antwortet klar und präzise. Zum Beispiel auf diese Frage: „Ist es denn vertretbar, daß man schon mit 18 Abgeordnete werden kann?“ Ingrid: „Du meinst: Man kann als 18jähriger nicht alles. Das stimmt. In diesem Alter hat man aber oft schon eine große Verantwortung, muß seinen Mann stehen, auf der Arbeit oder sonst irgendwo. Sollten die jungen Menschen von der Machtausübung ausgeschlossen bleiben? Ich finde, die Jugend muß deshalb auf allen Ebenen in unseren gewählten Organen vertreten sein. Und noch etwas: Wo sollten wir das Regieren lernen, wenn nicht auch in unseren Machtorganen?“ Ingrid befriedigte auch die Neugier ihrer Zuhörer, warum und wie gerade sie als Abgeordnete der FDJ fürs Parlament vorgeschlagen worden sei. Weil ich es noch genauer wissen wollte, überprüfte ich ihre Worte ein paar Tage später in ihrem Betrieb.

*

„Ich habe mir gedacht, daß mal so was mit der Ingrid kommen muß, aber daß es gleich die Volkskammer wird, natürlich nicht“, meinte Karin, Freundin, Kollegin der Ingrid Wünsche. Und ähnlich dachten und äußerten sich die fünf anderen Mitglieder der Jugendbrigade „Artur Becker“ des Bereichs Farbfilmentwicklung 35 mm im DEFA-Kopierwerk Berlin. So auch, als sie ihre Meinung zum Kandidatenvorschlag der FDJ-Leitung sagen sollten. Sylvia Rieck, die FDJ-Sekretärin im Werk, erläuterte, warum die Wahl auf Ingrid gefallen war: „Wir kamen zu dem Schluß, daß wir einen Arbeiter unseres Betriebes vorschlagen sollten. Der Farbbereich 35 mm – das ist der größte Bereich, überlegten wir weiter. Vorbildlich in der Arbeit, als FDJler, in seinem ganzen Auftreten sollte der Kandidat sein – das war eine weitere Bedingung. Da sind wir

auf die Ingrid gekommen – was denkt ihr darüber?“ „Sie hat’s verdient; zu ihr kann man kommen, wenn man was nicht richtig verstanden hat; ein dufter Kumpel, die Ingrid; es gibt keine Bessere!“ meinten sie, und es schwang immer ein bißchen Stolz mit, weil es jemand aus ihrer Truppe war. Sie hielten aber auch nicht mit kritischen Worten hinter dem Berg, fanden, daß Ingrid sich bemühen müßte, bei aller Unduldsamkeit gegen Mängel und Schwächen immer den richtigen Ton



Foto: Günter Jazbec

zu finden und nicht unsachlich zu reagieren, als Meistervertreterin lernen sollte, nicht alles alleine zu machen, sondern die Kollegen richtig einzusetzen. Als Einrichterin an den Entwicklern, das bescheinigten ihr alle, leistet sie Ausgezeichnetes, „Wenn es darum ging, sich eine Meinung zur Schichtarbeit, zum volkswirtschaftlich notwendigen 3-Schicht-Rhythmus, zu bilden oder wenn die Kollegen weiter lernen, sich qualifizieren sollten, da war sie nicht nur selbst sofort bereit, sondern suchte das Gespräch mit den anderen, um auch sie mitzuziehen“, erinnert sich Willi Heermann, der Parteisekretär des Betriebes, Ingrid Genosse, bei dem sie sich gerade in nächster Zeit manchmal Rat holen können. Das Verhältnis zwischen beiden – so schien es mir jedenfalls – ist ein sehr herzliches, kameradschaftliches, produktives, obwohl vom Alter und den Erfahrungen her viele Jahre zwischen ihnen liegen. Oder gerade deshalb?

*

Vorbild für die anderen zu sein, das war bei Ingrid nicht von Anfang an so. Sie, die bald – wenn alles gutgeht – ihren Meisterbrief in der Tasche haben wird, schloß die Lehre nur mit der Note 3 ab. „Es ging ihr nicht um eine Karriere“, erwähnt der Parteisekretär, „ich habe mit ihr oft gesprochen, ihr zugeredet, gesagt, daß sie mehr könne. Nach ungefähr drei Jahren hat es dann gefunkt.“ Daß der Knoten bei ihr platzte, dafür sieht sie vor

allem zwei Gründe: einmal ihre Heirat vor zwei Jahren. Mit allen Fragen, die sie hatte, konnte sie ihm kommen, dem Feldwebel der Grenztruppen der DDR Jürgen Wünsche. „Warum ist es bei uns so und dort im Kapitalismus anders?“ prüfte sie sich selbst, als sie über die Arbeitslosigkeit, den Lehrstellenmangel, die Preistreiberei nachdachte – und fand nun schon alleine Antworten. Mit solchen und anderen Einsichten wuchs auch eine neue Einstellung zu ihrer eigenen Arbeit.

Sie begann zu begreifen, daß es einen engen Zusammenhang gibt zwischen ihrer Arbeit und dem Wohl der ganzen Gesellschaft. Während sie dies alles beschäftigte, wurde ihr von einem Tag auf den anderen die Funktion des Einrichters anvertraut, für einen Kollegen, der zu den Soldaten gegangen war. „Mit der mir übertragenen Verantwortung“, so denkt sie heute darüber, „habe ich mich verändert, gesteigert, bin ich bewußter geworden, gewachsen.“

Etwas über sich zu erzählen, wie sie sich selber sieht, warum man auf sie gekommen sei, wo es doch im Betrieb noch eine Anzahl von möglichen jungen Volksvertretern gegeben hätte, fällt ihr sichtlich schwer. „Das mache ich nicht gern“, wehrt sie mehrmals ab, als wir uns zum Kaffeepausen in ihrer Wohnung in einem Berliner Hinterhaus treffen. Komplimente verteilend und Kaffee schlürpfend taste ich mich so langsam an den Grund meines Besuches heran: Wie sieht sie sich als

Volkskammerabgeordnete, was hat sie sich vorgenommen?, „Am Anfang“, so schätzt sie ein, „wird’s wohl darum gehen, sich an die Tätigkeit im Parlament zu gewöhnen, Augen und Ohren aufzusperren, noch viel, viel zu lernen. Noch bin ich gar nicht richtig über die Frage hinweg, die mir vor allem andere erklärt haben: ‚Warum gerade ich?‘ Aber weil ich bei allem nicht allein stehe, eine starke FDJ-Fraktion neben mir weiß, eine Brigade, die schon laut und deutlich gesagt hat, daß sie mir helfen wird, ist mir nicht bange.“ Die Frage, ob sie Angst davor habe, vor der Volkskammer zu sprechen, erübrigt sich angesichts des Berliner Mundwerks und des Temperaments eigentlich und wird auch mit einem eindeutigen „Nö“ beantwortet und mit dem Nachsatz ergänzt: „Ich red’ halt so, wie mir der Schnabel gewachsen ist.“ Ingrid hat sich unter anderem vorgenommen, sich besonders um die Interessen der Jugend zu kümmern, der im Betrieb und im Wohngebiet, ihre Fragen und Vorschläge will sie unterbreiten, dafür sorgen, daß sich das Freizeitangebot weiter verbessert, weil auch sie gerne einmal tanzen geht. Womit sogar am Beispiel dieses Freizeitvergnügens gezeigt wird, daß die Interessen des Volkes dort am besten vertreten werden, wo Leute aus dem Volke als Volksvertreter ins Parlament einziehen, auch und gerade Arbeiter, 22jährige wie Ingrid Wünsche.

Rainer Fehlberg
(aus „Jugend“, 1/1977)

Zu Raoul Pecks Spielfilm „Der junge Karl Marx“

Inhaltlich kompromißlos

Der junge Marx: Das ist bei Raoul Peck der 24jährige Redakteur, dessen „Rheinische Zeitung“ Anfang 1843 von der preußischen Zensur verboten wird, der Exilant in Paris und Brüssel, zuletzt der Verfasser des kommunistischen Manifests von 1848. Diese fünf Jahre sind die Zeit, in der Marx den Linkshegelianismus zum historischen und dialektischen Materialismus fortentwickelt. Gleichzeitig fällt der Beginn der lebenslangen Zusammenarbeit mit Friedrich Engels in diesen Abschnitt. Dem Titel entgegen und ganz richtig hat Peck einen Film über zwei Personen gedreht. Im Mittelpunkt des Geschehens steht, wie sich eine Freundschaft entwickelt. Dabei sind Sympathie, gegenseitige wissenschaftliche Anregung und gemeinsamer politischer Kampf nicht zu trennen.

Es ist dies dennoch ein spröder Stoff. Biographische Filme – sogar wenn sie sich, wie hier, klug auf einen Ausschnitt des Lebens beschränken – scheitern häufig an dem Problem, aus dem Nacheinander der Ereignisse eine wirksame Dramaturgie zu entwickeln. Glücklicherweise sind Regisseure, die es wenigstens mit Malerinnen oder Schauspielern zu tun haben, also mit Künstlern, deren Werk leicht in Bilder zu fassen ist. Wie sich aber eine wissenschaftliche Methode und politische Denkweise entwickelt, das ist so unanschaulich wie nur irgendwas. Die Frage ist, ob und mit welchen Mitteln die Darstellung hier gelingt.

Der Film hat Schwächen. Manche ideologischen Konflikte sind nur so kurz angeführt, daß sie ebensogut fehlen könnten. Marx lernt in Paris den Anarchisten Bakunin kennen, damit der auch mal einen Auftritt hat. Der Auseinandersetzung mit Proudhon räumt Peck mehr Raum ein, doch ein paar Sätze über den Unterschied zwischen Besitz und Eigentum helfen kaum weiter. Später begreift man zwar, daß Marx' Abfertigung der Weltanschauung Proudhons in „Das Elend der Philosophie“ wichtig war; doch kaum, worin die politische und gar nicht, worin die philosophische Bedeutung liegt. Statt dessen überzeugt der Film durch die Leistungen der Darsteller, so August Diehl als Marx und Stefan Konarske als Engels. Vicky Krieps als Marx' Frau Jenny und Hannah Steele als Engels' Geliebte Mary Burns sind dabei weit mehr als nur Ergänzungen, die das emotionale Interesse befördern sollen. Ohne die Frauen wäre die Arbeit ihrer Männer so nicht möglich gewesen. Jenny Marx tritt als scharfsinnige Unterstützerin auf, der schlagkräftige Formulierungen einfallen; Mary Burns bedeutet für Engels einen Zugang zum Proletariat, seine Studie über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ wird dadurch erst ermöglicht. Gleichzeitig gestaltet Peck ein Spannungsverhältnis zwischen der aus dem Adel stammenden Jenny und der Proletarierin Mary, womit er das Zweierbündnis zwischen Marx und Engels zu einer Viererkonstellation

erweitert. Dadurch gewinnt er die Möglichkeit, die sozialen Bedingungen zu zeigen, unter denen der wissenschaftliche Kommunismus entstand.

Peck hat für sein Vorhaben offensichtlich viel Fördergeld einsammeln können, das macht sich an der reichen Ausstattung bemerkbar, die zur Historienmalerei tendiert. Es wirkt, als resultiere aus dem gänzlich unanschaulichen Sujet – wie eine, sogar wie die wesentliche wissenschaftliche Methode entsteht – ein Übermaß an Zeigefreude. Dabei wirkt sogar das liebevoll spärlich ausgeleuchtete Elend der irischen Proletarier im Manchester von 1844 irgendwie schön. Politisch erhellende Montagen finden sich hingegen nur ausnahmsweise.

Dies dürfte dem Versuch geschuldet sein, einen ungewohnten Inhalt einem breiten Publikum nahezubringen. Was diese Inhalte angeht, ist Peck beeindruckend kompromißlos. In einer Schlüsselszene kapern Marx und Engels den „Bund der Gerechten“ und ersetzen die Parole „Alle Menschen werden Brüder“ durch das „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ Es geht erkennbar um Klassenkampf, nicht um ein vages Mitleid, mit dem sich alle wohl fühlen können und das keinerlei Interessen verletzt. Allein schon darum ist der Film trotz seiner Schwächen sehenswert.

Kai Köhler

(Gekürzt aus „junge Welt“, 2. 3. 2017)

Dem Komponisten Jens-Uwe Günther zum 80.

Lesend in einer meiner Briefesammlungen, beginnend Ende der 60er Jahre, entdeckte ich erstaunt, daß ich ein Gedicht „Günthers Musik zu ‚Peer Gynt‘“ (einem Schauspiel von Ibsen, das damals am Deutschen Nationaltheater Weimar inszeniert worden war) geschrieben habe. Der Text ist leider nicht mehr auffindbar, doch das Schreiben von Günther an mich ist erhalten: „Damit haben Sie mir eine seltene Freude gemacht. Es ist das erste Mal, daß ein Dichter über eine Komposition von mir geschrieben hat... Sie haben darin mehr von der Gesamtkonzeption erkannt als alle Kritiker der Inszenierung zusammen.“ So etwas spornt an! Vielleicht gründete sein unverhofftes Lob darin, daß Günther und ich „alte Chorknaben“ waren: er in Magdeburg, ich in Halberstadt. Wir sangen Kantaten, Oratorien, Volkslieder, neue Lieder auch. Das ist lange her. Am 18. April beging der verdienstvolle Komponist seinen 80. Geburtstag.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus 1945 begann eine Zeit hoffnungsvollen Aufbruchs unserer jungen Generation für ein neues Leben. „Raus aus den Trümmern und was Neues hingebaut...“ Jens-Uwe Günther steckte voller Experimentierlust. Als ich in einem Chansonprogramm seine Vertonung von Rudi Bergers „An eine New Yorker Mutter“ gehört hatte, sandte ich ihm einige neuere Texte von mir.



Daraus entstand dessen Chanson-Kantate „Das ist unser Jahr“, uraufgeführt 1970 am Deutschen Nationaltheater Weimar. Neben vielen seiner Bühnenmusiken zu Schauspielinszenierungen von Fritz Bennewitz, u. a. zu Goethes „Faust“, wandte sich der Komponist auch dem Opernschaffen und sinfonischen Werken zu. Es ging darum, neue Wege zu gehen, um das Interesse vor allem des jungen Hörerpublikums für zeitgenössische Musik zu wecken. So schrieb Günther ein Konzertstück für Schlagzeug sowie eines für Harfe und Orchester. In Erfurt, seinem ersten Theaterengagement, und in Weimar

arbeitete er mit jungen Schauspielern in speziellen Gesangstudios. Für die Musikbühne schrieb er u. a. „Doña Juanita“ – eine Oper mit eigenem Libretto – nach dem Roman „Die sieben Affären der Doña Juanita“ von Eberhard Panitz. Hinzu kamen die Kammeroper „Macette“, das Musical „Villon kommt über Paris“, Musik zu Goethes „Scherz, List und Rache“, Ballettmusik und für das Prager Marionettentheater „Spejbl & Hurvinek“ manch witzige Einlagen. Das Fernsehen der DDR beauftragte ihn, die Filmmusik zu „Daniel Druskat“ nach dem Roman von Helmut Sakowski (1976) zu schreiben. Es war eine rastlose, unruhige, ihn voll fordernde Zeit. Stets lag ihm die Förderung künstlerischer Talente sehr am Herzen. So unterstützte er Werkstatt-Treffen junger Talente über die Bezirkskulturakademien und die Gewerkschaften und vertonte viele lyrische Texte deutscher und ausländischer Dichter – so Verse von Heinz Czechowski, Peter Hacks, Heinz Kahla, Eva Strittmatter und Gisela Steineckert.

Diese Arbeit fand 2014 einen Höhepunkt in einem Chanson-Strauß mit selbstausgewählten Gedichten Gisela Steineckerts unter dem Titel „Miniaturen über die Liebe“. Sie besingen Gefühle und Gedanken von Liebenden, tauchen ein in eine Welt zwischen Glück und Schmerz, Trauer und neuem Aufbruch.

Werner Voigt, Kromsdorf

GEDANKEN ZUR ZEIT

Wo Aufklärung versagt, hilft nur politische Macht

Es gibt einen Typus Mensch, der dadurch gekennzeichnet ist, daß er sein Alltagsgeschäft so versteht, daß er die Welt in den Bann seiner eigenen Nützlichkeitservägungen zieht, in seinen Mußestunden aber kosmisch empfindet und Franz von Assisi empfiehlt.

Der „Bildungsmensch“ also, wie Theodor Lessing diesen Typus nannte – ich versuche, ihn mir vorzustellen: skrupellos macht- und profitgeil, erfolgreich bei der Durchsetzung partikularer Interessen, die sowohl privatwirtschaftlicher als auch nationalökonomischer Art sein können, bedenkenlos über Leichen gehend („Right or wrong my country!“), nie die zerstörerischen Folgen seines Tuns bedenkend, nie Sand, immer nur Öl im Getriebe der Zeit – und dabei kunstliebend, belesen, mit angenehmen Umgangsformen, wohl auch tier- und kinderlieb, Fan klassischer Musik, vielleicht ein Verehrer Eichendorffs wie Julius Streicher, der sich vor den (jüdischen) Comedian Harmonists „In einem kühlen Grunde“ vorsingen ließ – so verhöhnt die Gewalt den Geist, auch den der Künste, die lediglich oberflächlich-sentimental genossen und deren ethische Gehalte ausgeblendet, verdrängt werden.

So erschütternd und mitunter erweckend die Kunst auf den angemessen empfänglichen und sensiblen Menschen wirken kann – eben deshalb, weil sie den ganzen Menschen, den denkenden, fühlenden und handelnden, angeht –, so sehr sie, ihrem Wesen gemäß, das im Ethos verankerte Schöne erstrahlen läßt und mit Aristoteles das Ganze über dem Teil sieht, und so sehr dies alles sich als Hilfe und Heil herbeisehnen

und beschwören läßt –, die Erfahrung zeigt, daß mit Gesang und Saitenspiel und auch mit salomonischen Sprüchen gegen Ignoranz und Verstocktheit nichts auszurichten ist, denn gegen Dummheit kämpfen die Götter vergebens. Die fromme Hoffnung, daß Bildung (Vorbild, Lehre, Unterweisung, Aufklärung, Kunsterziehung) ein Garant für Heil im Sinne moralischer Integrität sei und den Menschen unausweichlich edel, hilfreich und gut mache, ist offenbar trügerisch. Denn alles Wissen, jedes Mehr an Information, jede Technik der Naturbeherrschung oder der Menschenführung läßt sich ebensogut und ebensoschlecht zu eigenem und fremdem Wohl wie zu fremdem und eigenem Weh benutzen, und wer einmal zur Durchsetzung eines partikularen, nützlichen, im Sinne der Zweckrationalität vernünftigen Zieles entschlossen ist, wird seine Energie nicht etwa auf die Erlangung tieferer, besserer Einsicht, sondern nur auf raffiniertere, ausgeklügeltere, perfidere Rationalisierung seines Vorhabens verwenden.

Dies eben ist die permanente alltägliche Erfahrung, der Dauerfrust der Lehrer und Prediger wie der um Aufklärung bemühten und ihrem Ideal verpflichteten Künstler: der zu Belehrende will (in aller Regel) nicht belehrt, der zu Bekehrende will nicht bekehrt werden. – Ein fleißiger und sanftmütiger „Kultivator“ könnte daraus die Lehre ziehen, das Rechte vor sich hin zu tun und sein Wort still und geduldig wirken zu lassen wie Sonne, Regen und Wind, in der Hoffnung, daß er mitunter wohl gar durch sein Nicht-Tun Besseres bewirken möge als

durch sein Tun. Ein zorniger Klarinetttist aber könnte sich womöglich dazu hinreißen lassen, den (politisch oder künstlerisch) andersdenkenden Dirigenten mit der Klarinette zu verprügeln. Das wäre nicht gut fürs Instrument.

Und da Lernen leichter als Lehren ist, könnten wir selber, die wir aus der Sicht der Andersdenkenden ja auch Andersdenkende sind, aus aller Erfahrung vielleicht den naheliegenden und überfälligen Schluß ziehen: Es liegt im Wesen der Kunst, daß sie nicht zwingt. Sie ist vielmehr, wie Sartre es formulierte, „ein Appell an die Freiheit“.

Bleibt freilich für den, den es nach politischen Taten dürstet, das Unbehagen, daß menschliches Handeln (Tun und Unterlassen) sich durch Gesetze nur in deren Geltungsbereich erzwingen läßt. Wo dagegen, zumal in globalen Zusammenhängen, kein Richter ist, läßt sich nicht anklagen, sondern nur wehklagen, so daß es für den politisch engagierten und machtorientierten Zeitgenossen nur folgerichtig ist, keine lyrischen Gedichte, sondern Gesetzestexte zu verfassen und praktische Politik zu machen, mit dem Ziel, die Mehrheit und mit ihr die legale Macht zu erlangen, dem Andersdenkenden „den eigenen Wertwillen aufzuzwingen“ oder, um es marxistisch zu formulieren, der Klasse der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Vormacht zu verhelfen, deren Diktat die Reaktion sich zu unterwerfen hat.

Hier gebe ich den Ball ab und überlasse die Sache dem Leser zu weiterem Bedenken.

Theodor Weißborn

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

zum 95. Geburtstag

Kurt Loge (Rostock) am 7. Mai

zum 93. Geburtstag

Hans Grunow (Berlin) am 21. Mai

zum 92. Geburtstag

Ulrich Müller (Berlin) 16. Mai

zum 90. Geburtstag

Marianne Wuschko (Hoyerswerda) am 11. Mai

Ilona Kießling (Leipzig) am 16. Mai

zum 85. Geburtstag

Dr. Hartwig Strohschein (Berlin) am 4. Mai

Jutta Lübchow (Sternberg) am 21. Mai

zum 80. Geburtstag

Brigitte Butzke (Neubrandenburg) am 3. Mai

Jürgen Schlase (Dresden) am 5. Mai

Peter Teichmann (Dresden) am 15. Mai

Günter Kretschmar (Gülzow-Prüzen) am 16. Mai

Helmut Burr (Neubrandenburg) am 21. Mai

Ursula Marek (Schwerin) am 27. Mai

Dr. Helmut Tichter (Frankfurt/Oder) am 29. Mai

zum 75. Geburtstag

Rolf Hartmann (Bitterfeld/Wolfen) am 4. Mai

zum 70. Geburtstag

Günter Faust (Malsfeld) am 2. Mai

Klaus Sieber (Frankfurt/Oder) am 2. Mai

Monika Albrecht (Jördenstorf) am 21. Mai

zum 65. Geburtstag

Carl Jantzen (Lalendorf / OT Mamerow) am 6. Mai

Detlef Fendt (Berlin) am 23. Mai

Siegfried Lucas (Radebeul) am 27. Mai

Wolfhard Goldbach (Dessau-Roßlau) am 30. Mai

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Vorstellung eines neuen Kinderbuchs und Trauer um die Autorin Ingeborg Rapoport

Über unsere Leserin, die Genossin Rapoport, haben wir zuletzt im September-„RotFuchs“ berichtet. Am 23. März ist sie mit 104 Jahren gestorben. Wir verneigen uns vor einer großartigen Frau – und stellen zugleich ihr nunmehr letztes Werk vor, ein gemeinsam mit Gertrud Zucker geschaffenes Kinderbuch.

Als ältester Mensch der Welt, der ein Promotionsverfahren abschloß, wurde Ingeborg Rapoport seit 2015 erneut berühmt. Im Alter von 102 Jahren verteidigte sie im Prüfungsgespräch vor Professoren der Universität Hamburg ihre Doktorarbeit, die sie vor fast 80 Jahren verfaßt hatte. Weil ihre Mutter Jüdin war, verweigerte ihr die Universität damals während des Naziregimes die Zulassung zur Promotion. Am 9. Juni 2015 erhielt die renommierte Professorin – die seit den 50er Jahren weit über die Berliner Charité hinaus auch international einen ausgezeichneten Ruf als Kindermedizinerin und Begründerin der Neonatologie genoß –, die offizielle Promotionsurkunde mit der Gesamtnote „magna cum laude“.

Das Kinderbuch „Eselsohren“ ist das jüngste Werk der beliebten und berühmten Kinderärztin, Mutter von vier Kindern und Oma von zahlreichen Enkeln und Urenkeln. Ingeborg Rapoport kam am 2. September 1912 in Kamerun (Afrika) zur Welt, damals eine deutsche Kolonie. Sie wuchs in Hamburg auf und schloß dort 1937 ihr Medizinstudium mit dem Staatsexamen ab. Während ihrer Tätigkeit als Assistenzärztin von 1937 bis 1938 fertigte sie ihre Dissertationsschrift über Lähmungserscheinungen infolge von Diphtherie an. 1938 flüchtete sie vor den Nazis in die USA. Dort spezialisierte sie sich später im Fachgebiet Pädiatrie. 1946 heiratete sie Samuel Mitja Rapoport, einen Biochemiker von Weltrang. Wegen ihrer politischen Gesinnung mußte die Familie während der McCarthy-Ära erneut emigrieren und kehrte nach Europa zurück; zunächst nach Österreich, wo ihr viertes Kind geboren wurde. 1952 gingen sie in die DDR, weil Samuel Mitja Rapoport eine Professur an der Charité in Berlin bekam.

Ingeborg Rapoport war als herausragende Fachärztin für Kinderheilkunde u. a. in der Forschung an der Humboldt-Universität tätig und wurde dort 1959 habilitiert. Noch über ihre Emeritierung im Jahr 1973 hinaus wirkte sie an der Kinderklinik der Charité, u. a. als ordentliche Professorin für Pädiatrie. 1969 wurde sie Inhaberin des Lehrstuhls für Neonatologie – ein wichtiger Zweig der Kinderheilkunde für Früh- und Neugeborene – und baute an der Charité das Perinatalzentrum auf. Nach unzähligen bedeutenden wissenschaftlichen Publikationen erschien 1997 unter dem Titel „Meine ersten drei Leben“ die beeindruckende Autobiographie dieser außergewöhnlichen Jahrhundert-Zeugin.

Die Illustratorin: Gertrud Zucker

Mittlerweile wächst schon die dritte Generation junger Leser mit den zauberhaften Zeichnungen der bekannten Illustratorin und Grafikerin Gertrud Zucker auf, deren vergnügliche und farbenfrohe Illustrationen aus Kinderzeitschriften wie „Bummi“ ebenso bekannt sind wie aus Bilderbüchern oder Schulbüchern. Ihre Popularität und Beliebtheit verdankt die Künstlerin ganz besonders ihren mehr als 100 liebevoll und heiter bebilderten Büchern für Kinder, in denen sie mit scheinbar leichtem Strich, überraschenden Details und fröhlicher Farbigekeit die Phantasie der jüngsten Leser anregt und ebenso vorlesende Erwachsene erfreut. Gertrud Zucker wurde am 3. Januar 1936 in Berlin geboren. Nach dem Abitur studierte sie an der Hochschule für bildende und angewandte Kunst in Berlin-Weißensee, u. a. bei den Professoren Werner Klemke, Arno Mohr und Paul Rosié. Seit 1960 lebt die vielfach ausgezeichnete Künstlerin als freischaffende Illustratorin in Bad Saarow am Scharmützelsee. Neben originellen Pressezeichnungen und vielseitiger Gelegenheitsgrafik illustrierte die Mutter von drei erwachsenen Kindern zahlreiche Werke unterschiedlichster Art, vor allem Kinderbücher, aber auch Romane und Schulbücher. Mehrere der von Gertrud Zucker illustrierten Bücher wurden mit der Auszeichnung als „Schönstes Buch des Jahres“ gewürdigt, u. a. „Ilse Bilsse“ und „Weshalb bekommt man eine Ohrfeige?“ Weitere von Gertrud Zucker wundervoll bebilderte Kinderbuchtitel sind beispielsweise „Vom Riesen Timpetu“, „Der Dackel Oskar“, „Das Schulgespenst“, „Abc, lesen tut nicht weh“, „Carolus Flucht nach Denkirwas“, „Das Mädchen hieß Gesine“, „Komm lieber Mai und mache“, „Die Hasen und der Wilddieb Waldemar“, „Das Hexenhaus“. Zu ihren jüngsten Werken zählen die Scharmützli-Bücher (mit Thomas Hellmann) und „Greta und ihr Krickel-Krakel“ (mit Peter Abraham). Schließlich gehört sie seit 2012 (siehe auch RF Dez. 2012, S. 10) zu denjenigen, die das künstlerische Gesicht des „RotFuchs“ prägen.

Bereits ein Jahr her ist es, daß Gertrud Zucker sich am Schreibtisch in ihrem Haus in Bad Saarow an die Arbeit machte. „Anfang 2016 habe ich die Zeichnungen angefertigt“, erzählt die 81jährige, „und zwar in fliegender Eile“. Dieser Zeitdruck, den sie sich damals machte, hatte einen ganz speziellen Grund.

Denn die Geschichte, die sie illustrieren wollte, ist verfaßt von Ingeborg Rapoport. „Leider geht es ihr mittlerweile nicht mehr so gut, und das Buch sollte unbedingt noch zu ihren Lebzeiten fertig werden“, sagt Gertrud Zucker.

„Eselsohren. Ein Lesebuch weint“ handelt von einem Buch, das weint, weil viele seiner Seiten umgeknickt wurden. Daraufhin überlegen die Geschwister Joshi und Jam, wie sie Bücher künftig besser behandeln könnten – was gar nicht so einfach ist. Gertrud Zucker zeichnete nicht nur den Jungen und das Mädchen, sondern auch unzählige andere Figuren, die in der Handlung auftauchen – Tiere, aber

auch eine freundliche Oma, eine Verkäuferin, einen dünnen Geschäftsführer und einen dicken Unternehmer.

Die Illustratorin arbeitete wieder wie von ihr gewohnt mit Feder und Aquarelltechnik. Vorgezeichnet wird dabei nie, und dennoch kommt es nur selten vor, daß sie noch einmal neu beginnen muß. „Es hat Spaß gemacht. Nach ein paar Wochen war ich fertig“, erzählt sie. Für das Mädchen Jam, in der Geschichte fünf Jahre alt, nahm sie dabei ihre gleichaltrige jüngste Enkeltochter Anna, die in Moskau lebt, als Vorbild. „Auch das Aussehen aller anderen Figuren habe ich mir selber ausgedacht. Aber natürlich habe ich mich mit dem Inhalt der Geschichte vorher vertraut gemacht.“ Erschienen ist das Buch Ende Februar. „Einige Fans haben mich seitdem schon angerufen, nachdem sie von der Veröffentlichung erfahren hatten“, erzählt Gertrud Zucker. Geeignet ist die Geschichte ihrer Einschätzung nach für Kinder ab etwa acht Jahren.

Auch der Autorin Ingeborg Rapoport, mit der Gertrud Zucker seit langem über ihren mittlerweile verstorbenen Ehemann Gerd und Kontakte unter Medizinerinnen bekannt ist, hat sie ihre Zeichnungen natürlich gezeigt. „Ich habe mich mit ihr getroffen“, berichtet Gertrud Zucker. „Aber leider sieht sie seit einiger Zeit sehr schlecht, und so konnte sie meine Bilder nicht mehr richtig erkennen. Aber sie hat sich gefreut.“

Unter Verwendung eines Artikels von Bernhard Schwiete aus der „Märkischen Oderzeitung“ vom 23. März

Ingeborg Rapoport / Gertrud Zucker:
Eselsohren. Ein Lesebuch weint. Edition Märkische Lebensart, Möllendorf 2017, 76 Seiten, 14,95 Euro



Georg Herwegh – Dichter, Wegbereiter und Revolutionär

Der Freiheit eine Gasse!

Zum zweihundertsten Male jährt sich am 31. Mai der Geburtstag von Georg Herwegh. Als er 1863 das bis heute aufrüttelnde „Bundeslied“ für den neu gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein schrieb mit dem berühmten Vers „Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne deine Macht!“, war er bereits ein gefeierter Literat. Er hatte die opferreichen Kämpfe des Vormärz und der bürgerlichen Revolution von 1848 nicht allein mit feurigem Freiheitspathos besungen, sondern sein Leben für sie eingesetzt und ihren Niedergang erleben müssen. Konsequenter wandte er sich gegen preußischen Militarismus und ergriff Partei für die Sache des Proletariats. Sein Leben war nicht frei von Irrtümern und Widersprüchen. Doch als Georg Herwegh 1875 starb, hinterließ er einen unverlierbaren Schatz an Liedern und Versen. Das Bekenntnis seiner dichterischen und kämpferischen Mission gibt vielleicht am besten das Poem über die Partei der Arbeiterklasse von 1841 wieder:

Ihr müßt das Herz an *eine* Karte wagen,
Die Ruhe über Wolken ziemt euch nicht;
Ihr müßt euch mit in diesem Kampfe schlagen,
Ein Schwert in eurer Hand ist das Gedicht.

O wählt ein Banner, und ich bin zufrieden,
Ob's auch ein andres, denn das meine sei;
Ich hab' gewählt, *ich* habe mich entschieden,
Und *meinen* Lorbeer flechte die *Partei!*

Leidenschaftliche Hingabe schwingt im Grundton dieser Zeilen; die Sprache der heute Jüngeren ist sicher nüchterner. Großes Pathos mag der Sound des „Vormärz“ in revolutionärer Situation gewesen sein. Die Studenten, Dichter und Denker ebenso wie viele Arbeitende waren damals davon erfaßt und getragen. Und auch „Mann der Arbeit“ würde wahrscheinlich heute in Redaktionen bzw. Lektoraten Widerspruch erregen, zumal in linkssozialistischen Publikationen. Was ist mit den Frauen? Georg Herwegh hatte eine der tapfersten von ihnen zur Lebensgefährtin. Emma Siegmund, Tochter aus reichem Bürgerhause, war für die „Gedichte eines Lebendigen“ (1842) in Begeisterung entflammt – und in Liebe für deren Verfasser. Mit seiner Gedichtsammlung hatte Herwegh die Herzen der freiheitsliebenden, fortschrittlichen Menschen des damaligen Deutschen Bundes erobert, und das der klugen jungen Frau Emma im besonderen. Die Mitgift der Braut hat dem Literaten und politischen Publizisten eine Zeitlang zu materieller Sicherheit verholfen. Herwegh nutzte die Unabhängigkeit mutig und konsequent. Schon 1843 mußte das Paar aus dem



**Zum Volke stand'st du ohne Wanken,
Am Throne ging'st du stolz vorbei.
Laß dir es noch im Tode danken,
O freies Herz, nun bist du frei.**

**Zu den Gestirnen wirst du schweben,
Dein Sängername lischt nicht aus,
Und der Lebendige wird leben,
Weit über Tod und Grab hinaus.**

**Dem Freiheitssänger
und Kämpfer
in Dankbarkeit gewidmet
von Männern der Arbeit
Freunden der Freiheit**

... so lautet die Inschrift auf dem Georg-Herwegh-Denkmal im Schweizer Städtchen Liestal bei Basel (siehe auch RF Nr. 3, April 1998).

reaktionären Obrigkeitsstaat emigrieren, denn nicht genehm und gelitten waren Verse wie

Gib uns den Mann, der das Panier
Der neuen Zeit erfasse,
Und durch Europa brechen wir
Der Freiheit eine Gasse!

Die Herweghs wanderten zunächst in die Schweiz aus, dann nach Paris. Sie trafen dort andere Emigranten-Künstler wie Heinrich Heine, Iwan Turgenjew, George Sand, Franz Liszt oder Victor Hugo, knüpften Kontakt zu dem anarchistischen Revolutionär Michail Bakunin, dem sozialistischen Utopisten Wilhelm Weitling und vor allem mit Karl Marx, dessen Frau Jenny sowie mit Friedrich Engels. Für die von Marx redigierte „Rheinische Zeitung“ schrieb Herwegh regelmäßig Beiträge. Doch die Netzwerke der Eheleute Herwegh beschränkten sich nicht auf die Zirkel der künstlerischen und denkerischen Avantgarde. Sie begegneten vielen der zahlreichen politischen und Arbeitsmigranten aus Deutschland, Handwerkern und Arbeitern, pflegten Freundschaften, lernten deren Lebens- und Arbeitsverhältnisse aus der Nähe kennen. Im März 1848 zogen Emma und Georg Herwegh, ergriffen von ungezügelter revolutionärer Ungeduld, mit der Deutschen Legion des Friedrich Hecker nach Baden. Sie wollten den

dortigen bewaffneten Aufstand unterstützen. Doch die Hunderten Kämpfer und die eine Kämpferin (Emma) der Badischen Revolution unterlagen. Nur knapp kamen die Eheleute Herwegh mit dem Leben davon und retteten sich in die Schweiz. Die abtrünnige Großbürgertochter wurde von ihrer Familie enterbt. Fortan lebte das Paar in bescheidenen bis bedrängten und ärmlichen Verhältnissen. Zum Ruhm und zum Andenken der Aufständischen schrieb Georg Herwegh:

Achtzehnhundert vierzig und acht,
Als im Lenze das Eis gekracht,
Tage des Februar, Tage des März,
Waren es nicht Proletarierherzen,
Die voll Hoffnung zuerst erwacht
Achtzehnhundert vierzig und acht?

(...)

Achtzehnhundert siebenzig und drei,
Reich der Reichen, da stehst du, juchheil!
Aber wir Armen, verkauft und verraten,
Denken der Proletariertaten –
Noch sind nicht *alle* März vorüber,
Achtzehnhundert siebenzig und drei.

1873, in der nachrevolutionären Phase der Restauration, war Deutschland in einem nationalistischen Taumel versunken. Doch inmitten der aufgeheizten chauvinistischen Stimmung positionierte sich Georg Herwegh klar gegen den preußischen Militarismus, den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und das deutsche Kaiserreich. Bitterkeit, doch auch Trotz klingt darin:

Gleich Kindern laßt ihr euch betrügen,
Bis ihr zu spät erkennt, o weh! –
Die Wacht am Rhein wird nicht genügen,
Der schlimmste Feind steht an der Spree.

Vierzig Jahre später, als der Völkerhaß auf die große Weltkriegskatastrophe zutrieb, war es nur mehr die Gruppe um Karl Liebknecht, die sich mutig dagegen auflehnte. Hat die deutsche Sozialdemokratie ihre antimilitaristischen Traditionen und ihre internationalistische Programmatik vergessen? Fast scheint es, die SPD-Spitze sänge heute das „Wiegenlied“ mit:

Deutschland – auf weichem Pfühle
Mach dir den Kopf nicht schwer!
Im irdischen Gewühle
Schlafe, was willst du mehr?

Laß jede Freiheit dir rauben
Setze dich nicht zur Wehr
Du behältst ja den christlichen Glauben:
Schlafe, was willst du mehr?

Georg Herwegh, vor 200 Jahren geboren und in seinem Werk lebendig, war ein Wegbereiter und Mitbegründer der revolutionären sozialistischen Arbeiterpartei, ein Aufrührer und Aufklärer.

Marianne Walz

Zum 110. Geburtstag von Ruth Werner

Als ich etwa 1956 in der DDR-Frauenillustrierten „Die Frau von heute“ den Vorabdruck des 1958 erschienenen Buches „Ein ungewöhnliches Mädchen“ in Fortsetzungen las, wußte ich nicht, wer sich hinter dem Namen Ruth Werner verbarg. Doch ihr Buch begleitete mich wie viele junge Menschen ein Leben lang – es hinterließ tiefe Spuren.

Die Autorin schrieb 1977 im „Neuen Deutschland“: „Auf den letzten Seiten von ‚Sonjas Rapport‘ teile ich mit, wie dieser Bericht entstanden ist: Unsere Partei bat mich und auch andere alte Genossen, ihre Erinnerungen aufzuschreiben. Ich fand das gut. Zu vieles aus der Vergangenheit geht uns verloren. Doch dann fiel es mir schwer, die lang geübte Disziplin des Schweigens zu brechen, besonders als die Aufgabe hinzukam, die Erinnerungen an zwanzig Jahre Kundschaftertätigkeit zur Veröffentlichung vorzubereiten.“

Ruth Werner wurde am 15. Mai 1907 als Ursula Maria Kuczynski in einer wohlhabenden jüdischen Familie geboren, machte eine Ausbildung zur Buchhändlerin und wurde bereits zu Beginn ihrer Lehre Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands. Sie trat der Kommunistischen Partei bei und gründete 1928 die Marxistische Arbeiterbibliothek (MAB Berlin). 1929 heiratete sie den Architekten Rudolf Hamburger und ging mit ihm 1930 nach Shanghai. Hier lernte sie, vermittelt durch die linke amerikanische Journalistin Agnes Smedley, Richard Sorge kennen. Dieses Kennenlernen sollte ihr weiteres Leben bestimmen. Sie hatte sich in Berlin um einen Parteiauftrag für ihren China-Aufenthalt als mitreisende Ehefrau Rudolf Hamburgers beworben und lange Zeit auf ein Signal der Komintern in Shanghai gewartet. Als dieses kam, hatte Ruth Werner bereits festen Kontakt zu Richard Sorge und entschied sich für diesen. „Erst viel später erfuhr ich, daß es sich um Mitarbeiter bei der sowjetischen Aufklärung des Generalstabes der Roten Armee handelte. Für mich änderte das nichts. Ich wußte, meine Tätigkeit unterstützte die Genossen des Landes, in dem ich lebte – ging diese aktive Solidarität von der Sowjetunion aus, fand ich das doppelt schön“, schrieb Ruth Werner in „Sonjas Rapport“. Sie wurde in die Grundlagen der konspirativen Arbeit eingeführt. Ihre disziplinierte, umsichtige und unerschrockene Art bei der Absicherung der Arbeit Sorges beeindruckte diesen. Inzwischen Mutter eines Sohnes und ihrer Verantwortung gegenüber der Familie bewußt, verstand sie es, die illegale Arbeit, das hohe Risiko bei der Hilfe für verfolgte chinesische Genossen als eine Einheit zu betrachten. Ihren zweiten China-Aufenthalt trat sie im Auftrage der sowjetischen Aufklärung an, nachdem sie auf Empfehlung von Richard Sorge in Moskau u. a. das Funken erlernt hatte. Bereits 1936 sollte sie an einem weiteren Brennpunkt der Weltgeschichte eingesetzt werden. Hitlerdeutschland beschritt den Weg der Expansion. Die sowjetische

Aufklärung sah die Gefahren im Westen ihrer Grenzen und schickte ihre bewährte Kundschafterin nach Polen in die damals „Freie Stadt Danzig“. Sie unterstützte illegale Gruppen, bildete aus, analysierte, sammelte Infor-



Foto: Frank Splänemann

mationen und hielt die Funkverbindung mit der Zentrale. Inzwischen wurde die Tochter geboren. Ruth wußte: „Wäre unsere Tätigkeit als Kundschafter entdeckt worden, hätten wir mit noch Schlimmerem als einem harten Urteil rechnen müssen: mit der Auslieferung an Hitlerdeutschland.“

Nach einem kurzen Aufenthalt in Moskau fiel in der Zentrale die Entscheidung: Nächster Einsatzort ist die Schweiz. Sie baute ihre Funkzentrale auf und war „Pianistin“ im Orchester der Roten Kapelle. Sie sammelte selbst Informationen, leitete Kundschafter an und vermittelte wichtige Meldungen des Leiters der Roten Kapelle, Sandor Rado, weiter. Hier, in der illegalen Arbeit, lernte sie Len Beurton kennen und lieben. Die durch die Heirat erlangte britische Staatsbürgerschaft gab ihr etwas Sicherheit, denn die Schweiz wurde ständig durch Hitlerdeutschland unter Druck gesetzt, und die Gefahr einer Auslieferung von Antifaschisten bestand real. Während ihrer Zeit in der Schweiz organisierte sie im Auftrag der sowjetischen Genossen eine Geldübergabe an Rosa Thälmann in Deutschland.

In all den Jahren ihrer Kundschaftertätigkeit stand ihre Familie hinter ihr. Ihre neuen Einsatzorte suchte sie stets über die Route London auf. Eine besonders innige Beziehung hatte sie zu ihrem Bruder, dem Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Wirtschaftsgeschichte Jürgen Kuczynski. „Die Verbindung zu Klaus Fuchs regte mein Bruder Jürgen ungefähr Ende 1942 an. Er schilderte ihn als wichtigen Genossen mit interessanter Arbeitsstelle, der anscheinend die Verbindungen zur Sowjetunion verloren hatte. Ich sendete eine codierte Nachricht an die Zentrale in Moskau und erhielt Antwort: Kontaktaufnahme erwünscht“, schrieb sie

in „Sonjas Rapport“. Heute wissen wir von der Bedeutung dieser Verbindung, die dazu beitrug, das atomare Gleichgewicht herzustellen. Ihre Bescheidenheit war sprichwörtlich: „Obwohl mir, ohne zu wissen, daß es sich im Endziel um die Atombombe handelte, die Bedeutung meines Materials klar war, blieb mein Anteil gering. Ich war nur der technische Übermittler und möchte nicht, daß dies später einmal hochgespielt wird.“ In dieser Zeit der höchsten Anspannung wurde ihr zweiter Sohn geboren. Wer mag ermessen, was das für Ruth bedeutete? Sohn Peter formulierte es so: „Tatsächlich waren ihre Kinder ihr ganzes Leben – sofern ein Mensch mehrere ganze Leben gleichzeitig haben kann. Sie konnte es. Dies war vielleicht ihre erstaunlichste Eigenschaft. Und sagen wir es so – es bleibt in jeder Biographie etwas Unergründbares. Das Leben meiner Mutter war doch geprägt von ungeheurem Glück. Es war das Glück einer großen und immer auf die Zukunft neugierigen Optimistin.“ (aus „Funksprüche an Sonja“, Neues Leben, 2007)

1949 mußte Ruth Werner aufgrund der Enttarnung von Klaus Fuchs Großbritannien verlassen und ging mit ihrer Familie in die DDR. Sie engagierte sich als Genossin und fand ihre Berufung als Schriftstellerin. Ihre Lebenserfahrungen gingen in ihre Bücher ein, trugen und tragen dazu bei, unsere Geschichte zu verstehen. Erst ab Mitte der 60er Jahre wurden Kundschafter, beginnend mit der Rehabilitierung Richard Sorges, als solche benannt. „Dr. Sorge funkt aus Tokyo“ von Julius Mader, Gerhard Stuchlik und Horst Pehnert war ein Anfang. Bis 1977 erfüllte Ruth Werner diszipliniert ihre Verschwiegenheitspflicht. Sie schied als Oberst der Roten Armee aus der militärischen Aufklärung der Sowjetunion (GRU) aus und konnte ihre 1937 und 1969 erhaltenen höchsten sowjetischen Militärorden, den Rotbannerorden, offen tragen. Die DDR ehrte sie unter anderem mit dem Nationalpreis I. Klasse und mit dem Karl-Marx-Orden.

Ihr Vermächtnis wird weitergetragen durch den Ruth-Werner-Freundeskreis in Berlin-Treptow und durch den Ruth-Werner-Verein e.V. in Carwitz. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, die Auffassungen von Ruth Werner über Frieden und Humanität zu vermitteln und wendet sich an Schulklassen und Kultureinrichtungen in seiner Gegend. Das Vermächtnis von Ruth Werner hat ihre Tochter Janina Blankenfeld in ihrem Buch „Die Tochter bin ich“, Kinderbuchverlag, Berlin 1985, treffend formuliert: „Ich glaube, wenn alle Menschen auf der Welt an die Kinder dächten, dann gäbe es keinen Krieg mehr, auch kein Kind müßte hungern. Überall, wo ein Mensch ... davon spricht, daß ein Krieg nötig ist, sollten die vernünftigen Menschen aufpassen. Sie sollten so aufpassen, daß er das nicht zweimal sagt.“

Horst Hommel

(Im Auftrag der AG Kundschafter in der GRH)

Stimmen aus aller Welt über die DDR

Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspresseagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichen wir hier einige dieser Äußerungen; Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt – und für uns – war.



David Alfaro Siqueiros

Malers und Graphiker, Mexiko (1896–1974)

Ich werde nach der Rückkehr in meiner Heimat, in Kanada und anderen Ländern von meinen Eindrücken über die Deutsche

Demokratische Republik berichten. Ich werde davon berichten, daß in diesem Staat dank der neuen Verhältnisse und einer konsequenten Politik der faschistische Ungeist der Hitler-Ära völlig verschwunden ist – und auch darüber, wie die alten Kunstschatze gehütet und gepflegt werden. Es ist bemerkenswert, auf welcher gelungenen Weise zum Beispiel in Berlin die klassischen Formen der Baukunst mit den modernsten Bauten verschmolzen sind. Ich werde meine Künstlerkollegen auffordern, diesen deutschen Staat, der aus Ruinen neu erblüht ist, zu besuchen und in seinem Streben nach Frieden und Gerechtigkeit mit voller Solidarität zu unterstützen.

Prof. Mario Vieira de Carvalho

Musikwissenschaftler, Portugal

Wenn wir der Freiheit einen sozialen Inhalt geben, so geschieht dies durch die Garantie der Gleichheit der Menschen in Bezug auf die Möglichkeiten, in Übereinstimmung mit

dem historischen Entwicklungsstadium der Menschheit, glücklich zu leben. In diesem Zusammenhang besteht die erste Verantwortung einer organisierten Gesellschaft darin, ihren Mitgliedern ohne Unterschied von Geburt an die Mittel bereitzustellen, damit sie ihre Persönlichkeit entfalten und alle ihre Fähigkeiten entwickeln können. Es ist notwendig, den demokratischen Zugang zu den verschiedenen Ausbildungsebenen zu garantieren, damit kein Talent verlorengelht. Während meines Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik stellte ich fest, daß dies die Hauptsorge des Erziehungssystems ist. Auf musikalischem Gebiet wird in diesem sozialistischen Land kein Musiker daran gehindert, einer zu sein, wenn er es sein will. Noch mehr: Jeder außergewöhnlich begabte Musiker erhält die Anregung und Unterstützung, die er braucht, um sich in seinen Möglichkeiten zu vervielfachen und zu steigern.

In der DDR ist die Musikausbildung fester Bestandteil der ästhetischen Erziehung. Sie wird als ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der schöpferischen Potenzen, insbesondere des Vorstellungsvermögens des Menschen auf allen Gebieten der Kultur, der Wissenschaft und der Technik gefördert. Demzufolge erhalten alle Kinder, im Kindergarten angefangen bis hin zur Beendigung der allgemeinen Pflichtschulzeit (zehn bzw. zwölf Schuljahre) eine Grundausbildung in Musik. Es werden ihnen Notenkenntnisse vermittelt, sie werden im Chorgesang und im Anhören von Musikwerken geschult. Darüber hinaus ist die musikalische Aktivität unter allen Schichten der Bevölkerung weit verbreitet. So gibt es in den Schulen und Pionierhäusern mehr als 10 000 Musikgruppen verschiedenster Art, einschließlich Instrumentalgruppen. Neben den 15 Singakademien und Philharmonischen Chören existieren über 5000 Laienchöre, ebenso viele Tanzorchester und kleine Gruppen verschiedener Genres, die sich ausschließlich aus Laien zusammensetzen. Unabhängig von der Grundausbildung in Musik kann sich jedes Kind, jeder Jugendliche und jeder Erwachsene in eine der 90 Musikschulen eintragen, um seine theoretischen Kenntnisse zu vertiefen

und ein Instrument spielen zu lernen, ganz gleich, ob jemand später einmal beruflich in der Musik arbeiten oder die Musik als Laie pflegen möchte. Bis 1990 ist vorgesehen, in jedem regionalen Gebiet kleinster Abmessung eine solche Musikschule zu eröffnen.

Ich war auch in einer der vier Musikhochschulen der DDR, genauer gesagt in der Musikhochschule in Leipzig, die den Namen von Felix Mendelssohn Bartholdy, ihrem Begründer, trägt. Auf dem Treffen mit dem Rektor, Gustav Schmahl, einem bemerkenswerten Geiger, dem Professor für Kulturtheorie Löwenberger und mit einigen Studenten hatte ich die Möglichkeit, mir einen Überblick über die Ausbildungsorganisation auf dieser Ebene zu verschaffen.

Besonders interessant war für mich, kennenzulernen, wie man in der DDR so früh wie möglich die begabtesten Kinder fördert und zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten beiträgt. Hier spielen die vier Musikfachschohlen, die eng mit den vier Hochschulen zusammenarbeiten, eine bedeutende Rolle. Kinder, die außergewöhnliche musikalische Fähigkeiten entwickeln, werden gebeten, vom elften Lebensjahr an in diesen Schulen zu studieren, wo ein intensives Musikprogramm gelehrt wird. Gleichzeitig erhalten die Schüler den Stoff der allgemeinbildenden Schulen vermittelt. Um ihre Überbelastung zu vermeiden, wird die Schulzeit um ein Jahr verlängert.

Ich besuchte die Fachschule in Halle, die mit der Hochschule in Leipzig verbunden ist, wo ich vom Direktor Dr. Werner Lemp empfangen wurde und die Gelegenheit hatte, mit einem jungen „Komponisten“ von 14 Jahren zu sprechen. Es handelt sich um einen Angehörigen einer Testklasse, in der Schüler von 12 Jahren an mit besonderer Begabung für Komposition lernen. Ein Aspekt erschien mir besonders wichtig. Die Gruppen – beispielsweise der Musiktheorie – sind nicht altersmäßig, sondern entsprechend den Fähigkeiten der Schüler zusammengesetzt. Auch hier wurde mir überzeugend bewiesen, daß in der DDR kein außergewöhnlich begabter Musiker darauf verzichten muß, die Unterstützung und Anregungen zu nutzen, die er braucht, um sich in seinen Möglichkeiten zu vervielfachen und zu steigern.



Aus der Geschichte des mexikanischen Volkes



Wandbild und Lithographie: David Alfaro Siqueiros

Emilio Zapata

Junge Frau im Sozialismus (3)

Das zerrissene *Ich* war nun mein ständiger Begleiter. Die Arbeit im Kurzfilmstudio Babelsberg, das Dramaturgie-Studium an der Filmhochschule, die Prüfungen, das Schreiben von Gedichten und Filmgeschichten, meine zwei kleinen Spitzbuben mit dem Temperament von Max und Moritz, der große Haushalt mit vielen Gästen und einen Musiker-Mann aus edlem Alter Brecht-Eisler-Songs singen, die sie durch die Wand des Kinderzimmers hörten. Sebastian sang mit vier Jahren „Am Grunde der Moldau wandern die Steine, es lagen drei Kaiser begraben im Park“ (statt in Prag!). Wir führten ein offenes Haus, und mancher, der den letzten „Sputnik“ (auf dem Berliner Außenring verkehrender Nahverkehrszug) nach Berlin verpaßte, fand bei uns einen Schlafplatz. Am meisten plagte mich neben der ständigen Erschöpfung die Sorge, für die Kinder nicht genügend Zeit und Aufmerksamkeit zu haben. Zum Glück half mir meine Mutter in dieser Zeit sehr. Ohne sie hätte ich den Belastungen nicht standhalten können. Oft gab es heftige Kämpfe zwischen Christian und mir um geteilte Pflichten im Haushalt. Das verband mich mit Hunderttausenden arbeitender oder studierender Frauen im Land. Das folgende Gedicht spiegelt meinen Zustand von damals:

Heimkehr

Und als er wieder,
der Mann, so auftrumpfte
laut, mich so allein ließ
mit allem, nicht half
waschen, kochen und dasaß
wie ein Denkmal,
da kam der Tag, da brannte
ich durch, ritt ihm davon,
als Zirkusreiterin, Braut eines
anderen auf einem von
Chagalls weißen Pferden, das
trug die Geige im Maul.
So!

Allein war er,
leer das Bett, der Teller,
die Kinder weinten,
der Fernseher lachte.
Lange nicht kam ich zurück.
Dann – das weiße Pferd
ging uns durch, war nicht
gewöhnt an Autostraßen.
Und immer im Ohr
das Weinen der Kinder ...

Zu Fuß, ermattet, kehrte ich heim.
Aber denkt nicht, ich wäre besiegt!

In diese Zeit fällt meine erste Dienstreise ins Ausland, zum Kinderfilmfestival nach Gottwaldov (*heute Zlín*) in die Tschechoslowakei. Ein Kollege vom Kurzfilmstudio war erkrankt, ich bekam kurzfristig seine Reisepapiere. Überglücklich bestieg ich an einem Tag im Mai den Nachtzug vom Berliner Ostbahnhof nach Prag. Ich richtete mich im Schlafwagenabteil ein und war schon im Nachthemd, als es heftig an der Tür klopfte. Ich nahm an, es sei der Schaffner, aber es war ein fremder Mann, der



behauptete, ich läge in seinem Bett. Ich wies das empört zurück, obwohl es laut Fahrkarte leider stimmte. Wir stritten lange, bis er den Vorschlag machte, das obere Bett zu nehmen. Also kletterte er mürrisch nach oben. Auf diese kuriose Weise lernte ich Rolf Losansky, den damals schon sehr bekannten Kinderfilmregisseur, kennen (siehe RF 227 – Extra). Auch er war auf dem Weg nach Gottwaldov. Von Prag sollten wir fliegen, und ich war froh über meinen neuen Begleiter, der die Reiseleitung übernahm. Beim Festival sahen wir zauberhafte tschechische Kinderfilme. Die Tschechoslowakei war wie die Sowjetunion Vorreiter in Sachen Kinderfilm und besaß ein eigenes Filmstudio für Kinderfilme, die auch in Westeuropa bestens bekannt und geschätzt waren. Ich war selig über diese Fülle von großartigen Anregungen. Vor allem begeisterten mich die Filme in real-phantastischer Erzählweise wie „Wir drei und der Hund aus Petipsy“ (Regie: Ota

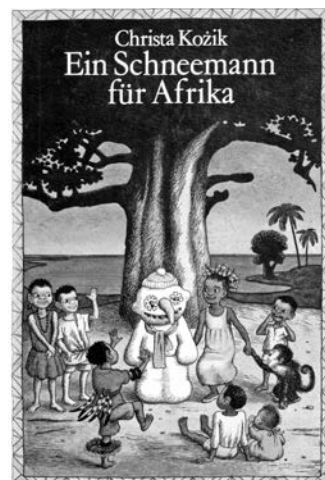
Koval) oder „Vom Schneewittchen“ (Regie: Vera Simkova-Plivova).

Etwas Besseres als dieses Festival hätte mir seinerzeit nicht passieren können, denn meine Hinwendung zum Kinderfilm erhielt dort Bestätigung. Diese Filme waren ein Feuerwerk für meinen Geist. Auf der Heimreise erzählte ich Rolf Losansky meine Geschichte vom „Schneemann für Afrika“, die als Dokumentarfilm für Kinder im Kurzfilmstudio lag. Rolf überzeugte mich, das sei ein Stoff für einen Spielfilm. So

begann meine Arbeit für das DEFA-Spielfilmstudio in Babelsberg. Ich bekam einen Exposé- und dann einen Drehbuchvertrag und sollte mit einem DDR-Frachtschiff eine Informationsfahrt nach Algier machen. In Ermangelung von Valuta ging es statt dessen ins befreundete Leningrad. Mit der Dramaturgin Gudrun Deubner und 25 Seeleuten war ich zehn Tage auf dem Frachtschiff „Hellerau“. Wir durchfuhren die Ostsee, traten dabei nur als siamesische Zwillinge auf – gegen die Avancen der Seeleute. Bei der Erkundung des riesigen Schiffes, in wilden Stürmen, beim Dorschangeln und bei Skatturnieren mit viel Wodka-Juice zeigten wir den Seeleuten, daß wir nicht aus Zucker, sondern freche, hartgesottene DDR-Frauen waren.

Der Höhepunkt kam im Containerhafen Leningrad, wo wir uns verirrt hatten. Die Hafensmiliz hielt uns für „Seeschwalben“, also Nutten. Sie brachten uns zu unserem Schiff, zum Kapitän. Gudrun, viel älter als ich, beschwerte sich empört beim Kapitän über diese Verdächtigung, und das Lachen über uns hatte fortan die Mannschaft. Aber ich lernte, wie es auf einem Schiff zugeht, und schrieb sachkundig und voll Freude zusammen mit Rolf Losansky das Drehbuch „Ein Schneemann für Afrika“. Der Film hatte 1976 Premiere und wurde national wie international ausgezeichnet. Auch heute kennen viele Kinder den Film. **Christa Kožik**

Der Höhepunkt kam im Containerhafen Leningrad, wo wir uns verirrt hatten. Die Hafensmiliz hielt uns für „Seeschwalben“, also Nutten. Sie brachten uns zu unserem Schiff, zum Kapitän. Gudrun, viel älter als ich, beschwerte sich empört beim Kapitän über diese Verdächtigung, und das Lachen über uns hatte fortan die Mannschaft. Aber ich lernte, wie es auf einem Schiff zugeht, und schrieb sachkundig und voll Freude zusammen mit Rolf Losansky das Drehbuch „Ein Schneemann für Afrika“. Der Film hatte 1976 Premiere und wurde national wie international ausgezeichnet. Auch heute kennen viele Kinder den Film. **Christa Kožik**



Gisela Steineckert: Hand aufs Herz

Ich brauchte diesen Frühling. Nach gerade diesem Winter in meinem Leben war ich sehnsüchtig nach Auferstehen; noch einmal so atmen, sich so strecken, noch einmal alles für möglich halten oder wenigstens, daß Angefangenes sein vorerst letztes Wort findet. Die Eisheiligen überstehen, in der Schafskälte tiefer atmen, lächeln und dann tausend Blüten für einen madigen Appel im Herbst; ist doch auch schön. Sogar die nüchterne Napoleonspappel gibt sich, als könne sie beschwingt sein. Ein ganzes Menschenleben lang liebe ich diesen weißen blauen durchdringenden Flieder. Na ja, gib nach, altes Herz, wenn's blüht, dann brennt's. Ich brauchte diesen Frühling, mitten im Leben. Mitten in welchem Leben? *Man muß leben / gehen und fliegen / unterliegen / und auferstehn / immer wieder erste Schritte gehen / leise sein und die Stimme erheben / ein ganzes Ich erleben ... irgendwas zu Ende bringen ...*

Auch dieser Frühling ist wieder mit keinem anderen vorher oder nachher zu vergleichen. Die Seele öffnet sich weit, ihre Augen und Ohren – wieso „ihre Augen und Ohren“, wieso? Wenn sie gerade so fühlt, muß sie doch auch so reden dürfen. Schnäbelt doch auch sonst alles, von wiederkehrenden Zugvögeln bis hin zum leisen Gelehrten, alles hat sein eigenes Lebenslied. Ich brauchte diesen Mai, auch, weil ich schon lange den Monat der Befreiung von Mord und Totschlag, Haß und Unrecht durch Macht, immer still für mich begehe. Meine Augen finden im Regal leicht die Bücher, in die ich traditionell einen Blick werfe. Immer wieder entdecke ich Stellen, Zeilen und Gedanken, die ich bisher übersehen haben muß. Kann es sein, daß auch wichtige Bedenken und Vorschläge vom täglichen Leben verschüttet werden? Rudi Hirsch, mein bescheidener kluger Kollege, ich habe mir doch vorgenommen, das Buch über den *gelben Fleck* so zu verinnerlichen, daß ich nur auf den Titel schauen muß, damit alles geweckt wird, was sich zum Thema Judenverfolgung im Dritten Reich angestaut hat. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß in meinem Leben das Erdulden von Fred Wander oder Peter Edel oder Eva Lippold oder Selma Meerbaum-Eisinger durch ihre Bücher mehr wurde als Lektüre. Es bleibt Schule und niemals verstummende Mahnung, bleibt schwierige Hin- und hernahme von fremdem Leid, hat mich verändert, eingegriffen in mein Leben. Victor Klemperer zwang mich weiterzudenken. Zitate aus seinen Erinnerungen waren bei uns Worte, die ins alltägliche Leben reichten. Nun wäre es wieder Zeit, an ihn und Eva zu denken. Nachzulesen, was die eigene Kraft zur Bestärkung braucht. Aber es ist ja Frühling. Noch einer. Und er darf ungetrübt und sentimental sein. Rund um meinen Geburtstag will ich ihn klein halten. Das Herz hat zu tun mit Trauer, weltweiter Bedrängnis und der Kenntnisaufnahme erfrischten Machtkampfes. Was sich zu widersprechen scheint, gehört zusammen. Aber mit der Ernüchterung allein kann auch kein Mensch leben. Ja, ich bin bereit, mir noch einmal den Jahreskalender zu richten, wenn Stimmen gegen Machtmissbrauch, Bedrohung der Erde

oder unerträglich hohe Stärkung der Maschinerie zum Töten erfrischt daherkommen. Schlagworte, nur scheinbar verwelktes Gras, das neu begossen wird, sprießt und protzt. Wenn wir uns treffen sollen, wer wird da neben mir sein? Wer von jenen heute Alten, die mutig gegen ihre eigenen Genossen Einwände auf-



gebracht haben, wenn aus der Macht persönlicher Anspruch wurde oder Mißachtung von Veränderungen, für die es Zeit war. Es gibt Versäumnisse, die tiefere Scharten schlagen, als das Herz noch so geduldig auszuwetzen vermag. Darüber ist fast alles gesagt. Aber diesmal werde ich in die *Gärten der Welt* gehen und Freunde in ihren Oasen besuchen. Vielleicht mitten im Wald an einen See gelangen, und die unwiederholbare Zeit mit meiner Urenkelin genießen.

Ich kenne den angeblich wirksamen Schutz vor der Härte des Lebens, vor Auseinandersetzungen über den richtigen Weg zum richtigen Ziel. Gemeint ist die Isolation.

Ich will aber einen Frühling und brauche einen Prüfstand. Noch einmal die Blicke auf das Wesentliche richten. Kein Gehampel, kein Gewurschtel. Es wird weiterhin so sein, daß ein erheblicher Teil des gealterten Lebens abgegeben werden muß. Das braucht es für ein wirksames Nein! Gegen ein „*Na ja vielleicht*“, „*Bestimmt irgendwann*“ und „*Erst mal sehn!*“! Wachsein, Ohren und Augen öffnen. Der alte abgetretene Bundespräsident hat die Frage gestellt, ob wir denn zu schwach sind, das „ganz andere“ zu ertragen. Er findet das nicht. Ich frage: Was meint er? Ein anderer Vorschlag, ein anderes Stück Weg? Das könnten wir aushalten. Nicht aber eine andere Auslegung der Gesetze, angestrebte Allmacht und Mißbrauch von Macht.

Viele Leute sagen mir: „Wir können doch nichts machen.“ Diesen Satz, diese Ausrede, kennen wir schon zu lange. Es wäre möglich, auf einer Erde zu leben, die Nahrung und gesundes Wasser und Raum hat, um würdevoll zu leben und zu sterben. Die Menschen darauf könnten glaubwürdige Herren eines Planeten sein. Aber sie lassen sich gefallen, daß die einen ohne Absprache Raketen abfeuern, und die anderen mit dem Finger nah auf dem wichtigsten Knopf in ihren Papieren fummeln. Mit dem Mikrofon in der Hand erzählen sie gefährlichen Unsinn. Ist eine Religion an sich lebensfremder als eine andere, oder ist es nur die Auslegung, das Potential, das sie zur Waffe macht? Längst beantwortete Fragen.

Im Zweifelsfall müßte es immer heißen: Wir. Wir haben zugelassen ... War es schon einmal anders? Ja, aber nie für lange. In der Macht scheint ein Virus zu stecken, der die Ausübung durchtränkt. Besser vorbereitete Wahlen? Könnte das helfen inmitten von mißbrauchtem Fortschritt im täglichen Leben, Mißdeutungen im Weltmaßstab? Wir sagen, was zu sagen ist, wollen mitdenken und uns einmischen.

In diesem Frühling wollte ich mir überlegen, ob sich die Opfer an Zeit und Kraft eigentlich lohnen. Ja, was denn sonst! Aber doch auch so, daß ich mir mitten im Frühling die Freude auf den Sommer und den immer einzigartigen September leisten kann.

Aufsässig sein und sich wehren, sobald man weiß, wogegen und wofür. Damit nicht allein bleiben. Auf dem langen Weg braucht es einen oder eine rechts und links von dir, auf die du dich verlassen kannst.

Nun ja:

Die ganz normalen Leute denken
Courage würde was kosten
glühende Zangen könnten sich senken
was wird dann aus dem höheren Posten

Die ganz normalen Leute weinen
fallen andre in zu tiefen Gräben
dann gehn sie nach Hause, trinken sich einen
darauf, daß sie's leichter haben

Sie haben mit sich zu tun
und lassen die Dinge der Welt
lieber auf sich beruhen
Mit dem Stein des Sisyphos umherzuwandern
überlassen die ganz normalen Leute
doch lieber den andern

Aber die ganz normalen Leute
sind oft jene stillen Helden
die sich bei Gefahr im Verzug
immer als erste melden

Das Wissen darüber, ob du so jemanden neben dir hast, kannst du nur durch Erfahrung erwerben. Sei selber jemand, den man sich für unterwegs wünschen würde.

Ich denke an einen Mann, der an einem späten Herbsttag vor die Wahl gestellt wurde, mit einem Befehl tödliche Ruhe zu schaffen oder zuzulassen, daß Menschen ihre eigenen Entscheidungen für oder gegen alles bisher Gelebte treffen können. Eine größere Überforderung kann ich mir für einen einzelnen Menschen nicht vorstellen. Es hat damals keine doch mögliche Gewalt gegeben. Diese Worte „Keine Gewalt“ waren der Schlüssel zum Öffnen einer Tür, die jeden hinein und alles hinaus ließ, was sich da Leben nannte. Noch heute denke ich, daß ich niemals in eine solche Situation kommen möchte. Ich habe ja auch gesehen, wie dieser Mann dafür bedankt wurde. Gar nicht. Wenigstens ein Händedruck als – Dank? Ja, als Dank.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Mai und Anfang Juni

■ Regionalgruppe Bautzen

Am **5. Mai um 17 Uhr** spricht Dr. Hermann Drumm, Sohn eines Interbrigadisten, zum Thema: **Spanienkämpfer bei den internationalen Brigaden und bei der Legion Condor**

Ort: Begegnungszentrum der Linken, Schülerstraße 10, 02625 Bautzen

■ Regionalgruppe Halle

Am **9. Mai um 16.30 Uhr** spricht Petra Sitte, Mitglied des Fraktionsvorstandes der Partei Die Linke im Bundestag, zum Thema: **„Die Linke“ will den arbeitenden Menschen eine Stimme für soziale Sicherheit und einen sicheren Frieden sein**

Ort: Kulturtreff (ehemaliges Bildungszentrum), Am Stadion 6, 06122 Halle-Neustadt

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern Nord-West

Am **10. Mai um 15 Uhr** spricht Dr. Klaus Blessing zu seinem Buch **95 polemische Thesen gegen die herrschende Ordnung**

Ort: Stadtkantine, Großschmiedestraße 41–43, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am **13. Mai um 10 Uhr** spricht Prof. Dr. Eike Kopf zum Thema: **China – eine Volksrepublik wird Großmacht**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Dresden

Am **13. Mai um 10 Uhr** spricht der Kulturhistoriker Dr. Peter Michel zum Thema: **Was bleibt von der Kultur der DDR?**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Gera

Am **13. Mai um 10 Uhr** spricht der Historiker Dr. Volker Külow zum Thema: **Faulender Kapitalismus? Die fortlebende Herausforderung von Lenins Buch über den Imperialismus**

Ort: Geschäftsstelle der Partei Die Linke, Markt 12 A, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Berlin-Marzahn-Hellersdorf

Am **16. Mai um 18 Uhr** spricht Prof. Dr. Götz Dieckmann zum Thema: **Aktuelle Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Teterow

Am **17. Mai um 15 Uhr** spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei Die Linke, zum Thema: **Die Lehren aus der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – ihre Bedeutung heute in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Welt**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Berlin-Lichtenberg

Am **17. Mai um 18 Uhr** spricht Prof. Dr. Herbert Graf zu seinem Buch **Von der Demokratie zur Agonie**

Ort: KULTSchule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin

■ Regionalgruppe Berlin-Zentrum

Am **19. Mai um 16.30 Uhr** spricht der Gewerkschafter Lothar Nätkebusch zum Thema: **Gewerkschaften in Deutschland – Kampforganisationen oder Ordnungsfaktor?**

Ort: Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am **20. Mai um 10 Uhr** spricht Rolf Berthold, Botschafter a. D., zum Thema: **Was heißt Sozialismus chinesischer Prägung?**

Ort: Kulturhaus (Konferenzraum), Puschkinplatz 3, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am **20. Mai um 11 Uhr** Diskussion aktuell politischer Themen

Ort: Gaststätte Dahlie, Roßlauer Straße 1, 99086 Erfurt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am **20. Mai um 10 Uhr** spricht der Journalist und „RotFuchs“-Autor Peter Steiniger zum Thema: **Die Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik**

Ort: Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ „RotFuchs“-Gruppe Torgau

Am **20. Mai um 10 Uhr** spricht Wolfgang Dockhorn, stellvertretender Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zu **linken Positionen im Bundestagswahlkampf**

Ort: Gaststätte Mohrrübe, Vorstädter Gärten, Abfindungen Weg 0, 04860 Torgau

■ Regionalgruppe Potsdam

Am **23. Mai um 18 Uhr** spricht Dr. Udo Stegemann zum Thema: **Was verschweigt und was verfälscht das offizielle Feindbild Terrorismus?**

Ort: Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

■ Regionalgruppe Falkensee

Am **23. Mai um 19 Uhr** sprechen Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba und Oberst a. D. Dr. Reinhard Grimmer zum Thema: **Strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern in der DDR und in der BRD**

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe Leipzig

Am **24. Mai um 18 Uhr** spricht Generalmajor a. D. Heinz Bilan zum Thema: **Das Weißbuch der BRD – Dokument aggressiver Politik des deutschen Imperialismus**

Ort: Villa Davigon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am **1. Juni um 14 Uhr** spricht Prof. Dr. Ekkehard Lieberam zum Thema: **Integrationsfalle Mitregieren – Historische Erfahrungen**

Ort: Kulturraum Kühleweinstraße (Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg





Ich freue mich, daß der „RotFuchs“ nach dem Tod von Klaus Steiniger vor einem Jahr weiter erscheint und dessen politisch-theoretische Linie fortsetzt. Die Zeitung bleibt hoch informativ. In jeder Ausgabe findet man viele interessante Artikel zu historischen, aktuellen und theoretischen Aspekten. Die Beiträge von Christa Kožik, die in Liegnitz geboren wurde, erinnern mich an meine eigenen Erfahrungen in Polen nach dem 2. Weltkrieg. Buchstäblich auferstanden aus Ruinen, hat das ganze Land, so auch die Pädagogischen Hochschulen in Legnica und Wrocław, an denen ich unzählige Vorträge hielt, dazu beigetragen, Volkspolen ein neues Antlitz zu verleihen.

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Das Lebensbild Martin Niemöllers, dargestellt von meinem Freund Prof. Heinrich Fink im Februar-RF, erinnert mich an die Begegnung, die wir im Spätsommer 1962 im Friedensrat Potsdam hatten. Ein Kreis von Theologen und weiteren Amtsträgern von Kirchen waren mit Martin Niemöller darin einig, alles zu tun, damit zwischen den beiden Staaten auf deutschem Boden der Frieden erhalten bleibt. Die ein Jahr davor errichtete Staatsgrenze hatte den Frieden auf deutschem Boden gesichert. Dies war die Überzeugung Niemöllers. Was alles tobte durch den Blätterwald westdeutscher Zeitungen: Protestschrei, die schlimmsten Anschuldigungen, Diffamierungen besonders derjenigen, die als Christen damals in einer Front zusammenstanden mit Marxisten, all denjenigen in der DDR, die damals Verantwortung trugen. Wir wurden böse beschimpft, hatten in den Pfarrkonventen mit Ausgrenzung zu rechnen und waren der Isolation in unserer kirchlichen Arbeit ausgesetzt.

Martin Niemöller war damals für uns Vorbild. Der Mitbegründer der Bekennenden Kirche 1934, Antifaschist, Friedenskämpfer, ein begnadeter Prediger und Zeuge des Evangeliums hatte uns, im kleinen Kreis suchender Pastoren, die wir gemeinsam mit Marxisten für ein sozialistisches Deutschland eintraten, Mut gemacht, weiterhin für Frieden und Völkerverständigung zu wirken. Die Christliche Friedenskonferenz (CFK) war die beste Plattform für diese gemeinsame Arbeit! Niemöller hatte bei Friedensdemonstrationen mit der Fackel in der Hand auf den Straßen Westdeutschlands gestanden. Den Lenin-Friedenspreis hatte man ihm verliehen. Durch die Staaten des damaligen „Ostblocks“ war er gereist als Zeuge Christi, als Botschafter des Friedens. Es bleibt unvergessen, daß Gerald Götting und der

Partei Vorstand der CDU in der DDR beschlossen hatten, daß in Burgscheidungen, der Zentralen Schulungsstätte, seine Büste aufgestellt wurde. Tausende von politisch arbeitenden Christen in der DDR kannten Martin Niemöller, diesen ehrlichen, überzeugenden Botschafter der Friedensbotschaft – in der Überzeugung, daß es um eindeutiges, klares Friedenszeugnis geht. Dieser Auftrag ist bis heute gültig, angesichts noch größer gewordener Gefahren in der Welt!

**Hans-Joachim Brühe,
Pastor em., Falkensee**

Der Artikel „Was uns der 11. September hinterlassen hat“ von S. A. Gomez im Februar-RF hat uns in Inhalt und Form sehr gut gefallen.

Ich möchte zu der im Beitrag umfassend dargestellten „Geschichte der Verbrechen der USA“ ergänzend das Verbrechen von Pearl Harbor am 7. Dezember hinzufügen, das 2403 Landsleuten das Leben kostete. In den Akten der zwischenzeitlich geöffneten Archive ist nachzulesen, daß US-Präsident Franklin D. Roosevelt in Kenntnis des Angriffs durch die Japaner bewußt die Verteidigung von Pearl Harbor verhindert hat, um strategische Ziele zu erreichen. Und die 3000 Toten vom 11. September 2001 – waren sie von den US-Strategen ebenso einkalkuliert, um den weltweiten „Krieg gegen den Terror“ legitimieren zu können?

Harry Schröder, Berlin

Zur Rede von Egon Krenz über Gründe unserer Niederlage, RF 228 und 229

Egon Krenz, der letzte Chef des Politbüros (Werner Eberlein nannte es „Die stille Runde“) hat in Peking eine bemerkenswerte Rede gehalten. Mit großem Interesse habe ich das im „RotFuchs“ in zwei Folgen veröffentlichte Referat zu den Gründen unserer Niederlage gelesen. Vielen Dank, Genosse Krenz!

In einem Punkt muß ich widersprechen. Egon Krenz schreibt, daß sich erwiesen hat, daß der Sozialismus im Zentrum Europas möglich ist. Der dann folgende Satz hebt diesen aber gleich wieder auf. Ein Sozialismus der permanenten Mangelwirtschaft könne man nicht als lebensfähigen Sozialismus bezeichnen. Gerade dieser Mangel war aus meiner Sicht der Hauptgrund für die schwindende Basis im Volk.

Eine Kardinalfrage für mich ist, durch welche Hebel und Mechanismen führt man die Menschen unter den Bedingungen sozialistischer Produktionsverhältnisse zu Höchstleistungen, ohne sie auszubeuten, und wie verändert man ihre Haltung zum Volkseigentum – eine Grundschwäche in unserem System. Waren wir mit dem komplexen System der Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik überfordert? Ein weiteres Problem berührt die Handhabung der zentralen Leitung und Planung. Das ganze Staatswesen, alle Bereiche des Lebens der Menschen wurden zentral geführt, nicht mal von einer Regierung, sondern von der Partei. Dadurch wurde der Staat, die Partei alleine verantwortlich für jeden kleinsten Fehler. Aus dieser Betrachtung ergibt sich die Frage nach den objektiven Gründen.

1. Marx hat seine Theorie leider so formuliert, daß der Prozeß als gesetzmäßiger Selbstläufer mißverstanden wurde.

2. Der schlimmste Feind unseres Sozialismus war der Dogmatismus.

3. Lenins Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ findet man nicht bei Marx. Dabei waren die Akteure immer zu ungeduldig und wollten gesellschaftliche Prozesse, die aber ihre Laufzeit brauchen, in kürzester Zeit erreichen. Ja, auch weil sie von äußeren Bedingungen beeinflusst wurden.

Der Sozialismus der Sowjetunion wurde geboren und umgesetzt im permanenten Kampf mit dem internationalen Kapitalismus und den Feinden im eigenen Land.

Selbst als halb Europa nach dem Krieg „sozialistisch“ war, wurde die notwendige Wirtschaftskraft nicht erreicht. Nach 70 Jahren Sowjetmacht war man am Ende, und ein Gorbatschow wurde zum Totengräber der Sowjetunion, weil die Führung der KPdSU keine Lösung für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme fand. Ohne Stalins Atombombe hätten wir vielleicht 1953 oder 1956 nicht überstanden. Tragisch ist, daß die glorreichen Leistungen eines ganzen Volkes bei der Industrialisierung des Landes, im Großen Vaterländischen Krieg und bei der Eroberung des Weltraums am Ende nicht zum Sieg des Systems führten.

Dabei müssen wir leider feststellen, in der Sowjetunion, der DDR und den anderen Ländern hatte der Sozialismus 1989 im Volk keine Basis mehr. Nur das Volk hätte den „Sozialismus“ retten können, wenn es das gewollt hätte. Ja, selbst bei dieser Betrachtung bleibt die DDR die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse und war ein Anfang vom Weg in eine Zukunft nach dem Kapitalismus.

Nun muß die Menschheit warten, bis sich die Widersprüche des Kapitalismus so verschärfen, daß der Kapitalismus auf seiner höchstentwickelten Stufe vom Sozialismus abgelöst wird, so wie Marx es beschreibt. Welche Rolle dabei der chinesische Sozialismus spielen kann, das wird die Zukunft zeigen.

Horst Nörenberg, Potsdam

Ich fand es gut, daß mit dem Abdruck der Rede von Egon Krenz im „RotFuchs“ jenes Thema angesprochen wurde, das mir am meisten am Herzen liegt. Zumindest für die Älteren unter uns war doch die Entstehung und Entwicklung der DDR das Prägende in unserem Leben, ihr Untergang schmachvoll und enttäuschend.

Egon Krenz nennt explizit zwei Punkte, die ich als externe Ursachen bezeichnen möchte. Sie sind offensichtlich, liegen sozusagen auf der Hand. Andere Ursachen, von ihm als Knäuel bezeichnet, liegen jedoch noch im verborgenen, auch wenn er schreibt, daß es dafür viele Erklärungsversuche gibt. Krenz nähert sich diesen mit Bezug auf Lenins Standpunkt über die Rolle der Arbeitsproduktivität, ohne zu erklären, wie mit diesem Begriff in der gegebenen Situation zu verfahren sei. Das ist in meinen Augen zu vereinfacht dargestellt.

Klar ist, daß mit der Niederlage der DDR eine Gesellschaftsordnung mit sozialistischer Orientierung unterging, die unmittelbar aus dem Kapitalismus hervorgegangen ist, und zwar ausnahmslos in Ländern mit niedrig entwickeltem Kapitalismus, also auch mit niedriger Arbeitsproduktivität. Für den Aufbau einer solchen Gesellschaft gab es weder Erfahrungen oder Modelle, noch waren die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus anwendungsreif für ihre Gestaltung durchdacht. Auch die Menschen waren weder ideologisch

noch mental auf die Anforderungen, die diese Zeit an sie stellte, vorbereitet. Wohl waren sie kriegsmüde, doch eine revolutionäre Situation im Leninschen Sinne bestand nicht.

Daß sich der Sozialismus gegenüber dem hochentwickelten Kapitalismus in den westlichen Ländern 40 Jahre lang behaupten konnte, verbuche ich dennoch als Erfolg. Sozialisten und Kommunisten stehen in der Pflicht, daraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Helmut Müller, Berlin

Der Artikel von Egon Krenz im RF war besonders informativ und gut. Es sollte angeregt werden, dazu mehr zu schreiben und das zu publizieren. Die Fakten gehören an die breite Öffentlichkeit.

Dr. Günter Wehner, Berlin

Zur Märzausgabe

Ausgewogene Zusammenstellung! Der Beitrag „Aurora heißt Morgenröte“ war sicher verzichtbar. Aber dafür besonders schön die Klemke-Seite; auch gestalterisch fällt sie sehr ins Auge. Auch vieles andere äußerst lesenswert (Konrad Wolf, Christa Kožik usw.). Prima, daß Ihr die „Enzyklika“ so hervorhebt! Wußte ich gar nichts von, sehr interessant! Das ist, glaube ich, auch eine Besonderheit von RF, daß er die Leser an Jahrestage, vergessene Personen, Manifeste und Ereignisse erinnert, von denen selbst meine Generation kaum mehr etwas weiß.

René Senenko, Hamburg

Johannes Chemnitzer im März-„RotFuchs“ zu entdecken, ist mir eine Freude. Ich gehörte zu Radio DDR. Und der Sender war namentlich in den 70er und 80er Jahren viel unterwegs, mit allen wichtigen Sendungen zur Kommunalpolitik, Wirtschaft, Unterhaltung, Musik, Schule, Gesundheit standen Reporter vor Ort. Rundfunk zum Hören und Anfasseln.

Unter den großen und kleinen Städten befand sich auch Neubrandenburg mit beeindruckendem Wiederaufbau. Johannes Chemnitzer gehörte zu den jüngsten SED-Bezirkssekretären, und natürlich hatten wir eine Mikrofon-Runde vereinbart. Wir warteten am Hochhaus, und er kam zu Fuß. Wie wir später erfuhren, nicht nur an diesem Tag. Ein großes Wochenende mit vielen Begegnungen stand auf dem Plan. Hannes Chemnitzer hat uns geholfen, was nicht überall so der Fall war. Sein Elan, seine Lebensnähe, sein Optimismus, seine Ehrlichkeit und Bescheidenheit haben mich beeindruckt. Seine Entwicklung und sein Ansehen gehören dazu, wenn man über die DDR befinden will.

Atti Griebel, Berlin

Der Beitrag von Patrik Köbele im März-RF über den verstorbenen Herbert Mies erinnerte mich an die letzte Begegnung mit ihm im vergangenen September in Karlsruhe auf einer Veranstaltung zum 60. Jahrestag des KPD-Verbots. Nachdem ich einiges zur juristischen Bewertung des Verbots und dem Wirken von F. K. Kaul in diesem Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht gesagt hatte, ergriff Herbert das Wort, und man merkte sofort, da spricht einer, der die Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte miterlebt und auch für die Partei mitgestaltet hat. Große Überzeugungskraft und Konsequenz zeichneten ihn dabei aus, obgleich er seit meinem letzten Besuch bei ihm in Mannheim inzwischen an den Rollstuhl gefesselt war, was ihn sehr ärgerte. „Aber der Kopf ist klar!“,

sagte er mir zu Beginn der Veranstaltung, und so sprach er auch zu den zahlreichen Teilnehmern, die ihm großen Beifall spendeten. So wollen wir ihn in Erinnerung behalten.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Werner Abel und seine Kollegen suggerieren in ihrem Beitrag „Zur Debatte um ein Spanienkämpfer-Lexikon“ (März-RF), daß ich den Eintrag über Willi Bredel wegen seines zu geringen Umfanges kritisiere, und unterstellen, daß ich „einen Eintrag in ein biographisches Lexikon mit einer Biographie verwechsle“. So bauen sie einen Pappkameraden auf, um sich nicht mit den Schwerpunkten meiner Kritik auseinandersetzen zu müssen. Neben den vielen Fehlern und Ungenauigkeiten kritisiere, ich u. a. das falsche Datum über die Ankunft Bredels und Weinerts in Spanien. Weitaus problematischer ist für ein Spanienkämpfer-Lexikon, daß mit keinem Wort Bredels militärische Aktivitäten und seine umfangreiche publizistische Unterstützung der Republik genannt werden. Dies widerspricht sogar den selbstformulierten Ansprüchen im Vorwort des Buches (S. 8). Bei den Schriftstellern Hans Marchwitza (S. 330) und Ludwig Renn (S. 408) werden beispielsweise zumindest deren militärische Daten erwähnt. Dagegen wurden sie bei Willi Bredel vermutlich schlicht vergessen, aber das wollen die Autoren offensichtlich nicht einräumen.

Hans-Kai Möller, Hamburg

In der Diskussion um das Spanienkämpfer-Lexikon liegen uns weitere Stellungnahmen von Brigitte und Gerhard Brändle sowie von Werner Abel vor. Die Autoren des Lexikons wurden detailliert kritisiert – sie hatten Gelegenheit, darauf ausführlich zu antworten. Es gibt offensichtlich unterschiedliche Auffassungen und Standpunkte, die wir so stehen lassen müssen. Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir den öffentlichen Disput hiermit beenden.

RF

Die Bürger der früheren DDR werden auch 27 Jahre nach dem Anschluß an die BRD um ihre Leistungen beim Aufbau unserer Gesellschaft betrogen. Als hätte es uns nicht gegeben. Doch die Wahrheit ist auf unserer Seite. Meinen erfolgreichen Abschluß des Studiums an der Humboldt-Universität verdanke ich – ohne 1945 einen ordentlichen Schulabschluß machen zu können – allein der DDR, die das Bildungsprivileg durchbrach. Heute braucht man wieder eine andere soziale Herkunft, um studieren zu können. Dieser Staat, dem Freiheit und Demokratie angeblich heilig sind, schlittert von einer Krise in die nächste. Viele Länder leiden immer noch unter den Folgen der letzten großen Finanzkrise, und schon vergeben Banken wieder faule Kredite in Hülle und Fülle an die Wirtschaft. Die Verelendung vieler Völker wird in Kauf genommen. Wir selbst sollen eingestimmt werden auf die „Normalität“ von Kriegen. Rechte Kräfte gewinnen an Zulauf, in Deutschland und europaweit. Mir ist völlig unverständlich, daß faschistische Kräfte, die in SS-Divisionen Hitlers gedient haben, in einigen europäischen Ländern heute Paraden abhalten dürfen und obendrein noch besondere Renten für ihre Verbrechen wie beispielsweise in Litauen bekommen. Groß ist meine Befürchtung, daß durch die USA immer mehr Stellvertreterkriege geführt werden, die schnell in einem dritten Weltkrieg enden können.

Linke Kräfte in Deutschland sind derzeit leider zersplittert, aber sie tragen eine große Verantwortung für die Zukunft unseres Landes.

Werner Gericke, Berlin

Mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl muß die Partei Die Linke aufpassen, daß ihre Grundprinzipien nicht verlorengehen und sie am Ende ihr Gesicht einbüßt! Sie ist die einzige Friedenspartei im Deutschen Bundestag. In Zeiten der Aufrüstung und Stationierung von NATO- und Bundeswehrtruppen an den Grenzen zu Rußland ist es wichtig, daß es eine Partei gibt, die zu dieser Rüstungsspirale *nein* sagt – und das ohne Wenn und Aber! Dieser Standpunkt ist nicht verhandelbar!

René Osselmann, Magdeburg

In den vergangenen Monaten las ich wiederholt im RF Meinungen über vergangene und mögliche Regierungsbeteiligungen der Partei Die Linke, meist mit warnendem Unterton.

1998 bestand in Mecklenburg-Vorpommern erstmals die Möglichkeit, daß sich die PDS an einer Landesregierung beteiligt. Lange habe ich mit mir gerungen, um einen eigenen Standpunkt zu finden. Ich bin zu folgendem Entschluß gekommen: Wenn es möglich ist, in Regierungsbeteiligung etwas Positives für die Menschen zu erreichen, dann müssen wir das tun. Aber wir dürfen uns nicht verbiegen. Leider ist das nicht gelungen.

Wenn es jetzt um eine Entscheidung auf Bundesebene geht, darf sie nicht zu Lasten der Haltelinien ausfallen: Bestehende Kriegseinsätze beenden! Keine neuen Kriegseinsätze! Soziale Maßnahmen für die Masse der Menschen!

Karl-Heinz Puchmüller, Waren (Müritz)

Anfang März lief bei „MDR Kultur“ ein Themenabend „Litauen“. Ausgiebig wird die West-Orientierung des Landes und seiner baltischen Nachbarn beschworen, gewürdigt und mit geschichtsklitternden Behauptungen („Litauen ist ja katholisch wie Polen, somit also immer schon ein Teil des Westens ...“) „untermauert“. Daß das Land sich mangels Masse und eigenem Gewicht im imperialistischen Zweckbündnis der EU seit Jahr und Tag als russophober Wadenbeißer der NATO hervorzutun versucht, erklärt ein professoraler Interviewpartner wie folgt: Litauen hätte „berechtigte Ängste“ angesichts der „ja nun doch massiven Konzentration von militärischen Kräften Rußlands in der Region“. Daß diese Maßnahme Rußlands vielleicht eine Reaktion ist auf den zunehmend dreisteren Aufmarsch der NATO vor Rußlands Westgrenze, auf die Eingemeindung der baltischen Staaten in das westliche Kriegsbündnis, die bellizistische Rhetorik, das Säbelrasseln, die Kriegshetze insbesondere der baltischen Mini-Staaten – geschenkt, mit diesen Informationen will man den „MDR Kultur“-Hörer offensichtlich nicht überfordern. Dann wird's allerdings ganz bizarr: Die sich ahnungslos gebende Interviewerin fragt den Experten, ob er den militärischen Aufmarsch – nein, nicht etwa der NATO, sondern Rußlands – etwas detaillierter beschreiben könnte. Die Antwort des wackeren Mannes: Ja, da wären also in der Enklave Kaliningrad „unglaublich viele Luftabwehrraketen stationiert“ – schöner kann sich die kriegslüsterne NATO-Propaganda von der „russischen Gefahr“ ja gar nicht blamieren,

aber gehört hat's sicher wieder keiner: Defensive Maßnahmen Rußlands gegen die zunehmend aggressive Bedrohung durch die NATO – Luftabwehrraketen in Kaliningrad! Klarer Beleg für russische Aggression! – müssen auch noch herhalten als Begründung für den Kriegskurs der NATO. Ich muß an meinen Großvater denken, dem seine antifaschistische Arbeit Gestapo-Haft und Zwangsrekrutierung für das Strafbataillon 999 eingebracht hatte und der mir gelegentlich sagte: „Ich wußte doch, daß Hitler Krieg bedeutet. Jeder der es wissen wollte, konnte es wissen. Aber es wollte kaum jemand wissen.“ Ich fühle mich heutzutage ähnlich.

Kay Stratus, Weimar

Zu Jahresbeginn wurden erhebliche Mengen amerikanische Rüstungsgüter quer durch Deutschland in Richtung Baltikum und Polen transportiert, samt Militärpersonal. Die BRD beteiligt sich am Truppenaufmarsch nach Litauen. Wieder mal „alternativlos“, Deutschland ist ja NATO-Mitglied.

US-Präsident Trump erwartet deutlich höhere finanzielle Aufwendungen der NATO-Mitgliedsstaaten. Unsere regierende Pfarrerstochter versicherte eifertig, dem zu folgen.

Wir, der Deutsche Freidenker-Verband, sehen sehr wohl eine Alternative: NATO raus aus Deutschland, Deutschland raus aus der NATO! Kooperation statt NATO-Konfrontation!

Dr. Manfred Gries, Oranienburg

Das Auftreten der Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem NSA-Untersuchungsausschuß über die Spionage-Tätigkeit amerikanischer und deutscher Geheimdienste hinterläßt den Eindruck, daß sowohl USA-Präsident Trump als auch sie vom gleichen Schläge sind: dem Volk und der Weltöffentlichkeit das eine zu sagen, um dann das andere zu tun. Das Monopolkapital ist zufrieden. –

Der Bundestagswahlkampf ist längst in vollem Gange. Es darf bezweifelt werden, daß die antretenden Parteien in sich gehen und zu längst fälligen Kurskorrekturen ihrer Politik kommen werden. Wählergunst ist in diesem Land selbst mit haltlosen Versprechungen zu haben. Dagegen begrüße ich, daß die DKP dabei ist, Unterschriften für die Ermöglichung ihrer Kandidatur zu sammeln.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Aus Anlaß des Reformationsjubiläums wird 2017 neben der Vermittlung geschichtsträchtiger Fakten offen und verdeckt der Weg für eine schleichende weitere Missionierung geebnet. Die Leistungen Martin Luthers, die 500 Jahre zurückliegen, sind zu würdigen, aber auch seine antisemitische Grundhaltung darf nicht außer Betracht bleiben. Und, wenn man Luthers Wirken ohne staatlich verordnete Euphorie betrachtet, bleiben die Abschaffung des Ablaßhandels und die deutschsprachige Bibel übrig. Der Papst war obsolet, aber die evangelischen Regionalfürsten erlangten bedeutenden politischen Einfluß. Sie negierten schlichtweg die Forderung nach einer Bescheidung auf ihr kirchliches Wirken im Amt. Die Geschichte zeigt uns überdeutlich, daß die Reform sehr partiell war und ein wirklicher Einfluß der Kirchen für eine friedliche, solidarische und gerechte Welt nicht gegeben war. Im Gegenteil! Könige, Kaiser, Führer, Präsidenten

zogen mit Gottes Segen gegeneinander in den Krieg, und Millionen Menschen kamen darin um. Politiker, die sich sonntags segnen lassen, zogen montags in den Krieg, und die Mächtigen des Staates profitierten davon. Die Gefallenen und Toten wurden in unheiliger Allianz zwischen Staat und Kirche „feierlich“ zu Grabe getragen.

Die im Ergebnis der Aufklärung, insbesondere der französischen Revolution, erfolgte Abschaffung einer Staatsreligion und der erfolgten Trennung von Staat und Religion wird leider offiziell ignoriert. Durch den Staat wird Kirchensteuer eingezogen, Millionen Euro den Kirchen für deren Betreibung bereitgestellt und in öffentlichen Räumen, wie z. B. in Schulen, Krankenhäusern und Gerichten mit dem Kreuz indirekt für ein Glaubensbekenntnis erworben.

Wir brauchen ganz dringend die öffentliche Diskussion zur Abkehr der Kirche vom Armuts- und Friedensideal des synoptischen Jesus. Denn dessen Ethik wurde nach dem Aufstieg zur Staatsreligion im 4. Jahrhundert ins Gegenteil verkehrt: Machtsucht und Gewalt prägten die Kirche, deren Weg konsequent über die jahrhundertelange Verfolgung von „Ketzer“ und Heiden bis zur Kooperation mit den europäischen Faschisten in Spanien, Italien und Deutschland sowie Kroatien führte.

Dieser Sachverhalt liegt aber verschüttet im Bewußtsein der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger. Das offenzulegen bedarf einer klugen und geduldigen Überzeugungsarbeit.

Deshalb begrüßen wir eine Initiative des Landesvorstandes der Partei Die Linke Sachsen zur Trennung von Staat und Religion und möchten diese weiter aktiv unterstützen.

**i. A. Raimon Brete,
OV Sonnenberg/Chemnitz**

Als wir im März anläßlich „70 Jahre VVN-BdA in Sachsen“ zu einer Festveranstaltung zusammenkamen, verwiesen wir Antifaschisten auch auf eine 1993 angenommene und bis heute geltende Entschließung des Europäischen Parlaments. Darin heißt es: „Zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale“ fordert das Europäische Parlament „... die Mitgliedstaaten, den Rat und die Kommission auf, alle Initiativen u. a. auch finanziell zu unterstützen, die darauf abzielen, die ... von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager zu bewahren und diese Stätten unter europäischen und internationalen Schutz zu stellen ...“

Eine Meldung des „neuen deutschland“ vom 20. März bezog sich auf das KZ Hohnstein: „Früherem KZ droht der Verkauf / Sächsische Burg Hohnstein nach Insolvenzverfahren vor ungewisser Zukunft“. 5300 Menschen wurden dort bis zu seiner Auflösung im August 1934 in „Schutzhäft“ genommen: Sozialdemokraten, Kommunisten, Pfarrer, Lehrer, Kommunalpolitiker. Etwa 140 von ihnen kamen zu Tode.

Es sei kein Geld da, heißt es, um die Erinnerung an diese Opfer wachzuhalten. Wenn jedoch BStU-Chef Jahn Finanznot beklagt, braucht er nur vor die Kameras zu treten, und alle Mikrofone richten sich auf seine Bittgesänge. Erst recht in Sachsen! In den letzten drei Jahren wurden circa 15 % der Fördermittel der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für den Themenbereich NS-Aufarbeitung

und 85 % für die Themenbereiche Sowjetische Besatzungszone und „DDR-Unrecht“ bewilligt.

Paul Jattke, Chemnitz

Groß aufgemacht konnte man am 17.3. in der MZ lesen, daß „der Duft von frischem Brot“ durch die Kleinstadt Könnern zieht. Es folgte ein Rückblick auf die Entwicklung einer Bäckerei, die dort bereits seit 1927 besteht und die „den zweiten Weltkrieg, die DDR und die Wende überlebt“ hat. Ein Bezug auf das „Tausendjährige Reich“ von 1933 bis 1945 fehlte jedoch. Um so freudiger ließ man den Bäckermeister zu Wort kommen, der seinen Kampf ums Überleben zu DDR-Zeiten in Szene zu setzen wußte. Die Bäckerei – in privater Hand geblieben – habe „auch die letzte Enteignungswelle überlebt“, weil der Vater „weniger als 10 Beschäftigte“ hatte. Heute „boomt“ das Geschäft. Es ist die einzige von 13 vor der „Wende“ bestehenden Bäckereien, die in Könnern noch existiert.

Man lese und staune: Während es in dieser Kleinstadt zu Zeiten des DDR-„Unrechtsstaates“ immerhin 13 Bäckereien gab, sind – dank des spätkapitalistischen Konkurrenzkampfes – nur 7,7 % der ursprünglichen Kleinunternehmen übriggeblieben. Bis jetzt ...

Ob den Konsumenten der MZ aufgefallen ist, was ihnen da vermittelt werden sollte?

Dr. Günther Freudenberg, Bernburg

Anmerkung der Redaktion zu „Die Blockade Leningrads ist unvergessen“ (RF 229)

In Beantwortung von Leserfragen hier die Titel einiger empfehlenswerter (zumeist noch antiquarisch zu beschaffender) älterer Blockade-Bücher. Sie sind unentbehrlich zur historischen Konkretisierung der heute gelegentlich antisowjetisch interpretierten Ereignisse und zum Verständnis der Größe dieses Dramas:

- Vera Inber: *Fast drei Jahre. Aus einem Leningrader Tagebuch.* SWA-Verlag, 1946
- Alexander Tschakowski: *Es war in Leningrad.* SWA-Verlag, 1947
- N. G. Michailowski: *Neunhundert Tage. Zeugnisse von der heldenhaften Verteidigung Leningrads im Großen Vaterländischen Krieg* (Vorwort: Willi Bredel), Dietz-Verlag, 1959
- Heinz Bergschicker: *Leningrad – Stadt, die den Tod bezwang.* Verlag Kultur und Fortschritt, 1966
- D. W. Pawlow: *Die Blockade von Leningrad.* Huber-Verlag, 1967
- Duell mit der Abwehr. *Dokumentarische Skizzen über Tschechisten der Leningrader Front.* Militärverlag, 1971
- Alexander Tschakowski: *Die Blockade* (3 Bände). Verlag Volk und Welt, 1974–1977
- Bodo Schulenburg: *Tanja.* Verlag Junge Welt, 1981 (eine Lizenzausgabe dieses anrührenden Kinderbuchs erschien mit einem eigenen Vorwort 1983 im Westberliner Elefantpress-Verlag)
- H. Kislyzyn / W. Subakow: *... die Stadt dem Erdboden gleichmachen. Leningrad ergibt sich nicht.* Progress-Verlag, Lizenzausgabe im Pahl-Rugenstein-Verlag, 1984
- Alwin Meyer: *In dunkler Zeit. Kinder im belagerten Leningrad.* Steidl-Verlag 1987



Auch am 1. Mai für Frieden, Freundschaft und Solidarität

Graphik: Arno Fleischer

■ Regionalgruppe Rostock

Am **5. Mai um 16 Uhr** spricht der Journalist Volker Hermsdorf zum Thema: **Kuba und die aktuellen Entwicklungen in Lateinamerika**

Ort: Stadtteilbegegnungszentrum der Volkssolidarität, Kurt-Schumacher-Ring 160, 18146 Rostock-Dierkow

■ Regionalgruppe Güstrow

Am **18. Mai um 16 Uhr** spricht Prof. Dr. Götz Dieckmann zum Thema: **Die Haltung zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gibt Auskunft darüber, zu welchem Lager man gehört**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ „RotFuchs“-Gruppe Brandenburg an der Havel

Am **26. Mai um 19 Uhr** gemeinsame Bildungsveranstaltung der Partei Die Linke, der „RotFuchs“-Gruppe und der DKP. Es spricht Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, zum Thema: **Linke Parteien und der Parlamentarismus**

Ort: Lighthouse-Konferenzlounge, Bahnhofspassage 4 (gegenüber Hbf.), 14766 Brandenburg

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Wolfgang Metzger (V.i.S.d.P.),
Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger

Redaktionsanschrift:

Bruni Steiniger
Klopstockstr. 19, 12623 Berlin
Tel. 030/561 34 04
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net
Webmaster: Michael Geipel

facebook.com/Zeitschrift.RotFuchs

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

Autorenkreis:

Florian Adler
Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Konstantin Brandt
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Bernd Fischer
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Erik Höhne
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Ralf Jungmann
Christa Kożik

Marcel Kunzmann

Rudi Kurz
Dr. Kurt Laser
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Prof. Dr. Horst Schneider
Prof. Dr. Rolf Sieber
Gisela Steineckert
Marianne Walz
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Heinrich Ruynat,
Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Konstantin Brandt, Glanzstraße 6,
12437 Berlin, Tel. 030/53 02 76 64
vertrieb@rotfuchs.net

oder Sonja Brendel
Tel. 030/5 12 93 18

Heiner Brendel, Gerald Umlauf,
Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030/2 41 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Thiele
Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.